

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

7-2020

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe September-Oktober 2020

Redaktionsnotiz.....	3
Belarus.....	4
<i>Yana Zavatsky: Belarus - Hintergründe der politischen Krise.....</i>	4
<i>Landesorganisation der KPD Nordrhein-Westfalen: Wahl in Belarus – gegen imperialistische Einmischung.....</i>	12
<i>Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation: Kein Staatstreich im brüderlichen Weißrussland!.....</i>	14
<i>Redaktion offen-siv: Einige Stimmen zum Thema Belarus.....</i>	17
Zum Tod von Nina Adrejewa.....	18
<i>Olga Kalinina: Nachruf auf Nina Andrejewa.....</i>	18
<i>Hans Christoph Stoodt: „Ich werde meine Prinzipien nicht aufgeben“ – zum Tod von Nina Andrejewa.....</i>	22

Vor 250 Jahren wurde G.W.F. Hegel geboren.....	43
<i>Heinz Ahlreip</i> : Ausnahmephilosoph Hegel?.....	43
<i>Heinz Ahlreip</i> : Die Begründung des Atheismus durch eine materialistische Philosophie - Ludwig Feuerbach wurde am 28.7.1804 in Landshut geboren.....	48
Strategische Überlegungen der KPD.....	51
<i>Ideologische Kommission der KPD</i> : Auf dem Weg zum XXXI.Parteitag.....	51
Ernst Thälmann.....	58
<i>Zbigniew Wiktor</i> : Ziegenhals -Kundgebung – 23. August 2020.....	58
<i>Eckhard Roth</i> : Rede anlässlich des 76. Jahrestages der Ermordung von Ernst Thälmann.....	71
<i>Cornelia Noack</i> : Rede bei der Thälmann-Ehrung in der KZ- Gedenkstätte Buchenwald.....	76
Aus der Leser/innen-Post.....	79
<i>Willi Franke</i> : Leserbrief zum Artikel der KO “30 Jahre Konterrevolution” in der Ausgabe Mai-Juni 2020.....	79
<i>Daniel W.</i> : Realistischer Blick bei dem Thema Corona.....	83
<i>Joachim T.</i> : Eine sehr schwache Leistung.....	83
<i>Claudia K.</i> : Sachliche Informationen.....	83

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Rielasingen/Worblingen.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Adresse: Red. offen-siv, F. Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck,
Tel.u.Fax: 05572-999 22 42, Mail: redaktion@offen-siv.com, Homepage: www. offen-siv.net

Spendenkonto:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover, IBAN: DE07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Redaktionsnotiz

Wir sehen es zum wiederholten Mal: Der Imperialismus gibt nie auf. Nun also Belarus. Wir berichten ausführlich, um daran mitzuwirken, ein Gegengewicht gegen die bürgerliche Propaganda zu bilden.

Die Verhältnisse in der Sowjetunion kurz vor der Katastrophe der Konterrevolution sind ebenfalls Thema. Anlass dafür ist der Tod von Nina Andrejewa, die 1988 den Brief: „Ich werde meine Prinzipien nicht aufgeben“ veröffentlicht hat. Dabei handelt es sich um ein wichtiges historisches Dokument, das einen guten Einblick in die damaligen Verhältnisse gibt. Wir bringen Einschätzungen und eine Neuübersetzung des Briefes.

Ernst Thälmann haben wir gebührenden Platz eingeräumt, auch, weil die Rede von Zbigniew Wiktor, gehalten in Ziegenhals, die Würdigung Ernst Thälmanns einbettet in einen interessanten Überblick über die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland und weil er darüber hinaus sehr konkret über die Situation in Polen berichtet. Wem noch nicht klar ist, was der Imperialismus in Belarus plant, der schau sich diesen Bericht des Genossen Wiktor über Polen an. Das ist die Blaupause.

Aus Anlass des 250. Geburtstages des Philosophen G.W.F. Hegel stellt Heinz Ahlreip Leistungen und Grenzen sowohl Hegels als auch Feuerbachs dar. Und damit wir uns in diesem Heft nicht nur in der Vergangenheit bewegen, bringen wir die strategischen Überlegungen, die in einem Diskussionspapier der KPD in Vorbereitung ihres 31. Parteitages niedergelegt wurden.

Wir müssen um Spenden bitten, denn die Zeitschrift offen-siv lebt ausschließlich von den Zuwendungen ihrer Leserinnen und Leser.

Wir erinnern nochmals an das neue Spendenkonto! Bitte nutzt dieses und nicht mehr das alte!

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel bei der Sparkasse Hannover,

IBAN: DE 07 2505 0180 0910 4774 77

BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: Offensiv.

Belarus

Yana Zavatsky: Belarus - Hintergründe der politischen Krise

Im Moment beobachten wir in dem osteuropäischen Land einen Versuch, die Regierung von Präsident Alexander Lukaschenko zu stürzen und eine neue, angeblich demokratisch gewählte, durch Straßenproteste zu installieren. Das Szenario ist dasselbe, das wir schon mehrmals in verschiedenen Ländern beobachtet haben. Einige dieser Versuche waren erfolgreich, wie in der Ukraine 2014. Wir sehen fast immer, ausgenommen kleinerer Details, die gleiche Geschichte: Wahlen, in denen ein bestimmter Kandidat (oft, aber nicht zwangsläufig der bisherige Regierungschef, der dem westlichen Imperialismus aber nicht genehm ist) gewinnt, werden als illegitim und gefälscht erklärt, die Opposition mobilisiert Menschenmengen auf die Straße, es werden oft bestimmte Symbole, Farben (daher „Farbenrevolutionen“), Fahnen und Parolen benutzt. Die Proteste werden massiv vom Imperialismus unterstützt, wenn nicht gar komplett von ihm inszeniert. Die Regierung antwortet mit Polizeieinsatz, zugleich gehen auch die Unterstützer der Regierung auf die Straße und eine Krise entsteht.

Es gibt keinen Zweifel, dass Lukaschenko dieses Mal die Krise überwindet und die Situation in den Griff bekommt. Gleichzeitig kann man aber mit Sicherheit sagen, dass das nicht der letzte Versuch einer Farbenrevolution in Weißrussland gewesen sein wird. Irgendwann wird Lukaschenko auch mal alt oder stirbt und die Situation im Land wird sich verändern.

Daher ist es wichtig, einen Blick auf die handelnden Kräfte zu werfen, um zu verstehen, was Belarus erwartet und wer dort für was steht. Aufgrund der Lage an der Grenze Russlands hat Belarus geopolitische Bedeutung im Sinne der Beziehungen zwischen Russland und NATO/EU. Genau wie die Ukraine kann Belarus als Standort für Militärbasen der NATO oder als Quelle billiger Arbeitskräften für Europa missbraucht werden.

Es ist bereits allgemein bekannt, dass in Vergleich zu allen anderen postsowjetischen Ländern (inklusive Russland) Belarus einen besonderen Weg eingeschlagen hat. Diesen Weg könnte man als antiimperialistisch

bezeichnen, denn die Wirtschaft von Belarus entwickelt sich eigenständig und unabhängig von imperialistischen Großmächten. Diese ist jedoch zum Teil stark auf Russland orientiert, das man auch als mindestens regionale Großmacht bezeichnen kann. Dennoch ist die russische Wirtschaft nicht in der Lage, komplett eine andere zu unterwerfen und auszubeuten (nach dem Muster, dem z.B. die BRD in Bezug auf die südlichen Länder Europas folgt). Man kann eher von Zusammenarbeit als von Abhängigkeit sprechen.

So sehen hier die Zahlen aus:

Export von Belarus 2019, Länder-Anteile

Russland:	41,5 %
Ukraine:	12,6 %
Großbritannien:	7,0 %
Deutschland:	4,0 %
Polen:	3,9 %
Andere:	31,0 %

Export und Import von Belarus 2019 nach Branchen

Dabei werden 17,6 % Maschinen und Ausrüstung exportiert, 19,3 % chemische Produktion, 21,5 % Mineralstoffe (überwiegend geht es um Weiterverkauf von russischem Öl und Gas), 7,3% Metallurgische Produktion, 16,6 % Lebensmittel und 17,7 % andere Waren.

Beim Import ist es ähnlich: Maschinen und Ausrüstung 26,3 %, chemische Produktion 14,2 %, Mineralien 25,5 %, Metallurgie 9,5 %, Lebensmittel 11,7 %, anderes 12,8 %.

Daran sieht man, dass die Wirtschaft von Belarus nicht komplett von einer imperialistischen Macht beherrscht ist, die verschiedenen eigene Produktions- und Wirtschaftsbranchen entwickeln sich gleichmäßig, die Handelsbeziehungen bestehen sowohl nach Osten als auch nach Westen.

... <https://www.belstat.gov.by/ofitsialnaya-statistika/realny-sector-ekonomiki/vneshnyaya-torgovlya/graficheskiy-material-grafiki-diagrammy/tovarnaya-struktura-eksporta-i-importa-respubliki-belarus-v-2018-godu/>

Der Anteil des Staatseigentums ist ziemlich groß, bei der Evaluation kann man verschiedene Methoden anwenden, aber wenn man z.B. das Kapitaleigentum betrachtet, beträgt der Anteil des Staates in der Wirtschaft ca. 45% (2018). Dazu kommt noch eine starke staatliche Beteiligung (oft über 50%) an Aktiengesellschaften, was zeigt, dass der Staat eigentlich den größten Teil der Produktion kontrolliert. Besonders ausgeprägt ist diese Situation in der Schwerindustrie, wo der Anteil an reinem Staatseigentum ca. 13,8 %, und der Anteil von Aktiengesellschaften, in denen über 50 % dem Staat gehören, 56% beträgt.

Dagegen ist der Anteil von ausländischem Eigentum in der Republik recht klein und beträgt ca. 5 bis 5,6 %¹.

Es gibt in Belarus keine bedeutenden Multimilliardäre, die in ihrem Land einen bestimmenden politischen Einfluss ausüben. Laut „Forbes“ wohnen die reichsten Oligarchen, die reichsten belorussischen Kapitalisten, weder in der Republik noch führen sie ihre Geschäfte hier, sondern sind entweder mit Russland oder mit der Ukraine verbunden². Das heißt, wir haben es hier mit Staatskapitalismus zu tun, wo Mittel- und Kleinunternehmer auch einen sehr bedeutenden Anteil haben. Es besteht keine starke Spaltung zwischen den Oligarchen, wie es der Fall in der Ukraine war und bleibt, da solche Oligarchen kaum vorhanden sind.

Selbstverständlich ist Belarus ein kapitalistisches Land. Der Gini-Index (dieser zeigt die Ungleichheit der Einkommen der Bevölkerung, je höher die Zahl, desto größer die soziale Differenzierung) beträgt 27, in der BRD beträgt er 31,1 und in Russland 37. Dennoch gibt es natürlich auch Haushalte mit niedrigem Einkommen, deren Anzahl wächst (im Moment leben ca. 5% unter dem Niveau des minimalen Lebensbedarfs).

Politisch gesehen ist Belarus eine parlamentarische bürgerliche Republik. In den bürgerlichen Medien redet man selbstverständlich von „Diktatur“, angeblich, weil Lukaschenko bereits seit 1994 Präsident der Republik Belarus

¹ <https://zen.yandex.ru/media/id/5d455eade854a900adc10d74/dolia-gosudarstvennoi-sobstvennosti-v-belarusi-5efe08c4d4c89925f5cb8943>

² <https://dengivsetakipahnyt.com/top/samye-bogatye-lyudi-v-belorussii.html>
... http://www.bseu.by:8080/bitstream/edoc/70300/1/Tarmanova._175_182.pdf

ist, also fast 26 Jahre. Das ist wirklich viel, dennoch sollte man solche Begriffe mit Vorsicht verwenden. 26 Jahre ist zu viel und die 16 Jahre, die Frau Merkel an der Macht in der BRD ist – sind die dann auch schon zu viel, oder geht das noch in Ordnung? Wo ist die Grenze? Aber um diese Frage geht es in Wirklichkeit gar nicht, es geht um die Politik Lukaschenkos.

In der Republik Belarus gibt es verschiedene politische Parteien, es gibt ein Parlament und die Präsidentenwahl findet regelmäßig statt. Dabei ist es offensichtlich, dass zumindest ein Großteil der Bevölkerung wirklich Lukaschenko bevorzugt. Ob dieser Teil 80 % beträgt, kann man bezweifeln, aber es ist noch weniger wahrscheinlich, dass ein anderer Kandidat ein vergleichbares Ergebnis bis jetzt erzielen konnte. Und da bürgerlich Wahlen bekanntlich in jedem Fall verfälscht sind, schon durch gut bezahlte Werbung, Propaganda und einfach die große Politikverdrossenheit der Bevölkerung, sollte man auf die Propaganda von den angebliche „Fälschung“ nicht hereinfließen.

Alexander Lukaschenko, Sohn einer alleinerziehenden Mutter, Kuhmelkerin, war vor dem Zerfall der UdSSR Direktor der Sowchose (staatlicher sozialistischer agrarwirtschaftlicher Komplex) „Gorodetz“, führte seinen sozialistischen Betrieb bekanntlich sehr gut. Er war auch Abgeordneter in Oberstem Rat der Republik Belarus. Dort stimmte er gegen den Zerfall der Sowjetunion und bezeichnete diesen Zerfall später als die größte Katastrophe. Die Einführung der russischen Sprache (die die Bevölkerung bereits lange fast ausschließlich spricht) als zweite Amtssprache und Integration mit Russland wurde schon in 1996 durch den Volksentscheid mit 75% der Stimmen beschlossen (für die zweite Amtssprache Russisch haben mehr als 99% gestimmt). In den letzten Jahren hat Lukaschenko die sogenannte „multivektorale“ Politik geführt und versuchte Verbindungen nicht nur mit Russland, sondern auch mit der Ukraine und der EU aufzubauen.

Sowjetische Symbole waren in Belarus nie diffamiert oder verboten; die Geschichte wurde nie umgeschrieben. Die Errungenschaften des sowjetischen Belarus, der Sieg über den Faschismus werden als selbstverständlicher Teil der belorussischen Geschichte betrachtet.

So viel zum heutigen Belarus und Lukaschenko. Werfen wir einen Blick auch auf die andere Seite – die weißrussische Opposition.

Diese Opposition unterscheidet sich von der ukrainischen durch sehr wichtige Momente. Historisch gesehen gab es keine weißrussischen nationalistischen Organisationen, die bedeutend und kämpferisch waren und die man deshalb mit OUN-UPA (Ukraine) vergleichen könnte. Wie in jedem von Faschisten angegriffenem Land existierten auch in Belarus Kollaborateure und diese benutzten mit Erlaubnis der Hitlermacht die gleichen weiß-rot-weißen Fahnen des bürgerlichen Nationalismus, die die heutige Opposition benutzt. Diese Kollaborateure waren aber sehr wenig bedeutend, so dass ihre Unterstützung durch mindestens eine Minderheit der belorussischen Bevölkerung unmöglich war. Die Nation wurde nicht gespalten und ist auch jetzt nicht gespalten. Die einzelnen Nationalisten und Kollaborateure sind auch heute noch keine bedeutende Kraft. Das ganze belorussische Volk erinnert sich sehr wohl an die Verbrechen der Faschisten in der Republik, hier wurde ca. 9.000 Dörfer von den Faschisten verbrannt, davon ca. 5.000 mit der Bevölkerung. Belorussen sind stolz auf den Sieg der UdSSR über den Faschismus und erinnern immer daran, dass gerade aus ihrem Volk jeder Vierte entweder im Krieg gefallen oder als Nonkombatant von faschistischen Mördern umgebracht wurde. Diese Erinnerung wurde keinesfalls in den letzten 30 Jahren ausgelöscht. Ein Kult um den Faschismus ist hier unmöglich und das ist ein wichtiger Punkt im Unterschied zur Ukraine.

„Zmagary“ („Kämpfer“), wie sie sich nennen, beziehen sich nicht auf den Hitlerfaschismus, sondern auf Polen-Litauen, das im 16. Jahrhundert bestand und in dem Belarus ein unterworfenen Teil des Landes war und neigen eher zu Polen. Das ist der Grund, warum Polen so aktiv den Putschversuch unterstützt. Die Opposition würde, historisch betrachtet, gerne Belarus als Teil Polens oder als einen von Polen abhängigen Staat sehen.

Dennoch wird „Zmagary“ auch von ukrainischen Faschisten unterstützt. Die Beteiligung der letzten an Protesten ist unumstritten, außerdem haben viele belorussischen Nationalisten vorher Ausbildung und Kampferfahrung in ukrainischen Faschisten-Bataillonen bekommen (man nennt Zahlen bis 200 von solchen erfahrenen Mördern), z.B. die Einheit „Pogonja“. Dennoch kämpfen sie nicht so direkt mit Waffen gegen die Staatsmacht, wie es beim „Maidan“ 2014 der Fall war.

Also spielt Faschismus hier eine deutlich geringere Rolle als in der Ukraine. In dieser Hinsicht ist es interessant, sich anzuschauen, was eigentlich die

weißrussische Opposition verlangt (außer, dass Lukaschenko endlich mal jemand anderem Platz machen soll).

Zuerst muss man sagen, dass es unumstritten ist, dass die „alternative Kandidatin“ Tichanovskaja nur ein Marionettenfigur ist. Sie ist nicht mal eine selbständige Politikerin, sondern ersetzt ihren Mann Sergey Tichanovsky, einen Videoblogger. Dieser hat bereits vor den Wahlen unangemeldete Kundgebungen durchgeführt, wo auch gegen die Polizei Gewalt angewendet wurde. Dafür sitzt er in Haft und erwartet einen Gerichtsprozess. Frau Tichanovskaja hat den Mann ersetzt und ihre Kandidatur zur Präsidentenwahl mit dem Versprechen begründet, dass sie in drei Monaten Neuwahlen durchführen werde. Es gibt Gerüchte, dass Sergey Tichanovsky von der russischen Opposition vorbereitet und „geschaffen“ wurde.

Die eigentliche Opposition besteht aus einer Reihe bürgerlicher Parteien und Organisationen, wie „Volksfront“; „Christliche Demokraten“, der liberalen „Freiheit und Progress-Partei“, rechten Sozialdemokraten „Narodnaja Gramada“ und „Spravedlivy Svet“ und vielen anderen. Es gibt kein einheitliches Programm, außer einem „Reanimationspaket für Belarus“, das noch im Juni 2020 veröffentlicht wurde³.

Wenn man allgemein über diesen Paket und die Forderungen der meisten Parteien der Opposition spricht, sehen wir folgendes:

- Ökonomische Verbindungen zu Europa erweitern, die Beziehungen zu Russland unterbinden, aus der „Zollunion“ austreten.
- „Optimierung“ von Arbeitsplätzen (Massenkündigungen der „unnötigen“ Arbeitskräfte und Schließung von Betrieben).
- Arbeitsgesetze abschaffen, Arbeitsmarkt lockern, Arbeiterrechte beschränken.
- Keine staatliche Regulierung der Preise.
- Einladung ausländischer Investoren und Monopole.
- Breite Privatisierung der staatlichen Betriebe und des Staatseigentums.

³ <https://freebelarus.livejournal.com/157502.html>

- Weitere Rentenreform.
- Privatisierung kommunaler Dienste.
- Privatisierung der Krankenhäuser.
- Abschaffung der russischen Sprache als zweiter Amtssprache, kein Russisch in den Schulen (man muss bedenken, dass in der Realität 80 % im Moment nur russisch sprechen, andere russisch und belorussisch, das heißt, diese Maßnahmen können nur durch Repression an ganzem Volk durchgeführt werden).

Starker Antikommunismus ist ebenfalls charakteristisch für die weißrussische Opposition.

Wir sehen, dass die weißrussische Opposition, ob sie dies will oder nicht, die Interessen der westlichen imperialistischen Kräften durchsetzt und versucht, gegen die Interessen der Arbeiterklasse die Offensive zu führen.

Was macht aber die andere Seite? Alexander Lukaschenko kann man leider auch nicht als linksorientierten Präsidenten bezeichnen. Er unterstützt kapitalistische Verhältnisse und führt Klassenkampf auf der Seite der Bourgeoisie und das macht ihn auch nicht gerade beliebt in den Reihen der Arbeiterklasse.

Man muss natürlich sagen, dass die Arbeiterklasse in Belarus wirklich existiert - dank der Erhaltung der nationalen Produktion und das ist keine Selbstverständlichkeit, denn die Betriebe könnten auch von ausländischen „Investoren“ geschlossen werden.

Aber im Land wurde bereits das „Kontraktsystem“ eingeführt, das heißt, die meisten Arbeiter haben Zeitverträge, der Arbeitsmarkt wurde bereits gelockert.

Besonderen und sehr berechtigten Protest hat „Dekret 3“ hervorgerufen, das im April 2015 verabschiedet wurde. Durch dieses Gesetz wurden die Arbeitslosen (oder die, die weniger als 183 Tage im Jahr arbeiten) dazu gezwungen, eine zusätzliche Steuer zu zahlen. Faktisch ist das eine Steuer, mit der die Armut belegt wird. Nach Meinung des Präsidenten kann doch im Kapitalismus jeder einen gut bezahlten und sicheren Job haben und wer nicht,

ist selbst schuld und muss noch zusätzlich bestraft werden. Was natürlich Unsinn ist, denn auch in Belarus gibt es Arbeitslosigkeit.

Dazu muss auch die Inkonsequenz von Lukaschenko in der internationalen Politik genannt werden, seine Versuche, sich mit dem profaschistischen, ukrainischen Regime zu solidarisieren. Vielleicht wird sich diese Situation nach der aktuellen Krise ändern.

Abschließend folgende Zusammenfassung:

Die Gegner Lukaschenkos haben im Moment so gut wie keine Chancen auf den Sieg, aus mehreren Gründen:

- Das Volk ist nicht antikommunistisch und nationalistisch geprägt, sondern ist stolz auf die sowjetische Geschichte und besonders auf den Sieg über den Faschismus, Belorussen sind antifaschistisch.
- Das Volk ist viel weniger prowestlich orientiert, als es in der Ukraine der Fall war. Die meisten Leute haben Arbeit und relativ gute Lebensverhältnisse bei politischer Stabilität. Wenn der ukrainische „Maidan“ eindeutig für die EU-Integration stand, sind die Parolen der belorussischen Opposition ganz anders, jetzt geht es mehr darum, dass der „Diktator“ Platz macht.
- Ein erheblicher Teil des Volkes unterstützt Lukaschenko eindeutig, was verschiedene Pro-Regierungs-Kundgebungen verdeutlichen.
- Die Politik wird nicht von verschiedenen, konkurrierenden Gruppen der Bourgeoisie dominiert. Sie sind zu schwach (zu wenige Superreiche / Oligarchen), um den Staatsstreich zu bezahlen.
- Die westliche Unterstützung ist nicht so eindeutig und weniger ausgeprägt, als es in der Ukraine war (dort konnten wir amerikanische und europäische Politiker direkt auf dem „Maidan“ sehen). Vielleicht ist das mit der Corona-Krise in Europa verbunden und damit, dass die EU noch nicht die Kräfte gesammelt hat, um noch ein Land zu schlucken.
- Es gibt nur wenige ausgebildete und bewaffnete faschistische Einheiten, die noch keine ernsthafte Kraft darstellen.

Diese Situation, jeder einzelne genannte Punkt, könnte in drei bis fünf Jahren komplett anders aussehen.

Was es in Weißrussland gibt und was die Hoffnung auf etwas Besseres schafft, ist die Arbeiterklasse in den großen Produktionsbetrieben. Sie ist auch teilweise mit dem Vorgehen von Lukaschenko unzufrieden. Die Arbeiterklasse muss sich organisieren, und direkt für die eigenen Interessen, z.B. gegen das Kontraktsystem, konsequent kämpfen. Sie muss eine eigenständige dritte Macht werden, die auf keinen Fall die prowestliche Opposition zur Macht lässt, auch wenn Lukaschenko als starke Persönlichkeit nicht mehr da ist. Es gibt bereits Gruppen von Aktivisten, die versuchen, die Arbeiterklasse als selbständige Kraft zu organisieren, ohne dabei die Opposition zu unterstützen. Die Arbeiter sind im Moment stark politisiert, sie sind aufgebracht, und das könnte ein guter Moment sein, um das eigene Klassenbewusstsein zu entwickeln.

Man darf sich jetzt nicht mehr darauf verlassen, dass Lukaschenko zu seinem ehemals antiimperialistischen Kurs zurückkehrt. Nur die Arbeiterklasse, geführt von einer starken kommunistischen Partei, ist ein zuverlässiges Bollwerk gegen den Ausverkauf von Belarus. Derzeit gibt es in Belarus noch keine ideologisch klare, kommunistische Partei, aber es besteht guter Grund zur Hoffnung, dass sie sich in der aktuellen Krisensituation herausbildet.

Wir übermitteln unseren Genossen kämpferische Grüße.

Landesorganisation der KPD Nordrhein-Westfalen: Wahl in Belarus – gegen imperialistische Einmischung

Die Landesorganisation der KPD in NRW verurteilt die imperialistische Einmischung bei der Präsidentschaftswahl in Belarus. Hierbei ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Opposition gewonnen, geschweige denn mit dem suggerierten überproportionalen hohen Ergebnis, der eigentlich nur einem großenwahn sinnigen Gehirn entsprungen sein kann. Der Wahlkampfstab der Oppositionellen Swetlana Tichanowskaja behauptete ernsthaft, dass sie zwischen 70 und 80 Prozent (!) der Stimmen errungen hätte^[1]. Der von der Opposition proklamierte „Generalstreik“ erwies sich als Gradmesser der tatsächlichen Verankerung in der Bevölkerung folgerichtig als Flop.

Das Monopolkapital der imperialistischen Mächte ist beständig auf der Suche nach neuen Profitmöglichkeiten und davon ausgehend nach Möglichkeiten, in entsprechende Länder einzudringen, wo es sich neue erhofft. In Belarus

regiert Präsident Lukaschenko, der im Gegensatz zu anderen postsozialistischen Staaten nach der Konterrevolution keine brachiale Privatisierungspolitik gestartet hat. Auch er als Abgeordneter des belarussischen Obersten Sowjets stimmte gegen die Loslösung der belarussischen SSR von der UdSSR. Nicht zu vergessen, unterstützte er den Augustputsch 1991 gegen Gorbatschow. Im Gegensatz zu anderen ehemals sowjetischen Republiken, fand in Belarus keine radikale Dekommunalisierung statt, sowjetische Symbole blieben erhalten. Minsk betreibt eine eigenständige Politik und legt traditionell Wert auf guten Beziehungen zu Russland. Dennoch sind die Produktionsverhältnisse in Belarus selbstverständlich kapitalistische. Zwar stimmt es, dass heute in Belarus ein bürgerlicher Staat als ideeller Gesamtkapitalist der belarussischen Bourgeoisie herrscht und dieser gute Beziehungen mit der Ukraine pflegt, dennoch weisen wir die Einmischung der USA und EU zurück.

Gerade der deutsche Faschismus hat sich in Belarus entsetzlicher Verbrechen schuldig gemacht. Besonders bizarr und unverschämt wird es, wenn die (stark deutsch dominierte) EU und mit ihr ausgerechnet der polnische Präsident Andrzej Duda die Wahlen in Belarus kritisieren und Sanktionen fordern. Uns ist klar, man schlägt auf Belarus, meint aber in Wahrheit Russland. Das Ziel des deutschen Imperialismus ist es auf der einen Seite Geschäfte mit der Russischen Föderation zu machen, auf der anderen Seite jedoch Russland nicht zu stärken, dies erklärt die Doppeldeutigkeit der deutschen Außenpolitik. Geopolitisch will die BRD sich von den USA emanzipieren, will aber ebenfalls die Russen und Chinesen nicht stärken.

Es ist bekannt, dass die belarussische Opposition sozialen Kürzungen zustimmt und oft mit Schlagwörtern wie „Demokratie“ und „Gerechtigkeit“ um sich wirft. Dieses Vorgehen ist typisch für imperialistische Farbenrevolutionen. Solche erst ausgehend von Jugoslawien, gab es in einer ganzen Reihe von Staaten. Während soziale Fragen bei dieser Art von Revolutionen keine Rolle spielen, wird insbesondere ein Kleinbürgertum mobilisiert, welches sich durch mehr Freiheit im Handel, Möglichkeiten in Westeuropa und den Vereinigten Staaten erhofft. Aus genau diesem Grund ist sie leichtes Opfer für reaktionäres Gedankengut. Wir sehen aus genau diesem Nachbarland, der Ukraine, was eine Farbenrevolution bringt! Keineswegs soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie, sondern Privatisierung,

Ausverkauf der Reichtümer des Landes und Sozialabbau. Überall unterstützen die imperialistischen Staaten mittels Stiftungen und Geheimdiensten ihnen genehme Gruppen. Im besonderen Fokus stehen hierbei Staaten die entweder sozialistisch sind wie Kuba und die DVRK oder die sich erlauben, eine unabhängige Außen- und Innenpolitik zu betreiben, wie Syrien, Iran, Venezuela oder eben Belarus. Helfen wir den Kommunisten in Belarus, indem wir den deutschen Imperialismus bekämpfen und für ein sozialistisches Deutschland kämpfen, welches im solidarischen Einklang mit allen progressiven und kommunistischen Kräften in aller Welt ist, wie es die DDR während ihrer Existenz war. Dafür stehen wir! Wir fordern: Hände weg von Belarus! Einzig die belarussische Arbeiterklasse hat zu bestimmen, wer sie regiert!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation: Kein Staatstreich im brüderlichen Weißrussland!

Bei den Präsidentschaftswahlen am 9. August 2020 in Belarus hat der amtierende Staatschef Alexander Grigorjewitsch Lukaschenko einen überzeugenden Sieg errungen. Seine Unterstützung durch die Wählerschaft wird durch die unbestrittenen Erfolge des Landes im sozioökonomischen Bereich bestimmt.

Trotz der Tatsache, dass Weißrussland keine Mineralien mehr hat, gelang es der Führung des Landes nach 1991, den Lebensstandard der Menschen durch kompetentes Wirtschaftsmanagement nicht nur zu erhalten, sondern auch zu verbessern. Der Maschinenbau wird in der Republik erhalten und weiterentwickelt. Jeder dritte Muldenkipper der Welt wird in Belarus hergestellt. In Minsk hergestellte Traktoren sind in Dutzenden von Ländern auf der ganzen Welt tätig. In Belarus hergestellte schwere Traktoren sind das "Arbeitsstier" der mobilen Raketensysteme Topol und Yars, die die Sicherheit Russlands gewährleisten. Die Entwicklung der Hightech-Industrie, vor allem des Elektronik- und Instrumentenbaus, ist im Gange.

Belarus verfügt über eine leistungsstarke Landwirtschaft, die auf modernsten Technologien basiert. Die Grundlagen- und angewandte Wissenschaft gewinnt dort an Stärke. Besonderes Augenmerk wird auf die Stärkung der

Bildungs- und Gesundheitssysteme gelegt. Es entstehen neue Wirtschaftssektoren, einschließlich der Kernenergie. Die nationale Kultur wird vom Staat weitgehend unterstützt. Auf dieser Grundlage bleiben unter den schwierigsten Bedingungen der Weltwirtschaftskrise Stabilität und Aussichten auf eine menschenwürdige Zukunft des Landes erhalten.

Die Erfolge Weißrusslands und insbesondere die alliierten brüderlichen Beziehungen zu Russland führen jedoch zu einer unvereinbaren Ablehnung unserer "bitteren Freunde" im Westen. Seit vielen Jahren haben direkte und verdeckte Erpressungsversuche und grober Druck auf die Führung der Republik nicht aufgehört. Wirtschaftliche und politische Sanktionen werden eingeführt. Nach und nach bereitet sich seit vielen Jahren eine „fünfte Kolumne“ unter den Empfängern von Stipendien und Stipendien, den Gründern verschiedener Nichtregierungsorganisationen und Forschungszentren, vor. Es gibt eine aktive Behandlung junger Menschen im Geiste der Russophobie und der Bewunderung für den Westen. Hierfür werden modernste Informationstechnologien eingesetzt, vor allem soziale Netzwerke.

Besonders aktiv sind subversive Aktivitäten, bei denen die Vereinigten Staaten und ihre Vasallen in Polen, in die riesige Geldsummen investiert werden, alle Merkmale eines hybriden Krieges gegen Weißrussland aufweisen. Die Art der Aktionen der sogenannten "Opposition", ihre Aggressivität und die Befolgung der Anweisungen ausländischer Zentren zeigen, dass das, was in Belarus geschieht, kein spontaner Ausdruck der Unzufriedenheit der Menschen war. Es ist ziemlich offensichtlich, dass dies ein Versuch war, einen Staatsstreich durchzuführen. Dies wird durch die Teilnahme an den Unruhen des Bandera-Rudels aus der Ukraine, den Nachkommen der "Waldbrüder" aus Polen und den baltischen Staaten, russischen Liberalen, belegt. Wir haben bereits die schlimmen Folgen eines ähnlichen Staatsstreichs in der Ukraine gesehen. Dieses brüderliche Land befindet sich derzeit in einer nationalen Katastrophe mit einer völligen Zerstörung von Industrie und Landwirtschaft, dem Zusammenbruch von Bildung und Gesundheitsversorgung, transzendentaler Korruption, weit verbreiteter Arbeitslosigkeit und Armut sowie der Flucht von Millionen von Menschen ins Ausland auf der Suche nach Arbeit.

Es besteht kein Zweifel, dass der Führungswechsel in Belarus, den unsere Gegner im Westen anstreben, sofort zu einer groß angelegten Privatisierung führen wird, oder vielmehr zur ungezügelter Plünderung des nationalen Schatzes des Landes, zur Zerstörung aller Errungenschaften im sozialen Bereich, zur Entstehung bezahlter Bildung und Gesundheitsversorgung, Millionen von Menschen werden in Armut stürzen.

Der Westen, der sich angeblich um das Schicksal der Demokratie kümmert, braucht die Produkte des belarussischen Maschinenbaus und der Landwirtschaft absolut nicht. Westliche "Wohltäter" brauchen nur billige Arbeitskräfte aus Weißrussland. Das alles haben wir nicht nur in der Ukraine gemacht. Die Zerstörung der Sowjetunion unter dem Einfluss externer Kräfte und ihrer Agenten führte zu einer ungeheuren Verschlechterung aller Lebensbereiche in Russland.

In dieser Hinsicht wird besondere Verwirrung durch die Position einiger russischer Führer der öffentlichen Meinung verursacht, die plötzlich in anklagende Rhetorik in Bezug auf die Führung von Belarus gerieten. Man kann die offen pro-westlichen russischen Medien und verschiedene Blogger, Russophoben und Antikommunisten verstehen, die alles Sowjetische hassen. Aber wenn unsere "Hurra-Patrioten" auf diesen Köder hereinfallen, wirft dies Zweifel an der Aufrichtigkeit ihres Glaubens auf. Wir müssen aus den harten Niederlagen lernen, unter denen die große Bruderschaft der Völker in Form der Sowjetunion in den letzten Jahrzehnten gelitten hat.

Die Kommunistische Partei verurteilt nachdrücklich den Putschversuch pro-westlicher Kräfte, der sich auf ihre Klientel und nationalistischen Elemente in der belarussischen Gesellschaft stützt. Wir sind überzeugt vom Sieg des belarussischen Volkes über diejenigen, die es in eine Katastrophe treiben wollen, ähnlich der, die einige ehemalige Sowjetrepubliken bereits erlebt haben.

In dieser Hinsicht begrüßt die Kommunistische Partei der Russischen Föderation erneut den Sieg der patriotischen Kräfte von Belarus unter der Leitung von Präsident A.G. Lukaschenko. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass die Weißrussen die einzig richtige Wahl getroffen haben, die es dem Land ermöglicht, seine kreative Entwicklung zum Wohle des gesamten Volkes fortzusetzen und zuversichtlich in die Zukunft zu schauen!

G.A. Zyuganov, Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation.⁴

Redaktion offen-siv: Einige Stimmen zum Thema Belarus⁵

Wladislaw Sankin schreibt im Artikel "Pantoffelrevolution" (RT-D, <https://de.rt.com/29e1>):

Bereits im Jahr 2018 stellte SEA für Weißrussland eine hohe Wahrscheinlichkeit fest, dass in den nächsten zwei Jahren eine klassische Farbrevolution – nach der Methodik des US-Publizisten und Theoretikers der "gewaltlosen Proteste" Gene Sharp – stattfinden könne. Das entsprechende Instrumentarium sei bereits vorhanden – ein dichtes Netz aus mehreren Dutzend NGOs, Thinktanks, Medien und Hunderten von Bloggern und Meinungsführern. Alles hauptsächlich westlich (USAID, Open-Society von George Soros und ähnliche Strukturen) über "Polster-Firmen" in Polen und Litauen mit einem zweistelligen Millionen-Budget (US-Dollar) finanziert.

Alexej Danckwardt stellt fest (Facebook, <https://www.facebook.com/alexej.danckwardt/posts/3241694339200107>):

Belarus ist ein fast perfekt administriertes Land. Keine Korruption, keine Oligarchen, alle Betriebe am Leben, Straßen im idealen Zustand, in Hauptstadt und Provinz alles sauber und gepflegt, überall wird gebaut, ein guter ÖPNV, kostenlose Medizin, Lebensmittel höchster Qualität zu Spottpreisen, nach der Kaufkraftparität die höchsten Löhne in der gesamten GUS, das Vierfache der Ukraine, jeder hat eine Wohnung... Aber wie du siehst, an das Gute gewöhnt sich der Mensch und schätzt es nicht. Jetzt sind die bereit das alles wegzuschmeißen für die Illusion einer abstrakten „Freiheit“.

Cornelia Schäffer schreibt (Facebook https://www.facebook.com/maritta.bruckner/posts/1383191321887464?comment_id=1383199348553328):

⁴ Quelle: <https://kprf.ru/party-live/cknews/196467.html>, Übersetzung: <https://www.facebook.com/maritta.bruckner/posts/1382451781961418>

⁵ Wir danken Emko für die Zuarbeit.

Immer das gleiche Schema. Eigentlich müsste jeder Idiot das langsam erkennen. Aber entweder die Leute sind wirklich so blöd oder Gier frisst Hirn. Da den meisten Menschen heute eine grundlegende gesellschaftspolitische Bildung absolut fehlt, haben es solche Konsorten auch leichter, die breite Masse mit falschen Versprechungen einlullen. Es werden Diskrepanzen genutzt und medial verstärkt. Einzelne Politiker werden zu Monstern hochstilisiert und so die Wut und Empörung geschürt. Hinterher stellt sich dann raus, dass 99% Lüge waren, aber dann ist es zu spät. Ein gräßliches Spiel, das wir in der DDR leider auch erleben mussten.

Zum Tod von Nina Adrejewa

Olga Kalinina: Nachruf auf Nina Andrejewa

Die Frau, die für drei Wochen die „Perestroika“ aufhielt. (Alexandr Maisurjan)

Im Juli 2020 starb in Leningrad die Kommunistin Nina Alexandrowna Andrejewa (12.10.1938-24.07.2020). Die Chemie-Dozentin einer Hochschule in Leningrad wurde durch ihren Leserbrief in der Zeitung „Sowjet Russland“ in der ganzen UdSSR bekannt. Der große Leserbrief wurde am 13. März 1988 veröffentlicht.

In diesem Moment verlief die Perestroika in zwei Dimensionen: wirtschaftlich, wobei die Bourgeoisie wiederbelebt wurde (sie wurden damals „Kooperatoren“ genannt). Und im politischen Bereich, wo dieser Prozess später vom „Architekten der Perestroika“ Alexander Jakowlew offen beschrieben wurde: *„Mit der Autorität von Lenin, Stalin und den Stalinismus zerschlagen. Danach, wenn es gelingt, mit Plechanow und der Sozialdemokratie Lenin zerschlagen, mit dem Liberalismus und „Moralsozialismus“ – den Revolutionarismus allgemein.“* Es war genau der zweite Prozess - der politische Übergang vom Kommunismus zum Antikommunismus, den die Chemiedozentin aus Leningrad zu stoppen versuchte. Der Brief hat sehr vorsichtig, mit lobenden Worten an M. S.

Gorbachow, die Ansichten jener sowjetischen Kommunisten ausgedrückt, die wussten, dass die „Perestroika“ zu weit gegangen ist.

Heute kann man sich das kaum vorstellen, aber dieser Zeitungsartikel wurde 1988 zu einem der wichtigsten politischen Ereignisse, er hat die Periode begonnen, die später als „Drei Stagnationswochen“ bezeichnet wurden. Im Politbüro des ZK der KPdSU wurde der Brief von ZK-Sekretär Jegor Kusmich Ligatschow unterstützt. Ligatschow hat diesen Brief sogar in der Sitzung des Sekretariats des ZK als gutes Beispiel gelobt.

Andrejewa verteidigte den Klassenansatz, den Sozialismus, teilweise auch Stalin, kurz gesagt, alles, was zur Zielscheibe von „Glasnost“ und „Perestroika“ wurde.

Sie hat in ihrem großen Artikel, erstens, den „linksliberalen Sozialismus der Intelligenz“ kritisiert. (heute ist „links“ und „sozialistisch“ aus dieser Ideologie ganz verschwunden). Sie schrieb darüber:

„Die erste und die größte ideologische Strömung, die sich im Laufe der Perestroika gezeigt hat, stellt ein Muster eines „linksliberalen Sozialismus der Intelligenz“ dar, angeblich ist das der wahrste und von „Klassenfragen“ gereinigte Humanismus. Die Anhänger dieser Strömung stellen an die erste Stelle nicht den proletarischen Kollektivismus, sondern den „Selbstwert der Persönlichkeit“, mit Modernismus in kulturellem Bereich, mit der Suche nach Gott, mit technokratischen Ideen, mit der Predigt der modernen kapitalistischen „Demokratie“, mit der Bewunderung vor realen und erfundenen Leistungen des Kapitalismus. Diese Anhänger behaupten, dass wir einen falschen Sozialismus erschaffen haben, und dass erst heute „zum ersten mal in der Geschichte ein Bündnis der politischen Führung und progressiven Intelligenz zustande gekommen ist. In einer Zeit, in der Millionen von Menschen auf unserem Planeten an Hunger, Epidemien und militärischen Angriffen des Imperialismus sterben, fordern sie die Entwicklung eines „Gesetzbuchs zum Schutz der Tierrechte“, verleihen der Natur eine außergewöhnliche, übernatürliche Intelligenz und behaupten, dass Intelligenz keine soziale, sondern eine biologische Qualität ist, die genetisch von den Eltern auf die Kinder übertragen wird.

Erklären Sie mir „was bedeutet das alles“? Es sind die Befürworter des „linksliberalen Sozialismus“, die dazu neigen, die Geschichte des Sozialismus

zu verfälschen. Sie suggerieren uns, dass in der Vergangenheit des Landes nur Fehler und Verbrechen real sind, während sie die größten Errungenschaften der Vergangenheit und Gegenwart vertuschen.“

Nun, jetzt sehen wir bereits deutlich, was „das alles bedeutet“. Rechtsliberalismus, der sich reibungslos in den Faschismus verwandelt (die Idee von „richtigen“ und „falschen“ Genen). Dann war es nicht allen so klar ...

Andrejewa kritisiert, wenn auch viel weniger, auch das andere ideologische Lager, „Wächter und Traditionalisten“, Unterstützer des „Bauernsozialismus“ (die seitdem auch die Tarnung des „Sozialismus“ verworfen haben und zu gewöhnlichen Monarchisten und Retrograden geworden sind).

Sie schrieb: „Wenn die „Neoliberalen“ nach Westen ausgerichtet sind, dann versucht ein anderer „alternativer Turm“ ... „Wächter und Traditionalisten“, „den Sozialismus zu überwinden, indem sie sich rückwärts bewegen“. Mit anderen Worten, um zu den sozialen Formen des vorsozialistischen Russlands zurückzukehren. Vertreter dieses eigentümlichen „Bauernsozialismus“ sind fasziniert von diesem Bild. Ihrer Meinung nach gab es vor hundert Jahren einen Verlust an moralischen Werten, der im nebligen Dunst der Jahrhunderte von der Bauerngemeinschaft angehäuft wurde.“

Ein Mitarbeiter des Zentralkomitees V. Legostaew schrieb in seinen Erinnerungen, dass am 23. und 24. März das Politbüro, aufgefordert von Gorbatschow, Staatsangelegenheiten verschoben hat, um sich um den Fall „Nina Andrejewa“ zu kümmern. Nach einer Pause (die besagten „drei Wochen der Stagnation“), damit alle Befürworter von Andrejewas Position Zeit hatten, offen zu sprechen und sich zu offenbaren, feuerte die Zeitung „Prawda“ am 5. April eine verheerende Salve aus allen Rohren auf die bescheidene Chemiedozentin aus Leningrad in Form eines Leitartikels vom Mitglied des Politbüros Alexander Jakowlew.

Andrejewas Brief wurde zum „Manifest der Anti-Perestroika-Kräfte“ erklärt. Dabei hat Andrejewa nur die Frage aufgeworfen, um eine weitere Bewegung nach rechts zu stoppen, und der Titel ihres Artikels war ein ziemlich respektvolles Zitat von ... M. S. Gorbatschow.

Heute mögen die Menschen fragen: Warum haben Andrejewas Ideen nicht die Menschen um sie herum vereint, zum Beispiel, warum haben sie keine aktive Unterstützung der sowjetischen Jugend gefunden?

Ich denke, der Hauptfehler von Andrejewa und ihren Mitstreiter, der sie im Kampf gegen die „Perestroika“ zur Niederlage verurteilte, war ihre „schützende“, konservative Intonation. Immerhin nannten sich die Anhänger von ähnlichen Ansichten in jenen Jahren „sowjetische Konservative“, ich selbst habe diese Selbstbezeichnung damals von ihnen gehört.

Und die Perestroika-Leute versprachen etwas Neues. Sie versprachen, alles, was der Sozialismus den Menschen gab - soziale Sicherheit, freie Medizin und Bildung, freies Wohnen, Recht auf Arbeit usw. - zu bewahren und zusätzlich etwas anderes aus den „Freiheiten“ des Kapitalismus hinzuzufügen. Die Menschen fielen darauf herein: Man gewöhnt sich schnell an gute Dinge und hört auf sie zu schätzen, und wenn sie „zusätzlich“ etwas anderes anbieten, warum das nicht annehmen? Man konnte damals nicht sofort verstehen, dass dieser „Anhang“ alles, an dem er „befestigt“ ist, vollständig zerstört, annulliert ...

Und doch nahmen Genossinnen wie Andrejewa, wie wir sehen, eine unermesslich fortschrittlichere Position ein, als die Jakowlew und Gorbatschow, die sich ihnen widersetzen. Leider war diese Position dazu verdammt, im Zuge der weiteren Konterrevolution ausrangiert zu werden.

Alle weiteren „Diskussionen“ im Verlauf der Perestroika fanden zwischen den „alternativen Kolonnen“ statt, über die sie schrieb - den Retrograden des Bauernlands und den Retrograden-Liberalen. Darüber hinaus zerschmetterte jede dieser Kolonnen ihrerseits den Sozialismus, bis sie im Triumph der siegreichen Reaktion - August 1991 - zu einer einzigen verschmolzen.

Deshalb sollten wir der Genossin Nina Andrejewa Tribut zollen. Sie versuchte, so gut sie konnte und wusste, diesen Feinden Widerstand zu leisten. Wie die Heldin eines Märchens stoppte sie drei Wochen lang den Verlauf der Konterrevolution und ließ sie vor Verwirrung erstarren. Nicht jeder Mensch kann so etwas leisten.

Hans Christoph Stoodt: „Ich werde meine Prinzipien nicht aufgeben“ – zum Tod von Nina Andrejewa

Einleitung

Am 20. Juli 2020 starb Nina Alexandrovna Andrejewa. Geboren am 12. Oktober 1938 in einer Leningrader Arbeiterfamilie wurde sie Chemikerin und Hochschullehrerin. Seit 1966 war sie Mitglied der KPdSU. Einen Parteiausschluss in den 1970er Jahren revidierte die Zentrale Kontrollkommission der KPdSU 1981. Einer breiten Öffentlichkeit in der Sowjetunion wurde sie durch die hier in deutscher Übersetzung dokumentierte politische Veröffentlichung bekannt⁶. In diesem Text kritisierte sie den Verlauf der Entwicklung, die die KPdSU unter dem Vorzeichen von „Perestrojka“ und „Glasnost“ nahm. Das Echo ihrer Äußerung zu diesem Thema war scharf. Sie wurde bezichtigt, eine oppositionelle Plattform in der Partei aufzubauen. Ihre Versuche, das Ende der KPdSU und der UdSSR zu verhindern schlugen fehl. Ihr weiterer politischer Weg führte sie später schließlich in die „Kommunistische Allunionspartei der Bolschewiki“ (VKPB)⁷, zu deren Leitung sie gehörte.⁸

Beurteilt man allein den 1988 veröffentlichten Text, fällt auf, wie vorsichtig Andrejewa ihre Kritik formulierte – darauf bedacht, keinen klaren Bruch mit ihrer Partei und deren Führung zu riskieren. Dem dienen sogar zwei Zitate Gorbatschows in ihrem Text. Aus heutiger Sicht scheint das verwunderlich, kann doch inzwischen am expliziten Willen Gorbatschows kein Zweifel mehr bestehen, die UdSSR und die KPdSU nicht nur umzugestalten, sondern sie in einen bürgerlichen Staat und in eine sozialdemokratische Partei umzuformen. In diesem Sinn und allem, was daraus folgt, ist er bis heute tätig⁹.

⁶ Der Text wurde bereits einmal 1988 im Neuen Deutschland in deutscher Übersetzung veröffentlicht. Da er aber dort einer interessierten Öffentlichkeit nicht greifbar ist entschlossen wir uns zu dieser Form einer Neuveröffentlichung.

⁷ <https://www.vkpd.ru/>

⁸ https://de.wikipedia.org/wiki/Nina_Alexandrowna_Andrejewa

⁹ <https://www.youtube.com/watch?v=fgm14D1jHUw>

Bei Andrejeva fehlt 1988 noch jeder explizite Hinweis auf den modernen Revisionismus¹⁰ und seine zerstörerische Wirkung nicht nur in der KPdSU, sondern weit darüber hinaus in der kommunistischen Bewegung der Welt. Ob die Positionen Andrejevas sich erst nach 1990 weiter radikalisierten oder ob sie bereits 1988 klar sah, worauf der Weg der KPdSU hinauslief, muss hier eine offene Frage bleiben. Klar ist allerdings, daß sie zu denen gehörte, die „ein Leben lang“ kämpfen, wie es Brecht einmal für die „unersetzlichen“ charakterisierte. Um es mit der Metaphorik aus dem oben verlinkten Gorbatschow-Werbevideo für Pizza zu sagen: Andrejeva solidarisierte sich bis zum Schluss mit der wie zum Hohn zu allerletzt in diesem Werbespot gezeigten Person und kämpfte mit ihr und jener Bevölkerungsmehrheit, die mit der Entwicklung im heutigen Russland und den Nachfolgestaaten der UdSSR nicht zufrieden sein können.

In diesem Sinn ist Andrejevas Text von 1988 ein wichtiger Mosaikstein für jenen Klärungsprozess der kommunistischen Bewegung, der gerade erst beginnt. Gegenwärtig ist er noch von Uneinigkeit und Zersplitterung gekennzeichnet, aber es gibt auch gegenläufige Tendenzen, die sich heute vor allem um die Positionen und die Arbeit der Kommunistischen Partei Griechenlands gruppieren. Wenn er Erfolg hat – Nina Andrejeva hat ihren wichtigen Beitrag dazu geleistet.

Eine deutsche Übersetzung des russischen Originals von „Ich werde meine Prinzipien nicht aufgeben“¹¹ wurde bereits einmal am 2./3. April 1988 in „Neues Deutschland“ veröffentlicht. Da der Text aber in dieser Form einer interessierten Öffentlichkeit schwer zugänglich ist, wurde er hier erneut übersetzt. Es existiert zudem ein französischer Artikel darüber in „Chantiers –

¹⁰ Stellvertretend für den deutschen Sprachraum seien hier die Arbeiten Kurt Gossweilers sowie eine Reihe von Veröffentlichungen zum modernen Revisionismus in der weltweiten kommunistischen Bewegung genannt, die 2007 unter dem Titel „Niederlagenanalyse“ von „offen-siv – Zeitschrift für Sozialismus und Frieden“ herausgegeben wurden: <https://offen-siv.net/Bucher/Niederlagenanalyse.pdf?id=78>

¹¹ <http://www.vkpb.ru/ideologiya-ekonomika-politika/60-ne-mogu-postupatsya-printsipami-nandreeva.html>

Journal du Rassemblement Communiste“, Juli 2020¹², ein chilenisches Video mit einer Würdigung ihrer Person¹³[8] sowie ein Nachruf ihrer Organisation (s.o.). Nicht erwähnt werden sollen hier ironisierende und feindselige Artikel, die nach ihrem Tod natürlich auch erschienen.

Die Übersetzung und deren redaktionelle Bearbeitung ist unsere gemeinsame Arbeit.

Photinia / Hans Christoph Stoodt

Nina Alexandrowna Andrejeva, „Ich werde meine Prinzipien nicht aufgeben“. Советская Россия, 13. März 1988, S. 2

Ich habe mich nach langem Nachdenken entschlossen, diesen Brief zu schreiben.

Ich bin Chemikerin und Dozentin am Leningrader Technologischen Institut „Lensovjet“.

Wie viele andere bin ich Tutorin einer Studentengruppe. Heute, nach einer Zeit sozialer Apathie und intellektueller Abhängigkeit, werden die Schüler allmählich mit der Energie revolutionärer Veränderungen aufgeladen. Natürlich entstehen Diskussionen – über die Wege der Perestroika, ihre wirtschaftlichen und ideologischen Aspekte. Öffentlichkeitsarbeit, Offenheit, das Verschwinden von Zonen, die für Kritik verboten sind, die emotionale Intensität im Massenbewusstsein, insbesondere unter Jugendlichen, manifestieren sich häufig in der Formulierung solcher Probleme, die bis zu einem gewissen Grad auch von westlichen Radiostimmen oder auch von denen unserer Landsleute „vorgeschlagen“ werden, die nicht sattelfest sind in ihren Konzepten vom Wesen des Sozialismus. Und worüber kann man nicht alles reden! Über ein Mehrparteiensystem, über die Freiheit der religiösen Propaganda, über das Leben im Ausland, über das Recht auf eine breite

¹² Bisläng nur abrufbar unter <http://www.vkpb.ru/735-posvyashchenie-sovetskomu-tovarishchu-nine-andreevoj-izdanie-zhurnala-rassemblement-communiste-frantsiya.html>

¹³ https://youtu.be/vGLJ4_m8wio

Diskussion über sexuelle Probleme in der Presse, über die Notwendigkeit eines dezentralen Kulturmanagements, über die Abschaffung des Militärdienstes. Es gibt besonders viele Streitigkeiten unter Studenten über die Vergangenheit des Landes.

Natürlich müssen wir Lehrer die dringlichsten Fragen beantworten, was neben Ehrlichkeit, Wissen, Überzeugung, kultureller Einstellung, ernsthaftes Denken und ausgewogene Bewertungen erfordert. Darüber hinaus werden diese Eigenschaften für alle Pädagogen und nicht nur für Mitarbeiter der sozialwissenschaftlichen Fakultäten benötigt.

Unser Lieblingsort für Spaziergänge mit den Schülern ist der Park in Peterhof. Wir gehen die schneebedeckten Wege entlang, bewundern die berühmten Paläste, Statuen – und streiten uns. Darauf kann man wetten! Junge Seelen sind bestrebt, alle Schwierigkeiten zu verstehen und ihren Weg in die Zukunft zu bestimmen. Ich schaue auf meine heißen jungen Gesprächspartner und denke: wie wichtig ist es, ihnen zu helfen, die Wahrheit zu finden, ein korrektes Verständnis für die Probleme der Gesellschaft zu entwickeln, in der sie leben und die sie neu aufbauen müssen, und für sie das richtige Verständnis unserer langen und jüngeren Geschichte zu bestimmen.

Welche Ängste kommen da vor? Ein einfaches Beispiel: Man würde denken, über den Großen Vaterländischen Krieg und den Heroismus der daran Beteiligten sei genug geschrieben worden. Aber neulich fand in einem der Studentenwohnheime unseres „Technolozhki“ ein Treffen mit dem Helden der Sowjetunion, Oberst V.F. Molosew statt. Unter anderen wurde ihm die Frage über politischen Repressalien in der Armee gestellt. Der Veteran antwortete, er selbst habe solche Repressalien nie erlebt oder gesehen. Viele, die mit ihm zusammen in den Krieg gezogen sind und bis zu Ende daran teilnahmen, seien große Militärführer geworden.

Einige waren enttäuscht über diese Antwort. Das Thema von „Repressalien“ ist so etwas wie eine aufgeblähte Metapher im Bewusstsein eines Teils der Jugend geworden. Es verdeckt objektives Denken über die Vergangenheit. Solche Beispiele sind keine Einzelfälle. Natürlich ist es sehr erfreulich, dass selbst die „Technikfreaks“ stark an theoretischen sozialwissenschaftlichen Problemen interessiert sind. Aber es sind zu viele Dinge aufgetaucht, die ich nicht akzeptieren kann und denen ich nicht zustimmen kann. Wortgeklingel

über „Terrorismus“, „politische Unterwürfigkeit des Volkes“, „flügellose soziale Vegetation“, „unsere geistige Sklaverei“, „universelle Angst“, „die Dominanz der Machthaber“ ... Oft sind diese Fäden in die Geschichte der Übergangszeit zum Sozialismus unseres Landes eingewoben. Daher sollte es nicht überraschen, dass beispielsweise bei einigen Studenten nihilistische Gefühle zunehmen, ideologische Verwirrung, eine Verschiebung der politischen Richtlinien und sogar ideologische Allesfresser auftreten. Manchmal hört man Aussagen, dass es Zeit ist, die Kommunisten vor Gericht zu stellen, die angeblich das Leben des Landes nach 1917 „entmenschlichten“.

Die Plenarsitzung des Zentralkomitees im Februar betonte erneut die dringende Notwendigkeit, dass „junge Menschen eine klassenorientierte Sicht der Welt lernen, ein Verständnis für die Beziehung zwischen universellen und Klasseninteressen, einschließlich eines Verständnis vom Klasseninhalt im Wesen der Veränderungen unseres Landes“. Diese Sicht von Geschichte und Moderne ist unvereinbar mit politischen Anekdoten, minderwertigem Klatsch und actiongeladenen Fantasien, denen man heute oft begegnen kann.

Ich habe sensationelle Artikel gelesen und wieder gelesen. Was können junge Menschen zum Beispiel, abgesehen von Desorientierung, Enthüllungen „über die Konterrevolution in der UdSSR um die Wende der 30er Jahre“, über Stalins „Schuld“ an der Machtübernahme des Faschismus und Hitlers in Deutschland geben? Oder eine öffentliche „Zählung“ der Anzahl der „Stalinisten“ in verschiedenen Generationen und sozialen Gruppen?

Wir sind Leningrader, und deshalb haben wir kürzlich einen guten Dokumentarfilm über S. M. Kirov mit besonderem Interesse gesehen. Aber der Text, der die Aufnahmen begleitete, weicht nicht nur von den Filmdokumenten ab, sondern gibt ihnen auch eine Art Mehrdeutigkeit. Zum Beispiel zeigt das Filmmaterial eine Explosion von Begeisterung, Fröhlichkeit, die Aufbruchsstimmung von Menschen, die den Sozialismus aufgebaut haben, und dazu einen gesprochenen Text, dessen Sprecher nur von Unterdrückung, Mangel an Informationen usw. spricht.

Wahrscheinlich war ich nicht die einzige, die von der Tatsache beeindruckt war, dass die Aufrufe der Parteiführer, die Aufmerksamkeit der „Whistleblower“ auf die Tatsachen realer Errungenschaften in verschiedenen

Stadien des sozialistischen Aufbaus zu lenken, wie auf Befehl immer mehr „Enthüllungen“ hervorrufen.

Ein bemerkenswertes Phänomen in diesem leider kargen Feld ist das Theaterstück von M. Shatrov¹⁴. Am Eröffnungstag des XXVI. Parteitags besuchte ich zufällig sein Stück „Blaue Pferde auf rotem Gras“¹⁵. Ich erinnere mich an die nervöse Reaktion junger Menschen an der Stelle, als Lenins Sekretär versucht, seinen Kopf aus einer Teekanne zu begießen und ihn dabei mit dem unvollendeten Modell einer Tonskulptur verwechselt. Übrigens kamen einige der jungen Leute mit vorbereiteten Bannern, mit Inhalten, die unsere Vergangenheit und Gegenwart mit Dreck bewerfen sollten.

Als der Frieden von Brest geschlossen wird kniet Lenin auf Geheiß des Dramatikers und Regisseurs vor Trotzki – eine Art symbolische Verkörperung des Autorenkonzepts. Das setzt sich später im Stück „Weiter ... Weiter ... Weiter!“¹⁶ fortgesetzt. Natürlich ist das Stück keine historische Abhandlung. Aber in einem Kunstwerk wird die Wahrheit schließlich nur durch die Position des Autors bestimmt. Besonders wenn es um politisches Theater geht.

Die Position des Dramatikers Shatrov wurde in den in den Zeitungen „Pravda“ und „Sovetskaya Rossiya“¹⁷ veröffentlichten Rezensionen von

¹⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Michail_Filippowitsch_Schatrow

¹⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Blaue_Pferde_auf_rotem_Gras

¹⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Weiter_%E2%80%A6_weiter_%E2%80%A6_weiter!

¹⁷ In einem Artikel „Was wollen wir im Spiegel der Revolution sehen?“ schreiben die Historiker Dr. V. Gorbunov und Dr. V. Zhuravlev, dass Mikhail Shatrovs Stück „Weiter ... Weiter ... Weiter!“, das Lenins Partei gewidmet ist, „die historische Rolle dieser Partei als führende Kraft der Revolution beim Aufbau des Sozialismus nicht zeigt ... Es gibt einige führende Parteiführer, die Fehler machen, sich untereinander streiten, gegeneinander intrigieren, sich gegenseitig beschuldigen. Alle positiven Aktivitäten der Avantgarde der Werktätigen, die den welthistorischen Sieg der Oktoberrevolution und an den Fronten des Bürgerkriegs den Aufbau des Sozialismus sicherstellten und seine beispiellose Verteidigung im Großen Vaterländischen Krieg sowie die Wiederbelebung des Landes aus Schutt und Asche – all dies verliert der Autor aus den Augen.“ „Shatrow verfolgt beharrlich die Idee“, betonen die Rezensenten, „dass Stalin als dämonische Persönlichkeit es geschafft haben soll, den

Wissenschaftlern – Historikern – gründlich und vernünftig analysiert. Ich möchte dazu auch meine Meinung äußern. Insbesondere kann man nur zustimmen, dass Shatrow erheblich von den akzeptierten Prinzipien des sozialistischen Realismus abweicht. Er behandelt die wichtigste Periode in der Geschichte unseres Landes, aber er verabsolutiert den subjektiven Faktor der sozialen Entwicklung, ignoriert eindeutig die objektiven Gesetze der Geschichte, die sich in den Aktivitäten von Klassen und Massen äußern. Die Rolle der proletarischen Massen, der bolschewistischen Partei, wird hier auf einen Hintergrund reduziert, vor dem sich die Handlungen verantwortungsloser Politiker entfalten.

Die Rezensenten, die sich bei der Untersuchung spezifischer historischer Prozesse auf die marxistisch-leninistische Methodik stützten, zeigten überzeugend, dass Shatrow die Geschichte des Sozialismus in unserem Land verzerrt. Gegenstand seiner Ablehnung ist die Herrschaft der Diktatur des Proletariats, ohne dessen historischen Beitrag wir heute nichts wieder aufzubauen hätten. Ferner beschuldigt der Autor Stalin der Morde an Trotzki und Kirow, sowie, daß Stalin den kranken Lenin „blockiert“ habe. Aber ist es wirklich denkbar, solche tendenziösen Anschuldigungen gegen historische Persönlichkeiten zu erheben, ohne Beweise dazu vorlegen zu können?

Naturgesetzen und Bedürfnissen des sozialistischen Aufbaus zu widerstehen, das Land von seiner historischen Linie abzuwenden, seine zu bewirken, wodurch die Stimme der Revolution unterdrückt oder unhörbar wurde ... Es ist schwierig, einer solchen Auslegung der Grundgesetze der gesellschaftlichen Entwicklung zuzustimmen“ („Sowjetrußland“, 28. Januar 1988).

In der Veröffentlichung „Nur die Wahrheit unterliegt nicht der Gerichtsbarkeit“ stellen die Historiker G. Gerasimenko, O. Obichkin und B. Popov fest, dass im Drama von Michail Shatrow „der gesamte Aufbau des Sozialismus in unserem Land durch einen Sesselstreit in einem äußerst verwirrten historischen Kontext dargestellt wird, in dem es keine Feinde gibt oder Verbündete, weder richtig noch schuldig – es gibt nur einerseits die angeklagten Bolschewiki und andererseits ihre Richter: weiße Generäle, Menschewiki und Sozialrevolutionäre.“ „Der Autor durchbricht absichtlich die Logik der Ereignisse, um so von heute aus einen Einblick in die Ereignisse von vor 70 Jahren zu erhalten, und bemerkt nicht, dass bei dieser Vermischung der Stoffe des Stücks eine ahistorische Anachronismen zum Durchbruch kamen, die sich deutlich in dem Versuch manifestieren, eine Einschätzung dessen zu geben, was heute in Lenins Namen geschieht.“ („Pravda“, 15. Februar 1988).

Leider konnten die Rezensenten nicht nachweisen, dass der Dramatiker trotz aller Urheberrechtsansprüche kein Original ist. Es scheint mir jedoch, dass sein Stück, was seine Logik, seine Argumente und seine Motive angeht, B. Suvarichs Buch, 1935 in Paris veröffentlicht, sehr nahekommt. In seinem Stück legte Shatrov den Charakteren in den Mund, was die Gegner des Leninismus über den Verlauf der Revolution, Lenins Rolle darin, die Beziehung zwischen Mitgliedern des Zentralkomitees in verschiedenen Phasen des internen Parteikampfes behaupteten. Das ist die Essenz von Shatrovs „neuer Lesart“ von Lenin. Ich füge hinzu, dass der Autor von „Kinder des Arbat“, A. Rybakov, offen zugegeben hat, dass er bestimmte Themen aus Emigrantenpublikationen entlehnt hat.

Ich habe die Stücke noch nicht gelesen. Über „Weiter ... Weiter ... Weiter!“ (bislang unveröffentlicht), habe ich aber bereits die lobenden Kritiken in einigen Veröffentlichungen gelesen. Was bedeutet diese Eile? Später fand ich heraus, dass die Rezensionen in großer Hast erstellt wurden.

Kurz nach dem Februar-Plenum veröffentlichte die Prawda einen Offenen Brief „In einem neuen Kreis?“, unterzeichnet von acht führenden Repräsentanten unseres Theaters. Sie warnen vor möglichen Verzögerungen bei der Inszenierung des jüngsten Stücks von M. Shatrov. Diese Schlussfolgerung wird aus kritischen Bewertungen des Stücks gezogen, die in den Zeitungen erschienen. Aus irgendeinem Grund entfernen die Autoren des Briefes die Autoren der kritischen Rezensionen aus der Gruppe derer, „denen das Vaterland am Herzen liegt“. Wie verbindet sich dies mit ihrem Wunsch, „kraftvoll und leidenschaftlich“ die Probleme unserer alten und jüngeren Geschichte zu diskutieren? Stellt sich dabei heraus, dass nur sie ihre eigene Meinung haben dürfen?¹⁸

¹⁸ Im Offenen Brief „In einem neuen Kreis?“ schrieben K. Lawrow, M. Uljanow, G. Tovstonogov, M. Zakharov, A. Goncharov, V. Rozov, A. Gelman und O. Efremov: „Unser Land hat tatsächlich unter Perestroika und Glasnost gelitten. Daher rühren alle Versuche, den Prozess umzukehren Egal wie hochtönend die Slogans sind, hinter denen sie sich verstecken, sie lösen Alarm aus. Das ist genau der Alarm, der durch die kritische Kampagne um M. Shatrovs neues Stück „Weiter ... weiter ... weiter!“ ausgelöst wird. Im Gegensatz zu einigen Historikern glauben wir daran – in einer

In den zahlreichen Diskussionen, die heute als Universitätslehrer zu buchstäblich allen sozialwissenschaftlichen Themen stattfinden, interessieren mich vor allem jene Themen, die sich direkt auf die ideologische und politische Bildung junger Menschen, ihre moralische Gesundheit und ihren sozialen Optimismus auswirken. Wenn ich mit Schülern spreche und mit ihnen über akute Probleme nachdenke, komme ich unwillkürlich zu dem Schluss, dass wir viele Verzerrungen und Einseitigkeiten angehäuft haben, die eindeutig korrigiert werden müssen. Ich möchte auf einige von ihnen eingehen.

Nehmen Sie die Frage nach dem Platz von J.W. Stalin in der Geschichte unseres Landes. Mit seinem Namen ist die ganze Besessenheit von kritischen Angriffen verbunden, die meiner Meinung nach weniger diese historische Persönlichkeit selbst, als vielmehr die gesamte hochkomplexe Übergangszeit betrifft. Eine Ära, die mit der beispiellosen Leistung einer ganzen Generation von Sowjetmenschen verbunden ist, die heute allmählich aus der Sphäre aktiver Arbeit, politischer und sozialer Aktivitäten verschwinden. Industrialisierung, Kollektivierung und Kulturrevolution, die unser Land in die Reihe der großen Weltmächte gebracht haben, werden gewaltsam unter die Formel des „Personenkultes“ gepresst. Alles wird in Frage gestellt, bis hin zu dem Punkt, dass sie anfangen, auf „Reue“ der „Stalinisten“ zu bestehen (und jeder kann nach Belieben in deren Gruppe aufgenommen werden). Romane und Filme werden begeistert gelobt, in denen die Ära des Sturms geradezu gelyncht, als „Tragödie der Völker“ dargestellt wird. Manchmal funktionieren solche Versuche jedoch nicht, den historischen Nihilismus auf ein Podest zu heben. Ein Film, trotz beispielloser Werbung und von den Kritikern geküsst, wird von der Mehrheit der Bevölkerung sehr kühl aufgenommen.

literarischen Fiktion kann und muss Lenin nicht nur den modernen Sozialismus, sondern alles, was wir tun, bewerten“ (Pravda, 29. Februar 1988).

In einem Leitartikel, der die Diskussion zusammenfasste, hieß es dazu in der „Pravda“: „für die sorgfältige und respektvolle Haltung gegenüber der Arbeit der künstlerischen Intelligenz, aber auch für das Recht der sowjetischen Öffentlichkeit, ihre Meinung dazu öffentlich zu äußern „(ebd.)

Ich füge sofort hinzu, dass weder ich noch meine Familienmitglieder etwas mit Stalin, seinen Weggefährten, seinen Vertrauten und führenden Gefolgsleuten zu tun haben. Mein Vater war Arbeiter im Hafen von Leningrad, meine Mutter war Schlosserin im Werk „Kirow“. Dort arbeitete auch mein älterer Bruder. Er, sein Vater und seine Schwester wurden in den Kämpfen mit den Nazis getötet. Einer der Verwandten wurde nach Repressionen später nach dem 20. Parteitag rehabilitiert. Gemeinsam mit allen Sowjetmenschen teile ich Wut und Empörung über die massiven Repressionen, die in den 30er und 40er Jahren unter Verantwortung der damaligen Partei- und Staatsführung stattfanden. Der gesunde Menschenverstand protestiert jedoch entschieden gegen die monochromatische Färbung widersprüchlicher Ereignisse, die sich inzwischen in einigen Presseorganen durchgesetzt hat.

Ich unterstütze den Aufruf der Partei, die Ehre und Würde der Pioniere des Sozialismus zu verteidigen. Ich denke, dass wir auf der Basis dieser Positionen von Klasse und Partei die historische Rolle aller Führer der Partei und des Landes, einschließlich Stalins, bewerten müssen. In diesem Fall ist es unmöglich, die Angelegenheit auf den Aspekt „Gericht“ zu reduzieren oder die Moralisierung von Personen fernab dieser stürmischen Zeit und von Personen, die damals leben und arbeiten mussten, zu abstrahieren. Sie arbeiten weithin so, dass es auch heute noch ein inspirierendes Beispiel für uns ist.

Für mich wie für viele Menschen spielen direkte Belege von Zeitgenossen, die ihm sowohl auf unserer Seite als auch auf der anderen Seite der Barrikade direkt begegneten, eine entscheidende Rolle bei der Beurteilung Stalins. Letztere sind nicht uninteressant. Nehmen wir zum Beispiel Churchill, der 1919 stolz auf seinen persönlichen Beitrag zur Organisation der militärischen Intervention von 14 ausländischen Staaten gegen die junge Sowjetrepublik leistete und genau vierzig Jahre später gezwungen war, diese Worte zu verwenden, um Stalin, einen seiner gewaltigen politischen Gegner, so zu charakterisieren:

„Er war eine herausragende Persönlichkeit, geformt von unserer grausamen Zeit, der Zeit, in der sein Leben sich abspielte. Stalin war ein Mann von außerordentlicher Energie, Gelehrsamkeit und unbeugsamer Willenskraft, scharf, hart, gnadenlos im Verhandeln wie im Gespräch, dem man sich kaum

widersetzen konnte. Ich selbst brachte das einmal im englischen Parlament zur Sprache. In seinen Werken ertönte eine gigantische Kraft. Diese Kraft Stalins ist so groß, dass er unter den Führern aller Zeiten und Völker einzigartig scheint. Sein Einfluss auf die Menschen ist unwiderstehlich. Als er in Jalta die Konferenz-Halle betrat, standen wir alle wie auf Befehl auf. Und seltsam – wir alle legten unsere Hände an die Hosennaht. Stalin besaß tiefe logische und treffsichere Weisheit, frei von jeglicher Panik. Er war ein unübertroffener Meister darin, in schwierigen Zeiten einen Ausweg aus der hoffnungslosesten Situation zu finden. Er war ein Mann, der seinen Feind durch die Hände seiner Feinde zerstörte. Uns, die er offen Imperialisten nannte, zwang er, gegen die Imperialisten zu kämpfen. Er hat Russland in den Zeiten des Pflugs übernommen und es mit Atomwaffen ausgerüstet hinterlassen.“

Keine Fehleinschätzung oder politische Konjunktur können eine solche Einschätzung der treuen Garde des britischen Empire „erklären“.

Die Hauptpunkte solcher Charakterisierungen finden sich in de Gaulles Memoiren, in den Memoiren und in der Korrespondenz anderer politischer Persönlichkeiten in Europa und Amerika, die sich mit Stalin als militärischem Verbündeten und Klassengegner befassten.

Signifikantes und wichtiges Material für Überlegungen zu diesem Thema sind aber auch inländische Dokumente, die ja allen zur Verfügung stehen. Nehmen Sie mindestens die zweibändige Korrespondenz des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR mit den US-Präsidenten und Premierministern Großbritanniens während des Großen Vaterländischen Krieges von 1941-1945, die 1957 von „Politisdat“ veröffentlicht wurde. Diese Dokumente machen zu Recht stolz auf unseren Staat, seinen Platz und seine Rolle in einer turbulenten, sich verändernden Welt.

Ich erinnere mich auch an eine Sammlung von Berichten, Reden und Befehlen Stalins während des letzten Krieges, in dem heroische Generation der „Sieger über den Faschismus“ aufgewachsen ist. Sie sollte, durchaus unter Einbeziehung damals geheimer Dokumente wie der dramatischen Anordnung

Nr. 227 erneut veröffentlicht werden, auf der ja einige Historiker bestehen¹⁹. Alle diese Dokumente sind unserer Jugend unbekannt. Besonders wichtig für die Förderung des historischen Bewusstseins sind die Erinnerungen der Kommandeure Shukow, Wassiljewski, Golowanow, Schtemenko und des Flugzeugkonstruktors Jakowlew, die den Oberbefehlshaber aus erster Hand kannten.

Unnötig zu erwähnen, dass diese Zeit sehr hart war. Es ist wahr, dass persönliche Bescheidenheit damals das Niveau der Askese erreichte. Ich schäme mich weiterhin nicht dafür, dass Millionen angehender sowjetische Millionäre damals immer wenig Lust hatten, in die Stille der unzähligen Büros und Handelsbasen zu schlüpfen. Darüber hinaus waren wir nicht so sachlich und pragmatisch und bereiteten junge Menschen nicht auf die Feinheiten der Verschwendung von ihren Eltern verdienter Privilegien vor, sondern auf Arbeit und Verteidigung, ohne dabei die geistige Welt der Jugend mit „Meisterwerken“ von außerhalb und dem einheimischen Handwerk der Massenkultur zu beschädigen.

Aus langen offenen Gesprächen mit jungen Gesprächspartnern ziehen wir die Schlussfolgerung, dass die Angriffe auf die Diktatur des Proletariats und die damals führenden Repräsentanten unseres Landes und auf den Staat nicht nur politische, ideologische und moralische Gründe haben, sondern auch ihre

¹⁹ Im August 1988 wurde der Befehl des Volksverteidigungskommissars der UdSSR Nr. 227 vom 28. Juli 1942 in der sowjetischen Presse veröffentlicht. Insbesondere heißt es: „Der Feind wirft immer mehr Streitkräfte an die Front und rückt vorwärts ohne auf seine eigenen großen Verluste Rücksicht zu nehmen, er dringt tief in die Sowjetunion ein, erobert neue Gebiete, verwüstet und zerstört unsere Städte und Dörfer, vergewaltigt, plündert und tötet die sowjetische Bevölkerung ...

Kein Schritt zurück! Das muß unsere Haltung sein. Wir müssen hartnäckig bis zum letzten Blutstropfen jede Position, jeden Meter sowjetischen Territoriums verteidigen, an jedem Stück sowjetischem Land festhalten und es so weit wie möglich verteidigen. Unser Mutterland macht schwierige Tage durch. Wir müssen durchhalten und dadurch den Feind besiegen, egal was es braucht. Die Deutschen sind nicht so stark wie die Alarmisten denken. Sie kämpfen mit letzter Kraft. Ihrem Schlag jetzt standzuhalten, bedeutet, in den nächsten Monaten unseren Sieg zu sichern. “ Und ein solcher Sieg kam, wir wissen es, in Stalingrad.

soziale Basis. Es gibt viele, die daran interessiert sind, den Umfang dieser Angriffe zu erweitern, und zwar nicht nur auf der anderen Seite unserer Grenzen. Zusammen mit den professionellen Antikommunisten im Westen, die vor langer Zeit den angeblich demokratischen Slogan des „Antistalinismus“ gewählt haben, leben und lebten die Nachkommen der von der Oktoberrevolution gestürzten Klassen, die keineswegs alle die materiellen und sozialen Verluste ihrer Vorfahren vergessen konnten. Dies sollte auch die geistigen Erben von Dan und Martov einschließen, andere aus dem Bereich der russischen Sozialdemokratie, geistige Anhänger Trozki oder Yagodas, die Nachkommen der vom Sozialismus besieigten NEP-Leute, Basmachi und Kulaken.

Wie Sie wissen, wird jede historische Figur von spezifischen sozioökonomischen und ideologisch-politischen Bedingungen bestimmt, die einen entscheidenden Einfluss auf die subjektiv-objektive Auswahl von Menschen haben, die sich der Lösung bestimmter sozialer Probleme stellen. Nachdem ein solcher Funktionsträger an die Spitze der Geschichte getreten ist, muss er, um „über Wasser zu bleiben“, die Bedürfnisse der Ära und der führenden sozialen und politischen Strukturen befriedigen, sich in seine Aktivitäten an objektiven Gesetzen orientieren – oder unweigerlich untergehen.

Letztlich lassen sich zum Beispiel nur wenige Menschen heute von der Frage der persönlichen Qualitäten Peters des Großen ablenken – aber jeder erinnert sich daran, dass das Land während seiner Regierungszeit das Niveau einer großen europäischen Macht erreicht hat. Die Zeit hat das Ergebnis verdichtet, das jetzt in der Bewertung des Historischen liegt und die nie verwelkenden Blumen auf seinem Sarkophag in der Kathedrale der Peter-und-Pauls-Festung verkörpern den Respekt und die Dankbarkeit unserer Zeitgenossen, die zugleich weit von einer Zustimmung zur Autokratie entfernt sind. Ich denke, egal wie widersprüchlich und komplex diese oder jene Figur der sowjetischen Geschichte sein mag, ihre wahre Rolle beim Aufbau und der Verteidigung des Sozialismus wird früher oder später ihre objektive und eindeutige Bewertung bestimmen. Eindeutig nicht im Sinne einer einseitigen, schöngefärbten oder eklektischen Zusammenfassung widersprüchlicher Phänomene, die es mit Vorbehalten ermöglicht, einen Subjektivismus zu erzeugen, „zu vergeben oder nicht zu vergeben“, „aus der Geschichte zu

verbannen“ oder in ihr „einen Platz einzuräumen“. Eindeutig bedeutet vor allem eine konkret-historische, nicht-opportunistische Einschätzung, in der sich – nach dem historischen Ergebnis! – die Dialektik der Entsprechung der Tätigkeit eines Einzelnen zu den Grundgesetzen der Entwicklung der Gesellschaft manifestiert. In unserem Land waren diese Gesetze mit der Lösung der Frage „wer – wen?“ in nationalen und internationalen Aspekten verbunden. Wenn wir der marxistisch-leninistischen Methodik der historischen Forschung folgen, ist es laut M. S. Gorbatschow zunächst notwendig, klar zu zeigen, wie sie gelebt haben, wie sie gearbeitet haben, woran Millionen von Menschen geglaubt haben, wie Siege und Misserfolge, Entdeckungen und Fehler, hell und tragisch, die revolutionäre Begeisterung der Massen und die Verletzung der sozialistischen Legalität und manchmal Verbrechen zueinander im Verhältnis standen.

Kürzlich verwirrte mich eine Studentin mit der Offenbarung, der Klassenkampf sei ein ebenso veraltetes Konzept wie die Rolle des Proletariats als revolutionäres Subjekt. Gut, das war die Stimme einer einzelnen. Ein heftiger Streit wurde zum Beispiel durch die jüngste Behauptung eines angesehenen Mitglieds der Akademie der Wissenschaften ausgelöst, dass die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Staaten zweier verschiedener sozioökonomischer Systeme keinen Klasseninhalt aufwiesen. Ich gebe zu, dass dieses Akademiemitglied es nicht für notwendig hielt, zu erklären, warum er mehrere Jahrzehnte lang das genaue Gegenteil dessen schrieb – dass nämlich friedliches Zusammenleben nichts anderes als eine Form des Klassenkampfes auf internationaler Ebene ist. Es stellt sich heraus, dass der Philosoph dies jetzt aufgegeben hat. Nun, Ansichten ändern sich manchmal. Es scheint mir jedoch, dass die Pflicht eines führenden Philosophen ihn noch immer verpflichtet, zumindest denjenigen zu erklären, die bei ihm oder beim Lesen seiner Bücher studiert haben: ist es nicht auch heute so, dass die internationale Arbeiterklasse in der Form ihrer Staaten und ihrer politischen Organisationen gegen das Weltkapital kämpft?

Im Zentrum vieler aktueller Diskussionen steht meines Erachtens dieselbe Frage: Welche Klasse oder Schicht der Gesellschaft ist die führende und mobilisierende Kraft für die Perestroika? Dies wurde insbesondere in einem Interview mit dem Schriftsteller A. Prokhanov in unserer Stadtzeitung „Leningradsky Rabochy“ gesagt. Prokhanow geht davon aus, dass die

Besonderheit des gegenwärtigen Zustands des öffentlichen Bewusstseins durch das Vorhandensein von zwei ideologischen Strömen oder, wie er sagt, „alternativen Türmen“ gekennzeichnet ist, die aus verschiedenen Richtungen versuchen, den „in Schlachten gebauten Sozialismus“ in unserem Land zu überwinden. Der Schriftsteller übertreibt die Bedeutung und Schwere der gegenseitigen Konfrontation zwischen diesen „Türmen“ und betont dennoch zu Recht, dass „sie nur darin einig sind, die sozialistischen Werte zu zerschlagen“. Aber beide sind, wie ihre Ideologen versichern, „für die Perestroika“.

Der erste und am weitesten verbreitete ideologische Strom, der sich länger schon im Zuge der Perestroika gezeigt hat, behauptet, ein Modell eines liberalen intellektuellen Sozialismus zu sein, angeblich der Sprecher des wahrsten und „reinsten“ Humanismus aller Klassen und Schichten. Ihre Anhänger stellen dem proletarischen Kollektivismus die „individuellen Wertes des Subjekts“ entgegen – mit modernistischen Bestrebungen im Bereich der Kultur, gottsuchenden Tendenzen, technokratischen Idolen, der Verkündigung der „demokratischen“ Reize des modernen Kapitalismus und der Gunst seiner realen wie phantasierten Errungenschaften. Ihre Vertreter behaupten, wir hätten den falschen Sozialismus aufgebaut, und erst heute habe es „zum ersten Mal in der Geschichte ein Bündnis zwischen politischer Führung und fortschrittlicher Intelligenz gegeben“. In einer Zeit, in der Millionen von Menschen auf unserem Planeten an Hunger, Epidemien und militärischen Abenteuern des Imperialismus sterben, fordern sie die Entwicklung eines „Gesetzbuchs zum Schutz der Tierrechte“, verleihen der Natur außergewöhnliche, ja übernatürliche Intelligenz und argumentieren, dass Intelligenz keine soziale, sondern eine biologische Qualität ist, genetisch von den Eltern auf die Kinder übertragen. Können Sie mir erklären, was das alles bedeutet?

Es sind die Befürworter des „liberalen Sozialismus“, die die Tendenz prägen, die Geschichte des Sozialismus zu verfälschen. Sie erzählen uns, dass in der Vergangenheit des Landes nur Fehler und Verbrechen real sind, während sie die größten Errungenschaften der Vergangenheit und Gegenwart vertuschen. Sie beanspruchen Vollständigkeit der historischen Wahrheit für sich und ersetzen das gesellschaftliche Kriterium der praktischen gesellschaftlichen Entwicklung durch akademische ethische Kategorien. Ich möchte wirklich

verstehen, warum jeder führende Vorsitzende des Zentralkomitees der Partei und der Sowjetregierung nach seinem Ausscheiden aus seinem Amt kompromittiert und diskreditiert werden muss, warum gezeigt werden muss, welche schlimmsten und eingebildeten Fehler und Fehleinschätzungen bei der Lösung der schwierigsten Probleme der historischen Engpässe vorkamen. Woher haben wir eine solche Leidenschaft, die Autorität und Würde der Führer des ersten sozialistischen Landes der Welt so herabzuwürdigen?

Ein weiteres Merkmal „liberaler“ Ansichten ist eine explizite oder verschleierte kosmopolitische Tendenz, eine Art nationaler „Internationalismus“. Ich habe irgendwo gelesen, dass eine Delegation von Kaufleuten und Fabrikanten zu Trotzki „als Jude“ im Petrograder Sowjet gekommen seien und sich über die Unterdrückung durch die Roten Garde beschwerte. Er erklärte, er sei „kein Jude, sondern ein Internationalist“, was die Beschwerdeführer sehr verwirrte.

Trotzkis Konzept von „national“ bedeutete eine gewisse Abwertung und Einschränkung im Vergleich zu „international“. Und deshalb betonte er die „nationale Tradition“ des Oktobers, schrieb über das „Nationale an Lenin“, argumentierte, dass das russische Volk „kein kulturelles Erbe in sich trüge“ usw. Es ist uns fast schon irgendwie peinlich, klarzustellen, dass es das russische Proletariat war, gegen das sich die Trotzkiisten aussprachen. Als „rückständig und unkultiviert“ führte es Lenin zufolge drei russische Revolutionen durch, und die slawischen Völker standen an der Spitze der Kämpfe der Menschheit gegen den Faschismus.

Was hier ausgeführt wurde, bedeutet natürlich keine Herabsetzung des historischen Beitrags anderer Nationen und Nationalitäten. Es soll nur der Vollständigkeit der historischen Wahrheit dienen. Wenn Studenten mich fragen, wie es geschehen konnte, dass Tausende von Dörfern außerhalb der Schwarzerde-Region und in Sibirien aufgegeben wurden, antworte ich, dass dies ein ebenso hoher Preis wie für den Sieg und die Wiederherstellung der Volkswirtschaft nach dem Krieg war, zugleich aber ein unwiderruflicher Verlust zahlloser Denkmäler der russischen Nationalkultur. Und ich bin auch davon überzeugt, dass der Niedergang des historischen Bewusstseins zu einer pazifistischen Erosion der Verteidigungsbereitschaft und des patriotischen Bewusstseins führt sowie zu der Tendenz, die geringsten Manifestationen des

russischen Nationalstolzes als Merkmal eines Großmacht-Chauvinismus zu beschreiben.

Eine andere Sache, die mich beunruhigt, ist folgende: einige Anhänger des militanten Kosmopolitismus sind inzwischen zum Lager offener Ablehnung des Sozialismus übergelaufen. Leider haben wir das erst richtig bemerkt, als seine Gefolgsleute mit ihren Aktivitäten vor dem Smolny oder unter den Mauern des Kremls anfangen, offensiv auf sich aufmerksam zu machen. Darüber hinaus wird uns irgendwie allmählich beigebracht, in dem Phänomen eine Art fast harmlosen Wechsel des politischen Lagern, und nicht einen Klassen- und nationalen Verrat von Personen zu sehen, von denen die meisten mit unseren vom Volk erarbeiteten Mitteln an Universitäten studiert und ein Aufbaustudium absolviert haben. Im Allgemeinen neigen einige dazu, ihre offene Ablehnung des Sozialismus als Manifestation von „Demokratie“ und „Menschenrechten“ zu betrachten, deren Talente durch den „stagnierenden Sozialismus“ am Gedeihen gehindert werde. Dann allerdings, wenn in der „freien Welt“ das überkochende Genie nicht ganz so geschätzt wird, und sein Gewissen für die Geheimdienste des Westens sich als nicht so erforderlich erweisen, dann können sie ja zurückkommen.

Wie Sie wissen, haben K. Marx und F. Engels in Abhängigkeit von der spezifischen historischen Rolle ganze Nationen in einem bestimmten Stadium ihrer Geschichte als „konterrevolutionär“ bezeichnet – ich betone: nicht Klassen, sondern Nationen. Auf der Grundlage des Klassenansatzes zögerten sie nicht, einer Reihe von Nationen, darunter Russen, Polen sowie den Nationalitäten, zu denen sie selbst gehörten, scharfe Merkmale zu verleihen. Die Begründer der wissenschaftlich-proletarischen Weltanschauung scheinen uns daran zu erinnern, dass in der brüderlichen Gemeinschaft der sowjetischen Völker jede Nation und Nationalität „die Ehre ihrer Jugend bewahren“ und sich nicht zu nationalistischen und chauvinistischen Gefühlen provozieren lassen sollte. Der Nationalstolz und die nationale Würde eines jeden Volkes müssen organisch mit dem Internationalismus einer einzigen sozialistischen Gesellschaft verschmelzen.

Wenn die „Liberalen“ nach Westen ausgerichtet sind, versucht ein anderer „alternativer Turm“, um den Ausdruck von Prokhanow „Wächter und Traditionalisten“ zu verwenden, „den Sozialismus zu überwinden, indem man sich rückwärts bewegt“. Mit anderen Worten, um zu den gesellschaftlichen

Formen des vorsozialistischen Russlands zurückzukehren. Vertreter dieses eigentümlichen „Bauernsozialismus“ sind fasziniert von diesem Bild. Ihrer Meinung nach gab es vor hundert Jahren einen Verlust an moralischen Werten, der sich im nebligen Dunst der Jahrhunderte durch die Bauerngemeinschaft angesammelt hatte. Diese „Traditionalisten“ haben zweifellos Verdienste daran, Korruption aufzudecken, Umweltprobleme fair zu lösen, den Alkoholismus zu bekämpfen, historische Denkmäler zu schützen, sich mit der Dominanz der Massenkultur auseinanderzusetzen, die zu Recht als Psychose des Konsums eingestuft wird.

Gleichzeitig mangelt es nach Ansicht der Ideologen des „Bauernsozialismus“ an Verständnis für die historische Bedeutung des Oktober für das Schicksal unseres Landes, an einer einseitigen Einschätzung der Kollektivierung als „schrecklicher Willkür gegenüber der Bauernschaft“, an unkritischen Ansichten über die religiöse und mystische russische Philosophie, sowie zu alten zaristischen Konzepten in der russischen Geschichtswissenschaft. Sie sind gekennzeichnet vom Unwillen, die postrevolutionäre Schichtung der Bauernschaft, die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse zu sehen.

Im Klassenkampf auf dem Land zum Beispiel ragen hier oft die „Dorf“-Kommissare hervor, die angeblich „die Mittelbauern in den Rücken geschossen“ haben. In dem riesigen Land, das von der Revolution geweckt wurde, gab es natürlich alle möglichen Kommissare. Aber der bestimmende Entwicklungsweg unseres Lebens wurde immer noch von den Kommissaren bestimmt, auf die geschossen wurde. Ihnen wurden die Sterne in den Rücken geschnitten, sie wurden lebendig verbrannt. Die angeblich „angreifende Klasse“ musste nicht nur mit dem Leben von Kommissaren, Sicherheitsbeamten, Dorfbolschewiki, Kommissaren bezahlen, sondern auch mit den ersten Traktorfahrern, Dorfkorrespondenten, Lehrerinnen, ländlichen Komsomol-Mitgliedern, dem Leben von Zehntausenden anderer unbekannter Kämpfer für den Sozialismus.

Die Schwierigkeiten bei der Bildung junger Menschen werden durch die Tatsache verschärft, dass informelle Organisationen und Vereinigungen nach dem Vorbild der „Liberalen“ und „Neoslawophilen“ gegründet werden. Es kommt vor, dass extremistische, provokative Elemente in ihrer Führung die Oberhand gewinnen. In jüngster Zeit wurde die Politisierung dieser Amateurorganisationen als weit von der Grundlage eines sozialistischen

Pluralismus entfernt skizziert. Oft sprechen die Führer dieser Organisationen über die „Gewaltenteilung“ auf der Grundlage des „parlamentarischen Regimes“, der „freien Gewerkschaften“, der „autonomen Verlage“ usw.

All das lässt meines Erachtens nur den Schluss zu, dass es aktuell um eine Haupt- und Kardinalfrage des Landes geht – um die Frage der führenden Rolle der Partei, der Arbeiterklasse im sozialistischen Aufbau und darum, sie in der Perestroika anzuerkennen oder nicht anzuerkennen – natürlich mit allen sich daraus ergebenden theoretischen und praktischen Schlussfolgerungen für Politik, Wirtschaft und Ideologie.

Aus diesem Schlüsselproblem der sozio-historischen Perspektive leitet sich die Frage nach der Rolle der sozialistischen Ideologie in der geistigen Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft ab. Verschärft wird diese Frage übrigens bereits Ende 1917: K. Kautsky erklärte damals in einer seiner der Oktoberrevolution gewidmeten Broschüren, dass der Sozialismus sich durch eine eiserne Planung und Disziplin in der Wirtschaft – und Anarchie in Ideologie und geistigem Leben auszeichne. Dies rief den Jubel der Menschewiki, Sozialrevolutionäre und anderer kleinbürgerlicher Ideologen hervor, wurde jedoch von Lenin und seinen Mitarbeitern entschieden zurückgewiesen, die, wie sie damals sagten, die „Kommandohöhen“ der wissenschaftlich-proletarischen Ideologie konsequent verteidigten.

Erinnern wir uns: Als W.I. Lenin sich den Manipulationen des damals populären Soziologen Pitirim Sorokin bezüglich einer Statistik zu Ehescheidungen in der Petrograder Bevölkerung gegenüber sah sowie den für die Religion Partei ergreifenden Schriften von Professor Wipper (beide sahen übrigens im Vergleich zu den jetzt in unserem Land veröffentlichten Schriften absolut unschuldig aus), erklärte er, das Erscheinen ihrer Veröffentlichungen aufgrund Unerfahrenheit der damaligen Verantwortlichen für die Medien bestehe darin, dass „die Arbeiterklasse in Russland es geschafft hat, die Macht zu erobern, aber sie hat noch nicht gelernt, wie man sie benutzt“.

Andererseits wies Wladimir Iljitsch darauf hin, dass diese Professoren und Schriftsteller, „nicht besser für die Bildung der Massen geeignet sind als berüchtigte Pädophile für die Rolle von Aufsehern in Bildungseinrichtungen für Jugendliche“, und daß sie vom revolutionären Proletariat „höflich hinaus eskortiert“ werden sollten. Übrigens kehrten von den 164, die Ende

1922 gemäß einer Liste des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees ins Ausland deportiert wurden, viele später zurück und dienten ihrem Volk ehrlich, einschließlich Professor Wipper.

Es scheint, dass die Frage nach der Rolle und dem Ort der sozialistischen Ideologie heute eine sehr akute Form angenommen hat. Die Autoren opportunistischen Handwerks unter der Schirmherrschaft moralischer und geistiger „Säuberung“ verwischen die Grenzen und Kriterien der wissenschaftlichen Ideologie, manipulieren die Öffentlichkeit, implantieren einen Pluralismus außerhalb des Sozialismus, der die Umstrukturierung des öffentlichen Bewusstseins objektiv verlangsamt. Dies ist besonders schmerzhaft für junge Menschen, was wir, Universitätslehrer, Pädagogen an Schulen und alle, die sich mit Jugendproblemen befassen, deutlich spüren. Wie Michail Gorbatschow auf dem Februar-Plenum des Zentralkomitees der KPdSU sagte: „Wir müssen im geistigen Bereich handeln und uns hier an erster Stelle von unseren marxistisch-leninistischen Prinzipien leiten lassen – Prinzipien, Genossen, wir dürfen hier keine Kompromisse eingehen unter welchen Vorwänden auch immer“.

Wir bestehen auf diesen Prinzipien und wir werden das auch weiterhin tun. Diese Prinzipien wurden uns nicht geschenkt – wir haben sie leidvoll den scharfen Wendungen der Geschichte unseres Landes abgewonnen.²⁰

²⁰ Der Artikel löste eine zwiespältige Reaktion in der Gesellschaft und in der KPdSU aus. Laut dem ehemaligen hochrangigen Beamten des Zentralkomitees der Partei V. Legostaev, der sich zu dieser Zeit in der Mongolei befand, „beschloss A. Jakovlev sofort, dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU ein Rücktrittsschreiben vorzulegen.“ J. K. Ligachov sagte am 15. März im Sekretariat des Zentralkomitees: „Am Sonntag hat „Sowjetisches Russland“ einen interessanten Artikel von Andrejeva aus Leningrad veröffentlicht. Das Material ist kein Zufall. Ich bitte die Genossen Chefredakteure, auf ihn zu achten.“ Am 23. und 24. März behandelte das Politbüro auf Ersuchen von Gorbatschow Angelegenheiten des Staats und befasste sich auch mit Nina Andrejeva. Letztlich stellte der Generalsekretär sicher, dass jeder der Anwesenden auf die eine oder andere Weise Stellung nahm, distanzierte sich jedoch nicht von einem der Positionen des Artikels. ... Ein Artikel von A. Jakovlev für die Prawda mit dem Titel „Die Prinzipien der Perestroika, das revolutionäre Denken und Handeln“ wurde am 5. April 1988 veröffentlicht („Den“, Nr. 16, August 1991, S. 3).

Fortsetzung der Fußnote 20: In diesem Artikel, der später als redaktionell bezeichnet wurde, wurden die Namen der kritisierten Andrejeva oder der des sie kritisierenden Autors, des Sekretärs des ZK der KPdSU A. Jakowlew nicht genannt. „In diesem brillant ausgeführten, kritischen Dokument der KPdSU zur Ideologie wurde festgestellt, dass der Artikel „Ich werde meine Prinzipien nicht aufgeben“ ernsthafte Fragen auf eine Weise aufwirft, die nur als ideologische Plattform bezeichnet werden kann, als Manifestation von Anti-Perestroika-Kräften, die die Leser vielleicht zum ersten Mal in einer derart konzentrierten Form vor sich sahen. Dieser „Brief an den Herausgeber“ ist keine Suche, keine Reflexion oder auch nur ein Ausdruck von Verwirrung, Verwirrung vor komplexen und akuten Fragen, die das Leben aufwirft, sondern die Ablehnung der Idee der Erneuerung, rigider Ausdruck einer ganz bestimmten Position, einer im Wesentlichen konservativen und dogmatischen Position. Tatsächlich durchdringen zwei Hauptthesen den gesamten Inhalt wie ein roter Faden: Warum all diese Perestroika und sind wir in den Fragen der Demokratisierung und der Glasnost zu weit gegangen? Der Artikel fordert uns auf, Änderungen und Anpassungen in den Fragen der Perestroika vorzunehmen, sonst müssen der Staatsapparat den Sozialismus retten.

Für ihr Konzept bittet die Autorin Churchill um Unterstützung. Beachten wir, dass die Laudatio, die sie in diesem Zusammenhang zu Stalin zitierte, überhaupt nicht von Churchill stammt. Der bekannte englische Trotzkist I. Deutscher sagte etwas Ähnliches. Aber auf jeden Fall ist die Frage klar: ist es sinnvoll, sich bei der Beurteilung der Führer und prominenten Persönlichkeiten unserer Partei und unseres Staates bürgerliche Quellen zu zitieren?“

In wahrhaft pluralistischer Art ersetzte dabei der Sekretär des ZK der KPdSU Churchill nicht nur verantwortungsloser Weise durch Deutscher, sondern verzerrte auch das einzige Zitat aus dem kritisierten Artikel von Andrejeva, das er in seinem „Dokument des Zentralkomitees der KPdSU“ überhaupt heranzog.

Vor 250 Jahren wurde G.W.F. Hegel geboren

Heinz Ahlreip: Ausnahmephilosoph Hegel?

Zu Hegels 250. Geburtstag am 27. August 2020

Es ist zunächst einmal Hegel selbst, der eine exzeptionelle Position in der Geschichte der Philosophie, die er als Prozess der Selbsterkenntnis des Geistes und diesen als Schöpfer einer objektiven Welt deutet, beansprucht, was auf der Hand liegt für einen Philosophen, der sich durch ein gigantisches System als Vollender der Geschichte seiner Disziplin begreift und der ihr eine weitere Entwicklung in der Zukunft abspricht. Was ebenfalls auf der Hand liegt, da in Hegels Denken das Weltwissen, die alles durchdringende reine Weltseele, in ihm sich als sich selbst erfasst. Der Idealist Hegel weist eine eigenständige Selbstwerdung und Selbstbewegung der Materie ab. Nach Hegel kann es zeitlich gesehen nach ihm, nach dem der Weltgeist durch ihn sich selbst erkannt hat, nur Philosophiehistoriker geben, keine Philosophen mehr. Nach Marx kann es im Kommunismus keine Politik, keine Philosophie und keine Religion mehr geben. Beide sehen also ein Ende der Philosophie, einmal als Vollendung, einmal als Auflösung, als Aufhebung allemal. Erinnerung sei an dieser Stelle an den einfachen Satz von Ernst Bloch, dessen Worte zu geflügelten geworden: Hegel leugnete die Zukunft, keine Zukunft wird Hegel leugnen. Es ist schon imposant, welchen Platz Hegel in den Feuilletons des 27. Augustes 2020 einnimmt.

Die exzeptionelle Position, die Hegel sich erarbeitet hatte, wird auch geteilt von den Alt- und Junghegelianern, von Heinrich Heine, Friedrich Engels und Karl Marx. Die große Meute der Philosophen, die meint, mit ihren fantastischen Köpfchen heute die Gefängnismauern der kapitalistischen Gesellschaft einreißen zu können, ebnet natürlich Hegel wieder ein zu einem Glied in der Kette, zu einem höchst wichtigen selbstredend. Karl Marx erklärt uns, wie Hegel zu seiner Behauptung seiner ausnahmephilosophischen Ausgangsstellung kam, wie er sich gegenüber allen bisherigen Großphilosophen, die das übermächtige Gewebe der Philosophiegeschichte geknüpft hatten, als deren Oberhaupt und Erlöser sowohl der christlichen als auch der irdischen Qual zusammenfasste: Die Philosophie kommt durch den Denker zum Abschluss, der den Philosophen der Vergangenheit ihre Position

im geschichtlichen Verlauf zuweist, so dass die kontinuierliche Reihe zur Kette um den Hals der Weltgeschichte wird. Hegel knüpft diese Kette zusammen.

Zu dieser historischen, aber noch rein geistigen Tat kommt es nach Marx, weil Hegel auf dem Standpunkt der modernen Nationalökonomie steht, alles geistige Leben als geschichtliches Leben auffasst, und die Arbeit als das Wesen, als das sich bewährende Wesen des Menschen erfasst. Den Hegelschen Arbeitsbegriff ordnet Marx als einen nur positiven ein, der Mangel Hegels besteht hier darin, keinen negativen entwickelt zu haben. „Die Arbeit, welche Hegel allein kennt und anerkennt ist die *abstrakt geistige*. Was also überhaupt das Wesen der Philosophie bildet, die Entäusserung des sich wissenden Menschen oder sie sich denkende entäusserte Wissenschaft, diß erfaßt Hegel als ihr Wesen, und er kann daher den vorhergehenden Philosophen gegenüber ihre einzelnen Momente zusammenfassen und seine Philosophie als *die* Philosophie darstellen“ (Pariser Manuskripte). Drastisch, aber regelrecht hegelkonform, kann ein Bibelwort variiert werden: Die Philosophen wissen nicht, was sie tun, zumindest alle Philosophen vor Hegel wussten nicht, was sie taten. „Was die andern Philosophen thaten – daß sie einzelne Momente der Natur und des menschlichen Lebens als Momente des Selbstbewußtseins und zwar des abstrakten Selbstbewußtseins fassen – das weiß Hegel als das *Thun* der Philosophie. Darum ist seine Wissenschaft absolut“.

Ein grundlegendes Anliegen Hegels überhaupt besteht darin, Fixes dialektisch zu dynamisieren. Die Philosophen haben für ihn bisher nur fixe Abstraktionen hervorgebracht, der ‚Pfiff Hegels‘ besteht nun darin, an die Stelle der in der Geschichte der Philosophie fixierten Abstraktionen den in sich kreisenden Akt der Abstraktion zu setzen. „... damit hat er einmal das Verdienst die Geburtsstätte aller dieser – ihrem ursprünglichen Datum nach einzelnen Philosophen zugehörigen ungehörigen Begriffe nachgewiesen, sie zusammengefasst und statt einer bestimmten Abstraktion die in ihrem ganzen Umkreis erschöpfte Abstraktion als Gegenstand der Kritik geschaffen zu haben ...“. So hatte sich Hegel als *der* Weltphilosoph ergeben und diese gigantische Gestalt wurde zwar von Feuerbach, der erkannt hatte, dass Hegel die neuere Philosophie vollendet hatte und man mit einer Kritik Hegels auf der Höhe der Zeit stehe, beschädigt, aber nicht wirklich gestürzt. Wie die

bisherige Philosophie gegen die Theologie gerichtet war, so müsse sich jetzt die aktuelle Philosophie gegen Hegel richten. Dass die etatistischen Rechtshegelianer gegen den ideologischen Apologeten des preußischen Staates keine Umsturzabsichten haben konnten, versteht sich von selbst, auch dass der späte Schelling in seiner Attacke auf Hegel den Staat zu einem Heiligtum verklärte, aber auch auf dem jungen, munteren Flügel der Linken bissen sich hervorragende Köpfe an Hegel die Zähne aus. Es gelang nicht, das System zu sprengen, bis 1841 Feuerbachs ‚Wesen des Christentums‘ erschien.

Marx und Engels ordnen nun aber auch Ludwig Feuerbach noch als den letzten Mohikaner des Hegelianismus ein, obwohl Marx 1844 über Feuerbach in den ‚Pariser Manuskripten‘ sagt, er sei der „wahre Überwinder der alten Philosophie“. Das bezieht sich auf Feuerbachs Widerlegung des Hegelschen Idealismus bzw. auf den Nachweis, dass die Philosophie Hegels ausgeführte Theologie sei, und auf die von Feuerbach atheistisch begründete Kritik der Religion. Und Engels hat ebenso recht, wenn er 1886 in seiner Besprechung der Starckeschen Dissertation über Feuerbach diesem vorwirft, er habe Hegel einfach als unbrauchbar beiseitegelegt, das bezieht sich auf die dialektische Methode.

Gegen die Glorifizierung Hegels in der bürgerlichen Presse anlässlich seines 250. Geburtstages

In der Auseinandersetzung mit Hegel begegnen wir Schwierigkeiten spezifischer Art, die in dem Umstand begründet sind, dass er als ein reaktionärer Denker zeitlebens ein dialektischer blieb. Wenn seine Philosophie in den Sowjetenzyklopädien der Stalin-Ära zu Recht als eine aristokratische Reaktion auf die 89er bürgerliche Revolution in Frankreich bestimmt wurde, so ist dies stimmig in Bezug auf einen idealistischen *Systemdenker*, dem Verfechter des politischen Systems der preußischen Monarchie.

Eine eminente Quelle seines dialektischen Denkens sind die Werke Rousseaus, Friedrich Engels hat uns auf die Brillanz der Dialektik Rousseaus hingewiesen. Vor Hegel stand eine Phalanx hochkarätigster deutscher Philosophen, und doch hat er sich schon früh für Rousseau als geistige Leitfigur entschieden. Sowohl Kant als auch Hegel heben Rousseau hervor,

aber auf welche Art? Kant verachtete den Pöbel, der von nichts weiß. „Rousseau hat mich zurechtgebracht“. Für Hegel hingegen werden die dialektischen Denkfiguren, die in allen Hauptwerken Rousseaus vorliegen und die schärfer als die Diderots gefasst sind, interessant. Rousseau wurde durch die Veröffentlichung des ersten Diskurses über die Künste und Wissenschaften, mit dem er gegen den Strom der Zeit, dem der Aufklärung schwamm, über Nacht aus einem obdachlosen Stadtstreicher in Paris zum bekanntesten Intellektuellen Europas. In der Nacht vom 27. auf den 28. Juni 1789 flackert in einem Zimmer des Tübinger Stifts noch eine Kerze, ansonsten ist es dunkel und ruhig. Ein 19jähriger Theologiestudent notiert kurz vor Mitternacht in sein Tagebuch: ‚Weiß denn niemand was morgen für ein Tag ist? Selbst Hölderlin schläft!‘ Um das Fragezeichen aufzulösen: Am 28. Juni wäre Rousseau 77 Jahre alt geworden und der Theologiestudent war der junge Hegel. Im Tübinger Stift hatte Schelling die Marseillaise übersetzt, der zusammen mit Hegel und Hölderlin Mitglied des revolutionären Clubs im Stift war, gegen einen gegenrevolutionären. Alle drei verfassten einen Text, in dem sie das Ende des Staates verkündeten, da er als ein mechanisches Räderwerk Menschen misshandle (Es handelt sich um das ‚Älteste Systemfragment des deutschen Idealismus‘). Aber diese Träume der Jugend zerschellten an der harten Klippe der Wirklichkeit, Hegels Timbre wurde zunehmend hart und grau, Hölderlin stürzte vollends in den Wahnsinn ab. Hegel passte sich an, heulte, wie er in einem Brief zugibt, mit den Wölfen so sehr, dass er den preußischen Staat seiner Zeit als den Gang Gottes in der Welt glorifizierte. Der Anarchist hatte sich in einen christgläubigen Monarchisten verwandelt, ein Kontakt des Philosophieprofessors zum völlig verarmten Hölderlin unterblieb für immer.

In den Jubiläumsartikeln zum 250. Geburtstag Hegels wird in der bürgerlichen Presse Hegel als Revolutionär hervorgekehrt, besonders dreist handelt ihn Daniel Bratanovic in der ‚jungen welt‘ vom 27. August 2020 in dem Artikel: ‚Arbeit am neuen Weltalter‘ hoch. Im Leitartikel der ‚Frankfurter Rundschau‘ steht es nicht besser: Hegels Geist habe ununterbrochen rebelliert, sein Veränderungswille hätte nie still gestellt werden können. In Hegels Stellungnahme zur englischen Reformbill lesen wir jedoch: „Endlich nach vierzig Jahren von Kriegen und unermeßlicher Verwirrung könnte ein altes Herz sich freuen, ein Ende derselben und eine Befriedigung eintreten zu sehen. Und doch ist wieder ein Umsturz passiert

...“ (Hegels Vermischte Schriften, hrsg. von Friedrich Förster und Ludwig Boumann, Verlag von Duncker & Humblot, Berlin, 1835,187). Blicken wir noch in die andere große Frankfurter Zeitung, auch in der FAZ wird Hegel als „Denker der französischen Revolution“ präsentiert.

Den Vogel hat aber immer noch Willi Dickhut abgeschossen, uns zwar schon vor dem 250. Geburtstag Hegels. „Die klassische Philosophie war eine revolutionäre Philosophie“. Alle Achtung, was für ein gewagter Satz von Dickhut!, der dann fortfährt: „Es (worauf bezieht sich dieses ‚es‘?/H.A.). war die Philosophie des aufstrebenden Bürgertums. Hegel brachte die klassische Philosophie auf den Höhepunkt und zum Abschluss“. (Willi Dickhut, Hegels ‚Logik‘ als Höhepunkt und Ende der klassischen Philosophie, Verlag Neuer Weg,2018,6). Dahinter steckt natürliches politisches Kalkül, das die blökende Schafherde vom Hirtenengel nicht durchschaut. Man vergleiche diese Schrift Willi Dickhuts mit der Feuerbachschrift von Friedrich Engels – was für ein Abgrund! Feuerbach hatte durch harte Arbeit an Hegel-Texten den Nachweis erbracht, dass Hegels Philosophie im Kern eine theologische Strukturanlage hat und Marx unterstreicht diese große Leistung Feuerbachs in den ‚Pariser Manuskripten‘.

‚Hegels permanente Revolution‘ ist also der falsche Weg, übersehen wir nicht, dass Friedrich Engels die Dialektik Hegels, als „unbrauchbar“ abqualifiziert (Vergleiche Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, Dietz Verlag Berlin, 1960, 292) und am deutschen Philosophen immer ein „Stück Philisterzopf“ hängen sah (a.a.O., 269). Hegelkonform ist es, den Sowjetenzyklopädien der Stalin-Zeit zu folgen: Hegels Philosophie nahm eine reaktionäre Position gegen die Revolution der Jakobiner ein. Nicht unter jedem dicken Hut steckt auch ein großer Kopf.

Heinz Ahlreip: Die Begründung des Atheismus durch eine materialistische Philosophie - Ludwig Feuerbach wurde am 28.7.1804 in Landshut geboren

Die Umfunktionierung der Kirchen zu weltlichen Zwecken wäre die logische Konsequenz aus Feuerbachs Hauptschrift ‚Das Wesen des Christentums‘ aus dem Jahr 1841. Das Buch Feuerbachs hatte eine befreiende Wirkung wie kaum ein anderes in der deutschen Geschichte.

„*Wir waren alle momentan Feuerbachianer*“, schrieb Engels 1886. Die idealistische Hegel-Schule war aufgelöst. Für die Vorbereitung der 48er Revolution hatte Feuerbach damit einen essentiellen Beitrag geleistet, er hatte die Kritik der Religion vollendet und die Kritik der Religion ist bekanntlich, wie von Marx in seiner Kritik der Hegelsche Rechtsphilosophie/Einleitung in proletarisches Erz gegossen, die Voraussetzung aller Kritik.

An den Anfang dieser Aufklärungsschrift stellt er den Unterschied zwischen Mensch und Tier, Tiere haben keine Religion; um nach wenigen Seiten einen Schlüsselsatz zu postulieren: „Das absolute Wesen, der Gott des Menschen, ist sein *eigenes Wesen*“. (Ludwig Feuerbach, Das Wesen des Christentums, in: Texte zur materialistischen Geschichtsauffassung, Ullstein Verlag, Frankfurt/Main, Berlin, Wien, 1975,145). Jedes Wesen ist für sich unendlich, hat seinen Gott, sein höchstes Wesen in sich selbst. Du selbst bist Gott, soweit dein Wesen reicht.

Das waren ungeheuerliche Ausführungen zur damaligen Zeit, subversiv, Dynamit unter den Altären und den Thronen. Was Feuerbach mit seiner Bestimmung, dass der Gegenstand der Vernunft gegenständliche Vernunft sei, dass Gott auf eine spezifische, immanente Weise menschlicher Gegenstand sei, einleitet, ist die Zerstörung der traditionellen Gegenüberstellung von Gott dem Schöpfer und dem geschöpften Menschen als zwei unterschiedliche, disparate Wesen, Religion, so meinte man irrtümlich und war sich dessen ganz sicher, knüpfe an einen äußeren Gegenstand an, zu ihr gehören immer zwei sich anders seiende Wesen, noch keiner hat bisher Gott und Mensch als eineiige Zwillinge gedacht, und auch da läge keine hundertprozentige Identität vor, sondern Gott ist nun nach Feuerbachs Subversion ein vom Menschen aus sich selbst hervorprojiziertes Objekt, das wie alles Überirdische nur irdisch-

menschliche Züge tragen kann, worauf schon Descartes am Anfang seiner Meditationen hingewiesen hat.

Aus sich kann nur projiziert werden, was in sich ist, folglich kann der Mensch Gott nur in sich haben in Menschengestalt. Feuerbach sieht als Gott eines Vogels einen Vogelgott.

Der Atheist Feuerbach gibt Gott nicht mehr der Objektivität preis wie Hegel. Gott ist vor seinem Abtöten zunächst ganz selbstisch, sein Bewusstsein ist menschliches Selbstbewusstsein, die Erkenntnis Gottes *die Selbsterkenntnis des Menschen*. (a.a.O.,153). Gewiss eine in sich gedoppelte dialektische Umwandlung. Insofern reduziert sich Religion auf die Vorspiegelung falscher Tatsachen mit der Behauptung eines himmlischen Gottes.

So, wie für Feuerbach die Natur stets der Philosophie vorangeht, eine unbezweifelbare Tatsache, so geht auch die Religion für ihn der Philosophie voraus, dieser Gott war immer im Menschen und in ihm gilt es auch, ihn abzutöten. Aber die Religiösen haben allen Reichtum der Erde in den Himmel geschleudert, der Mensch und sein Gott waren außer sich in der Religion, dieser Zustand der Entzweiung muss der Philosophie vorausgehen.

Die imaginäre Entlassung aus Gott wird nach dem Umkippen, das die Welt aus sich selbst erklärt, zu einer ungegenständlichen eingebildeten Entlassung aus dem Menschen, wird zu reiner Phantasie, so dass das bisher abgeleitete Menschliche das Ursprüngliche sei, wird in den Menschen, in seinen Ursprung heimgeholt. Die Welt ist aus sich selbst zu erklären, der Mensch ist aus der Welt heraus zu erklären, die Kinder aus den Eltern und Gott ist aus dem Menschen heraus als seine Projektion mit menschlichen Prädikaten, gütig, zornig, barmherzig u.s.w...., zu erklären. Über diesen Kreis kommen die Gottbildner nicht hinaus, es gibt nicht den Lichtstrahl eines nicht-menschlichen Prädikats aus der Unendlichkeit des Alls für den Ewigen.

Das sind die Marksteine des Atheismus. Eine bemerkenswerte Auskunft von Feuerbach: „*Das göttliche Wesen, welches das Gefühl vernimmt, ist in der Tat nichts als das von sich selbst entzückte und bezauberte Wesen des Gefühls – das wonnetrunkene, in sich selbst selige Gefühl“.* (a.a.O.,149).

Das Göttliche ist das Göttliche des Menschen selbst, der Mensch ist nicht der Mensch Gottes, sondern Gott ist *Menschengott*. In der Emanzipation von der

Religion wird der eingebildete Grundherr, von seinem hohen Sockel gestürzt, zu einer Nichtigkeit. Für den Atheismus ist Gottesglaube Willkür von Menschen, die ihren tiefen in dieser obersten, dann auch spezifischen Sache einzigen Autonomiekern verkennen.

Liegt nicht in dem von Theologen heiliggesprochene Gefühl, fragt Feuerbach, der Grund seiner Religiosität selbst? Das göttliche Gefühl wird entzaubert, Gefühl wird nun als etwas originär Menschliches gedeutet, die Gewichte verschieben sich und eine jahrhundertealte Quelle, die den Blick auf die Welt verstellte, wird trockengelegt.

Feuerbach verortet das Göttliche irdisch, er löst die weltlichen Fragen nicht in religiöse, sondern die religiösen in weltliche auf - quasi ein Merksatz für Studienanfänger, und noch einer dazu: Marx kritisiert Feuerbach, dass dieser zwar das Wesen der Religion aus der weltlichen Misere der Menschen ableitet, ein wichtiger Fortschritt, dann aber wieder die Nase in philosophische Bücher steckt, statt die sozialen Wurzeln der Misere auszurotten – die eigentliche revolutionäre Tat!

Feuerbachs Aufdeckung des perversen Charakters aller Religion und Marxens Forderung, Philosophen haben die Welt nicht länger zu interpretieren, sondern zu verändern, ergänzen einander zum fulminanten Auftakt der Umwälzung einer Gesellschaft, deren ökonomische Perversion perverse Religion, wie Lenin sagt, eine Art geistiger Fusel, konstituiert. Feuerbach hatte den atheistischen Materialismus, dass der Geist nur das höchste Produkt der Materie sei, zur herrschenden Doktrin für die linken Intellektuellen Deutschlands geformt.

Strategische Überlegungen der KPD

Ideologische Kommission der KPD: Auf dem Weg zum XXXI. Parteitag²¹

Genossen, seit 30 Jahren besteht unsere Partei, und sie soll weiter erfolgreich den Marxismus/Leninismus verteidigen. In diesen 30 Jahren hat sich die Situation in der Welt so schnell verändert, dass man Probleme hat, alle Erscheinungsformen richtig einzuordnen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir uns immer wieder mit den Grundlagen des Marxismus/Leninismus beschäftigen und die grundlegenden Wahrheiten herausarbeiten. Eine z.B. ist jene, worauf die Genossen der Landesorganisation Sachsen hinwiesen, dass der Kapitalismus den Faschismus in sich trägt wie die Wolke den Regen.

Gegen diesen Faschismus müssen wir ankämpfen, konkret werden. Das heißt, in Vorbereitung unseres nächsten Parteitages gilt es, sich darüber Gedanken zu machen, wie wir die nächsten Jahre gestalten wollen, wie wir auf die weitere Entwicklung in Deutschland und Europa Einfluss nehmen. Wir sind zahlenmäßig eine kleine Partei. Das heißt aber nicht, dass wir ohne Stimme sind. In den Landesorganisationen gibt es schon Denkansätze und Diskussionen darüber. Diese lasst uns zusammentragen und den Weg bestimmen.

Die Genossen aus Dresden haben sich ausführlich mit der drohenden Gefahr des erneuten Aufkommens des Faschismus in Deutschland beschäftigt und kommen zu dem Ergebnis, dass „*an erster Stelle ... die Schaffung der Einheitsfront stehen (muss).*“ Sie sehe diese als „*Aktionseinheit der fortschrittlichen Kräfte*“ (Entwurf eines Leitantrags an den 31. Parteitag der KPD) gegen den Faschismus und fordern: „*wir Kommunisten müssen beim Kampf gegen den Faschismus an der Spitze stehen*“. Bevor wir zu den

²¹ Wir dokumentieren hier ein für die Vorbereitung des 31. Parteitages der KPD erstelltes Diskussionspapier, um die dort angestellten Überlegungen auch Genossinnen und Genossen außerhalb der KPD zugänglich zu machen, denn die aufgeworfenen Fragen sind schon von grundsätzlicher Bedeutung.

Schlussfolgerungen kommen, halten wir es für nötig, uns mit dem Inhalt von Einheitsfront und Volksfront zu beschäftigen.

Einheitsfront, (auch Arbeitereinheitsfront): getrennt marschieren, vereint schlagen! - so klingt es noch vielen in den Ohren. Das Anstreben einer Einheitsfront wurde 1921 beim III. Weltkongress der KI beschlossen. „*Durch den gemeinsamen Kampf für gemeinsame Ziele, für die unmittelbaren Interessen der Masse der lohnabhängig Beschäftigten, der Arbeiter, Arbeitslosen und städtischen und ländlichen Kleinbürger sollte die Masse der Proletarier und 'Halbproletarier' von der praktischen Überlegenheit der revolutionären Methoden und Programmatik überzeugt werden. Die Einheitsfrontkonzeption beruht dabei auf der Überzeugung, dass Revolutionäre nur im entschlossenen Kampf um die kleinsten Tagesforderungen der Massen (höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen etc.), bei denen die Kommunisten sich als die Entschlossensten und Weitgehendsten zeigen würden, deren Vertrauen gewinnen könnten. Erklärtes Ziel der KPen war es, die sozialdemokratische und christliche Basis durch die praktischen Erfahrungen im gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten von ihrer staatstragenden, reformistischen, zaudernden und kompromisslerischen Führung zu lösen.*“ (wikipedia)

Eine solche Einheitsfront ist also eine ganz bestimmte Bündnisform, die die kommunistische Partei mit einer anderen Partei der Arbeiterklasse oder proletarischen Organisation, welche sich auf die Arbeiterklasse als Basis stützen, eingeht. Sie hat sich als Ziel gesetzt, die größtmögliche Aktionseinheit des Proletariats gegen einen gemeinsamen Feind zu schaffen und außerdem den reformistischen und sozialdemokratischen Arbeitern die Augen für die Schwäche und den Verrat ihrer Führungen zu öffnen, ohne die eigenen marxistischen Grundpositionen aufzugeben. Die Sozialfaschismusthese, die 1925 erstmals formuliert und ab 1928 von den der KI angehörenden Kommunistischen Parteien vertreten wurde, bildete das praktische Ende der Einheitsfrontpolitik, die bei der Sozialdemokratie sowieso nie auf Gegenliebe gestoßen war.

Die Volksfrontpolitik (auch Einheitsvolksfront): Der Unterschied der Einheitsfront zur Volksfront besteht darin, dass die Volksfront von Anfang an gegen den Faschismus gerichtet ist und aus diesem Grund bürgerlich-demokratische Elemente mit einbezieht. Der Hintergrund der

Volksfrontpolitik, die 1935 vom VII. Weltkongress der KI beschlossen wurde, war der wachsende Faschismus in Europa. Italien und Deutschland besaßen faschistische Regierungen, in Spanien drohte die Niederlage der Republik und der Übergang zum Faschismus.

Die Volksfront wurde vom VII. Weltkongress 1935 als eine Taktik beschlossen und war der Versuch, den Faschismus zu bekämpfen und den drohenden Krieg zu vermeiden. Leider wurden diese Ziele nicht erreicht, denn weder konnte in Deutschland oder Italien die faschistische Herrschaft ins Wanken gebracht noch die Niederlage der Spanischen Republik verhindert werden. Die Volksfronttaktik wurde 1939, zu Beginn des II. Weltkriegs, von Stalin zurückgenommen, wie Dimitroff in seinen Tagebüchern schreibt: *„Im Kreml (Stalin, Molotow, Shdanow). Stalin: `Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt – (arme und reiche im Hinblick auf Kolonien, Rohstoffe usw.) um die Neuaufteilung der Welt, um die Weltherrschaft! Die Kommunisten der kapitalistischen Länder müssen entschieden gegen ihre Regierungen, gegen den Krieg auftreten. Bis zum Krieg war es völlig richtig, dem Faschismus das demokratische Regime entgegenzustellen. Während des Krieges zwischen den imperialistischen Mächten ist das schon nicht mehr richtig. Die Unterscheidung der kapitalistischen Länder in faschistische und demokratische Länder hat ihren bisherigen Sinn verloren. Der Krieg hat einen grundlegenden Bruch herbeigeführt. Die Einheitsvolksfrontpolitik von gestern diente dazu, die Lage der Sklaven im kapitalistischen Regime zu erleichtern. Unter den Bedingungen des imperialistischen Krieges steht die Frage nach der Vernichtung der Sklaverei! Heute Positionen des gestrigen Tages einzunehmen (Einheitsvolksfont, Einheit der Nation) bedeutet, auf die Positionen der Bourgeoisie abzugleiten. Diese Losung wird zurückgenommen.“* (Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933–1943, Berlin 2000, Band 1, S. 273f)

Mit dem Überfall des deutschen Imperialismus auf die Sowjetunion im Juni 1941 änderte sich die Lage erneut. Nun musste alles getan werden, damit die Sowjetunion überlebte. Dazu war die Anti-Hitler-Koalition unverzichtbar. Diese Konstellation - zwei imperialistische und ein sozialistisches Land gemeinsam in einer Allianz gegen den faschistischen deutschen Imperialismus und seine Helfershelfer aus Italien und Japan - stellte die kommunistische

Weltbewegung vor ein schwerwiegendes Dilemma: Man durfte den Bestand der Anti-Hitler-Koalition nicht gefährden, konnte also in den USA und in Großbritannien nicht zum Sturz der eigenen Bourgeoisie aufrufen, gefährdete dadurch aber sich selbst, denn eine kommunistische Partei, die sich nicht gegen den Kapitalismus und den imperialistischen Status der eigenen Bourgeoisie stellt, droht in der Unkenntlichkeit zu verschwinden. So hat z.B. die US-amerikanische Partei tatsächlich ihre Auflösung und das Aufgehen in den so genannten „Bewegungen“ erwogen.

Nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus entstanden auf der Grundlage der Volksfronttaktik, die sich inzwischen unausgesprochen und undiskutiert zur globalen Strategie der kommunistischen Parteien ausgewachsen hatte, zwei diametral entgegengesetzte Entwicklungen: in den Ländern Osteuropas und in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, wo die Rote Armee im Lande stand und wo die Bourgeoisie weder über die Staatsmacht noch über bewaffnete Organe mehr verfügte, waren die kommunistischen Parteien in der Lage, erstens die Sozialdemokratie zu assimilieren und damit die Spaltung der Arbeiterklasse zu überwinden und zweitens auf dieser Grundlage einen Block antifaschistisch-demokratischer Parteien zu schaffen und zu führen und in ihren Ländern den Sozialismus aufzubauen. In den Ländern Westeuropas, konkret in Frankreich, Italien und in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands gelang dies nicht. Im Gegenteil, die revolutionäre Situation direkt nach Kriegsende wurde nicht genutzt. Obwohl die italienische Resistenzia bzw. die französische Résistance starke Kräfte unter Waffen hatten und die Bourgeoisien in Frankreich und in Italien ebenfalls weder über einen Staatsapparat noch über bewaffnete Kräfte verfügten, entschieden sich die kommunistischen Parteien für den parlamentarischen Weg, der zur Restauration des Kapitalismus und zur Zähmung der Kommunisten führte.

Trotz dieser Niederlagen blieb die Volksfront“strategie“ über Jahrzehnte für die kommunistische Bewegung bestimmend, was dazu führte, dass die Kommunisten hinter der Sozialdemokratie, fortschrittlichen Kirchenkreisen und so genannten „anderen demokratischen Kräften“ hinterherliefen, sich in der Friedensbewegung der BRD nicht vom Pazifismus abgrenzten, sondern die eigene Propaganda diesen Kräften anpassten und deshalb z.B. in der Friedenspolitik weder die Systemfrage noch die Klassenfrage stellten, sondern bei „Abrüstung“ und „Frieden auf Erden“ stehen blieben und sich Anfang der

80er Jahre sogar mit Kräften gemein machten, die nicht nur den Imperialismus abrüsten wollten, sondern auch den Sozialismus.

Über die Volksfronttaktik hielt Prinzipienlosigkeit Eingang in die weltweite kommunistische Bewegung. Das war die Grundlage für das Erstarren von Opportunismus und Revisionismus, was dazu führte, dass mehrere große, stolze Kommunistische Parteien dann die Konterrevolution in Europa nicht überlebten, sondern zersplittert oder sozialdemokratisiert wurden (KPdSU, SED, PCF, PCI...). Die Volksfronttaktik kann angesichts dieser geschichtlichen Erfahrungen und angesichts der vollkommen veränderten Bedingungen heute keine Option mehr sein.

Schlussfolgerungen. Die kommunistische Bewegung heute: Heute ist die kommunistische Bewegung schwach, demoralisiert, verwirrt und gespalten. Die Konterrevolution hatte und hat verheerende Auswirkungen. Inzwischen haben sich zwei Lager herausgebildet. Eine Gruppe von Parteien hält an den Grundlagen des Marxismus–Leninismus fest. Eine andere Gruppe von Parteien träumt von einem Sozialismus auf kapitalistischer Basis, analog der Entwicklung Chinas und anderer mit China befreundeter Parteien. Die Polarisierung diesbezüglich ist im wesentlichen abgeschlossen. Wir haben dazu unseren Klassenstandpunkt herauszuarbeiten und zu festigen. Dabei ist der ständige Kampf gegen revisionistische Erscheinungsformen außerhalb und innerhalb der Partei zu führen. International gibt es einige Parteien, die sich nicht in diesem Sog befinden, wie z.B. die griechische und die türkische, die PdA Österreichs und andere, die zukünftig unsere Verbündeten sein sollten.

Eine klare, einheitliche kommunistische Partei auf Grundlage des Marxismus-Leninismus ist notwendig - nicht nur in Deutschland. Diese zu schaffen ist die wichtigste aktuelle Aufgabe, denn ohne eine starke marxistisch-leninistische Kraft, die sich an Lenins Worten aus seiner Imperialismusschrift orientiert: *„Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht Leute, die nicht verstehen wollen, daß der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus.“* (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Lenin, Werke, Bd. 22, S. 307), ist keine Klarheit in der kommunistischen Bewegung möglich. Und ohne eine solche Partei, die stark genug ist, um in soziale Bewegungen, seien es Antifaschismus, Tarifaueinandersetzungen, Friedenspolitik, Umweltfragen

usw. die Klassenfrage und die Eigentumsfrage zu stellen, und das immer und immer wieder, wird es keinen Fortschritt geben, sondern weiterhin nur oberflächliche, oft kurzzeitige, an aktuell aufbrechenden Widersprüchen ansetzende Strohfeuer ohne nachhaltige Wirkung.

Leider ist das Schaffen einer solchen Partei leichter gesagt als getan. Aber es ist möglich:

- Die Verwirrung ist gewaltig. Sogar in unserer Partei gibt es Verfechter der „sozialistischen Marktwirtschaft“. Eines der großen Probleme scheint darin zu bestehen, dass der Sozialismus seit der Konterrevolution in Europa von den arbeitenden Menschen nicht mehr als praktische Alternative gesehen wird. Die Entwicklungen in China und in Vietnam tragen auch nicht zur Verbesserung der Lage bei. Das führt dazu, dass viele Menschen, die über Widersprüche der kapitalistischen Wirklichkeit stolpern, sich nicht mit dem Marxismus beschäftigen, sondern sich irgendwelchen sozialen Bewegungen anschließen, wo sie wenig mit gesellschaftlicher Bildung in Berührung kommen und keine marxistischen Grundlagen kennen lernen. Dieser Theoriemangel ist für uns ein großes Problem. Aber es gibt inzwischen positive Anzeichen. Das Interesse an unserem marxistisch-leninistischen Fernstudium wächst stark, so dass wir inzwischen zweizügig verfahren müssen. Wir haben etwa dreimal so viele Anmeldungen wie noch vor vier Jahren.

- Der Revisionismus ist mitnichten geschlagen, sondern noch immer eins der größten Hemmnisse für eine klare Entwicklung der kommunistischen Bewegung. Die Linkspartei muss man als die neue Sozialdemokratie bezeichnen (die selbstverständlich auch auf kommunistische Formationen einen negativen Einfluss hat), die Kommunistische Plattform, die DKP, die Tageszeitung „junge Welt“, die Monatszeitschrift „RotFuchs“ und andere sind Vereinigungen und Gruppen, die zum Teil opportunistische Thesen vertreten, revisionistischen und sozialdemokratischen Autoren ihre Publikationsorgane öffnen und abenteuerliche Positionen vertreten bzgl. China, Russland, dem Gorbatschowismus, der Planwirtschaft, beim Kampf um den Frieden usw. Damit dienen sie wenig der Klarheit und der Formierung der Bewegung, sondern manchmal sogar der Verwirrung. Aber es gibt in der jüngeren Vergangenheit und der Gegenwart ermutigende Zeichen. Da werden alte Lehrsätze und Dogmen diskutiert, unsere Geschichte untersucht. Und die

Einsicht, dass gründliche Kenntnisse des Marxismus-Leninismus unverzichtbar sind und die Geschichte der sozialistischen Länder eine Untersuchung wert ist, um Schlussfolgerungen und Konsequenzen daraus zu ziehen, wächst. Aufbauend auf der wissenschaftlichen Konferenz vom Oktober 2019 anlässlich des 70sten Jahrestages der Gründung der DDR wird die wissenschaftliche Arbeit in Form von Konferenzen zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR weitergeführt. Dabei werden wir mit der Kommunistischen Organisation zusammenarbeiten.

- Wir müssen versuchen, ein marxistisch-leninistisches, also nicht-revisionistisches Gegengewicht zu schaffen. Wir brauchen also eigene Kraft. Nicht, dass wir irgendwo mitmachen, ist gut, sondern dass wir inhaltlich Klares tun, und das wenn möglich mit Genossen, die Gleiches wollen, wie z.B. mit der Kommunistische Organisation. Der Weg, den wir mit der KO gehen, ist gut, bräuchte aber ein wenig mehr Tempo. Da hat uns Corona zwischendurch ausgebremst.

- Wir brauchen kluge Überlegungen, wie wir an Stärke gewinnen, um unsere Ausstrahlung zu verbessern. Ganz am Anfang sind entsprechende Aktionen zu nennen, in der wir neue junge Mitglieder gewinnen. Weitere Aufgaben, die sich daraus ergeben, sind u.a.: Intensivierung der internationalen Kontakte, eine breitere Streuung unserer Zeitung „Die Roten Fahne“, Veröffentlichung von Sonderheften der Schriftenreihe. Und in ausgewählten festen Bündnissen in einem oder zwei Bereichen, den Vorschlägen der Landesorganisation Sachsen folgend im Bereich des Antifaschismus und vielleicht auch beim Friedenskampf, könnten von uns Arbeitsgruppen gegründet werden, die dann auch in den Bündnissen sichtbar sind.

Umsetzung: Können wir das leisten? Es grenzt an die Quadratur des Kreises: Wir sind schwach, und um an Stärke zu gewinnen, brauchen wir Aktivitäten und Ausstrahlung. Für solche Aktivitäten brauchen wir aber gerade die Stärke, die wir nicht haben. Da beißt sich die berühmte Katze in den Schwanz. Das lässt sich nur lösen durch eine zeitlich befristete Kampagne der Gesamtpartei, eine Kampagne, die wir mit einem überdurchschnittlichen Kraftakt meistern müssen. Sind wir dazu in der Lage? Wir sehen das positiv.

Ideologische Kommission

Ernst Thälmann

Zbigniew Wiktor: Ziegenhals -Kundgebung – 23. August 2020

1.- Zur Rolle der „Ziegenhals Gedenkstätte“,

Liebe Genossinnen und Genossen, verehrte Anwesende!

Ich grüße Euch recht herzlich im Namen der polnischen Delegation und der Kommunistischen Partei Polens, Vielen Dank für die Einladung, es ist für uns eine große Ehre, an dieser hervorragenden Kundgebung teilzunehmen.

Am 18. August 1944 also vor 76 Jahre ist hier im KZ Buchenwald Ernst Thälmann ermordet worden.

Hier in Ziegenhals sprach vor mehr als 87 Jahren der Genosse Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands letztmalig vor einem größeren Gremium von ZK-Mitgliedern und weiteren führenden Funktionären der KPD. Es war eine Woche nach der Machtübergabe an Adolf Hitler (30. Januar 1933).

Die national-faschistische Diktatur war gegen alle demokratischen Kräfte eingerichtet, aber insbesondere gegen die Kommunisten. Die Bürgerrechte wurden liquidiert und eine Ausnahmezustand eingeführt, viele Kommunisten und andere progressive Leute wurden verschleppt und in Konzentrationslagern isoliert. Die Kommunistische Partei wurde verboten. Die Dokumente beweisen, dass mehr als 100.000 Mitglieder der insgesamt 30.000 Mitglieder verschleppt und von ihnen mehr als 10.000 umgebracht wurden. In Deutschland und auch in vielen anderen Ländern Europas hat die braune Plage gesiegt, die bis Mai 1945 dauerte.

Die Ernst Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals ist berühmt, weil hier vor 87 Jahre die letzte Tagung des ZK der KPD und der führenden Funktionäre stattfand, die noch nicht in Haft gefallen waren. Hier sprach der Vorsitzende der KPD, Genosse Ernst Thälmann, letztmalig vor einem größeren Gremium von ZK-Mitgliedern und weiteren führenden Funktionären der KPD. Als gesichert nachgewiesen gelten 37 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Am 7. Februar 1933 (also eine Woche nach Hitlers Machteintritt) legte Ernst

Thälmann hier die neue politische Situation dar, analysierte das Wesen des Hitlerregimes und zeigte weitsichtig auf, wie nun der Kampf zum Sturz dieses Regime geführt werden musste - bei Gewinnung aller antifaschistischen Kräfte.

Die Rede, die als „Ziegenhalser Rede“ in die Geschichte einging, ist von historisch hochaktueller Bedeutung. Ihr Inhalt bestimmte den weltweiten Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg maßgeblich mit. Ihren ideologisch-politischen Inhalt benutzte später Georgi Dimitrov im Leipziger Strafprozess und bei der Tagung und in den Dokumente des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale (Moskau 1935), derer wichtiges Mitglied des Exekutivkomitees Ernst Thälmann während vieler Jahre gewesen war.

In der DDR-Zeit wurde diese Gedenkstätte (genannt „Sporthaus -Ziegenhals“) am 7. Februar 1953 als „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte“ eingeweiht. Bei ihrer Einweihung anwesend waren die früheren Mitglieder dieser historischen Tagung: Wilhelm Pieck (Präsident der Deutschen Demokratischen Republik), Walter Ulbricht (Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands) und andere verdiente Funktionäre der früheren KPD und der SED. Es war auch Genosse Otto Grotewohl - Ministerpräsident der DDR - bis 1946 verdienter Funktionär und Vorsitzender der SPD, die sich im April 1946 mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vereinigte.

Nach der Konterrevolution 1989/90 wurde die Ernst-Thälmann-Gedenkstätte ein Museum der deutschen Arbeiterbewegung und sie wurde mit der Pflege der progressiven Enthusiasten gerettet und erhalten. Doch seit Mai 2010 wurde sie unter der Duldung der „rot-roten“ brandenburgischen Landesregierung abgerissen. Doch trotzdem des Abrisses kommen hierher Genossen und andere progressive Leute um an der Stätte Teddi und seine Genossen zu ehren. Die Gedächtnis an den Klassenkampf und die langjährige Aktivität des Anführers der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung für die Interessen der Werktätigen ist nach wie vor lebendig auch unter den gegenwärtigen kapitalistischen Bedingungen.

Eine große Rolle spielt in der Erhaltung dieser historischen Gedenkstätte der Freudeskreis „Ernst Thälmann e.V. Ziegenhals-Berlin“ und sein Vorstand mit dem Vorsitzenden Genossen Max Renkl, der hier zahlreiche Kundgebungen,

Wanderausstellungen, wissenschaftliche Konferenzen, historische Erinnerungen mit internationaler Beteiligung organisierte und durchführte.

Wir in Polen beobachten Eure Arbeit mit großer Aufmerksamkeit und wir schätzen Eure Aktivität sehr hoch ein und wir danken Euch sehr für Eure Einladung zu dieser Kundgebung. Wir unterstützen auch Eure Arbeit, weil die „Ernst-Thälmann Gedenkstätte“ nicht nur eine wichtige Stätte für die deutsche kommunistische Bewegung ist, sondern auch eine internationale Bedeutung als Mahnmal des Kampfes gegen Faschismus, Militarismus und Krieg und für Frieden und Sozialismus hat.

2.- Thälmann als Arbeiter, Mitglied und Vorsitzender der KPD

Die Kommunistische Partei Deutschland entstand im Dezember 1918, aber die deutsche Arbeiterbewegung hat eine lange Geschichte, die mit den Klassenkämpfen der schlesischen Weber -Juni 1844 in Langebielau, Peterswaldau und vielen anderen Zentren der Weberindustrie in Schlesien beginnt und die ein Vorposten des Völkerfrühlings 1848 und mit den politische Aktivitäten von Marx, Engels und dem Bund der Kommunisten verbunden waren. Seit den 60er Jahre des XIX. Jahrhunderts entstanden die Anfänge der Sozialdemokratischen Partei Deutschland, die verschiedene politisch-ideologische Strömungen hatte. Sehr wichtig für diese Zeit war die politische Aktivität von August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, die den revolutionären Flügel der SPD darstellte und woraus später der Spartakusbund und die KPD entstanden.

Eine neue Epoche wurde mit dem Sieg der sozialistischen Revolution im Oktober 1917 unter Leitung Lenins und der Kommunistischen Partei Russland (Bolschewiki) eingeläutet. Es entstanden auch revolutionäre Situationen in Deutschland, Ungarn, Polen, später in China und anderen Ländern. Insbesondere wichtig für die internationale revolutionäre Bewegung war die Entwicklung der antikapitalistischen Revolution in Deutschland.

Die Entstehung der KPD war eine logische Entwicklung und Fortsetzung der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere ihres revolutionären Flügels in der Zeit des 1. Weltkrieges, als Spartakisten kämpften und die neuen revolutionären Anführer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in der Leitung den revolutionären Arbeiterflügel, die revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen zur Novemberrevolution, zum Klassenkampf aufriefen. Der

sozialdemokratisch-kommunistische Abgeordnete Karl Liebknecht war der erste im Reichstag, der gegen die Kriegskredite und die Fortsetzung des imperialistischen Krieg gestimmt hatte.

Die Novemberrevolution entwickelte sich in eine massenhafte Klassebewegung und kulminierte in zahlreichen Kämpfen in Berlin, Hamburg, Bremerhaven und insbesondere in Bayern. Es entstanden zahlreiche proletarische Machtorgane als Arbeiter- und Soldatenräte. Das deutsche revolutionäre Proletariat hatte heldenhaft gekämpft für die Entstehung und die Verteidigung der Bayerische Räterepublik. Die revolutionären roten Truppen verteidigten die Räterepublik bis Anfang Mai 1919. Die Rote Armee, die unter kommunistische Führung verblieb, leistete den am 1. Mai in München eindringenden weißen Truppen bis zum 3. Mai erbitterten Widerstand. Am 4. Mai kapitulierte sie, ihre Führer wurden erschossen. Über München wurde das Standrecht verhängt. Hunderte Arbeiter und Soldaten fielen dem weißen Terror zum Opfer, über 2.200 Personen wurden zu Zuchthaus, Gefängnis und Festung verurteilt.

Die nächste Etappe der kommunistischen Bewegung in Deutschland war verbunden mit Ernst Thälmann, der stammte von Wasserkannte, aus Hamburg, wo viele Werftarbeiter gut organisiert waren als eine Vortruppe der Kommunistischen Partei Deutschlands. Ihr Anführer war Ernst Thälmann, der auf der Parteikonferenz in Oktober 1925 zum Vorsitzenden der KPD gewählt wurde. Es wurden auch neue hervorragende Mitglieder des ZK mit Wilhelm Pieck, Fritz Heckert, Walter Ulbricht, Wilhelm Florin, Ernst Schneller und andere gewählt.

Die Voraussetzung für eine fruchtbare Massenarbeit der Partei entstanden. Zur KPD waren viele neue Mitglieder und Sympathisanten gekommen, die Partei wurde eine Massenpartei und sie hat mit jeder Reichstagswahl viele neue Mandate errungen. Die KPD wurde eine kommunistische Alternative für das deutsche Proletariat. Es wurde als Parteiaufgabe gestellt – der Kampf um die sozialistische Revolution und den Sieg des Sozialismus. Die KPD bekam durch ihre Massenarbeit und ihr revolutionäres Programm in dieser Zeit Massenunterstützung sowohl von Wählern als auch von Gewerkschaften, sie bekam auch große Autorität in der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, insbesondere in der III. Kommunistischen Internationale.

Die KPD wurde in der internationalen kommunistischen Bewegung die zweitstärkste Partei nach der sowjetischen.

Die Bildung des neuen Zentralkomitees der KPD unter Führung Thälmanns bedeutete den endgültigen Sieg des Leninismus (Bolschewismus) über die verschiedenen Spielarten des Einflusses bürgerlicher Ideologien in der jungen Partei, über rechtsopportunistisches Kapitulantentum und linkssektiererischen Dogmatismus. Die KPD wurde Massenpartei und sie hatte einen großen Einfluss in den klassenorientierten Gewerkschaften. Das beweisen die Reichstagswahlresultate in den Jahre 1920 – 1933.

- 1920 bekam die KPD bei den Reichstagswahlen 585.454 Stimmen (2,1%) und 4 Mandate;
- 1924 (Mai) - 3.693.280 Stimmen (12,6%) und 62 Mandate;
- 1924 (Dez) - 2 709 086 Stimmen (08,9%) und 45 Mandate;
- 1928 - 3.264.793 Stimmen (10,6%) und 54 Mandate;
- 1930 - 4.590.160 Stimmen (13,1%) und 70 Mandate;
- 1932 (Juli) - 5.282.630 Stimmen (14,3%) und 89 Mandate;
- 1932 (Nov) - 5.980.239 Stimmen (16,9%) und 100 Mandate;
- 1933 (März) - 4.848.058 Stimmen (12,3%) und 81 Mandate.

An diesen Zahlen sieht man die ständige wachsende Tendenz der Stimmen und Mandate bei Reichstagswahlen.

Als Adolf Hitler am 30.Januar 1933 von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde, rief die KPD zum reichsweiten Generalstreik auf, der wegen Massenterror begrenzt wurde. Nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 erschien am nächsten Tag unter dem Vorwand, eine akute kommunistische Umsturzgefahr bannen zu müssen, die Verordnung des Reichspräsidenten zum „Schutz von Volk und Staat“, mit der allen demokratischen Grundrechte suspendiert wurden und die das Verbot der KPD und SPD-Presse zur Folge hatte. Noch in der Nacht zum 28. Februar wurden etliche KPD-Reichstagsabgeordnete und Funktionäre in „Schutzhaft“ genommen und die Parteibüros geschlossen. Bis März 1933 wurden 7.500 Kommunisten verhaftet. Doch bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 erhielt

die KPD 12.3 % der Stimmen (fast 5 Millionen). Doch die Sitze (81) im Reichstag blieben vakant und wurden am 8. März 1933 mit Berufung auf die Reichstagsverordnung annulliert. So kam die Kommunistische Partei Deutschlands in die schwierige Etappe der Illegalität, die bis Mai-Juni 1945 andauerte.

Es war auch persönlich eine schwere Zeit für den Vorsitzenden der KPD Ernst Thälmann, der noch am 7. Februar 1933 die Tagung des ZK in Ziegenhals geleitet hatte. Vier Wochen nach dem Machtantritt der Nazis war Ernst Thälmann durch Verrat am 3. März 1933 der Hermann Göring unterstehenden preußischen Polizei in die Hände gefallen. Nach einer Haft von mehr als zwölf Jahre in den Gefängnissen Berlin-Moabit, Hannover und Bautzen wurde Thälmann am 18. August 1944 im Konzentrationslager Buchenwald heimtückisch ermordet. Vor ein paar Tagen jährte sich der 76 Jahrestag dieses schändlichen Ereignisses.

Ewig Ruhm und Ehre dem Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, dem Genossen Ernst Thaelmann, dem großen Helden der deutschen und internationalen Kommunistischen- und Arbeiterbewegung! Vielen Dank den Genossen und den progressiven Organisationen, die den Kämpfer gegen Faschismus, Imperialismus, Krieg und für den Sozialismus und den Frieden nicht vergessen!

3.- Zur politisch-ökonomischen Lage in Polen

Ich ergreife die Möglichkeit, ein paar Worte zur politisch-sozialen und ökonomischen Situation in Polen zu sagen, einige Tatsachen und Informationen. Seit mehr als 30 Jahre, seit die Konterrevolution in der Volksrepublik Polen siegte, wurde die Lage der polnischen Arbeiterklasse und anderen Werktätigen sehr schwer und sogar auf vielen Seiten dramatisch. Der Sozialismus ist gefallen und es entstand eine bürgerliche Diktatur, die von Anfang an das sozialistisch-gesellschaftliche Eigentum konsequent liquidierte, die massenhafte Arbeitslosigkeit eingeführt hat und die polnische Wirtschaft den großen kapitalistischen Konzernen übergeben hat.

Die polnische Arbeiterklasse ist aus der Position des Souveräns wieder in die des Proletariats im Kapitalismus gefallen und befindet sich in der moderne Sklaverei insbesondere des fremden Kapitals. Millionen, insbesondere junge und hoch qualifizierte Leute mussten emigrieren. Politisch ist Polen in eine

Halb-Kolonie umgestalten, insbesondere durch die NATO (USA) und die Europäische Union (Deutschland).

Es wurde nach der so genannten „Wende“, besser gesagt Konterrevolution, eine reaktionäre bürgerliche Regierungen installiert, unabhängig davon gab's die konservativ-katholische, liberale oder neu-sozialdemokratische Prägung. Es wurde die sozialistische Ökonomie vernichtet, ebenso sozialistische und prokommunistische Kräfte und die Klassengewerkschaften. Die Katholische Kirche und der Papst, insbesondere Johann Paulus II. wurden real-politische Subjekte, die das politische Leben mehr als die offiziellen Parteien gesteuert haben. Die katholische Priester, Bischöfe wurden führende ideologisch-politische Persönlichkeiten in den öffentlichen Schulen (Religionsunterricht), Militäreinheiten, Polizei (Kapelanen) sowie in fast allen Betrieben, gesellschaftlichen Organisationen und beruflichen Korporationen, auch natürlich in den Organen der Selbstverwaltung. Kein gesellschaftliches Ereignis kann ohne einen katholischen Geistigen stattfinden. In diesem Sinne geht Polen zurück ins Mittelalter. Das hat auch einen Einfluss zur Rückkehr feudal-ähnlicher Zustände auf dem Lande, wo großer Grundbesitz und die neue Paläste entstanden sind. Und natürlich werden die alte Sitten neu geboren, Adelstitel, es wächst nicht nur auf dem Lande eine neue Aristokratie, die in den Städten bürgerliche Prägung hat.

Die Arbeiterklasse ist dezimiert, enteignet, verschuldet, die junge Leute müssen weg zur Emigration und die alte Generation muss ohne notwendige Geldmittel, Arznei und medizinische Hilfe früher sterben. Auf den Universitäten studieren fast keine Arbeiter- und Bauernkinder mehr, wenn ja, müssen sie an den privaten Hochschulen lernen, was die Eltern, manchmal Großeltern bezahlen müssen. Es wachsen sehr tiefe sozial-ökonomische Unterschiede zwischen Reichen und sehr Reichen und den armen Leute. Der Kapitalismus zeigt seine Wolfszähne.

In der Außenpolitik wurde Polen eine Halbkolonie der Europäischen Union. Die Reste der Industrie kooperieren mit den deutschen Konzerne und die polnische Wirtschaft wurde abhängig vom der Ein- und Ausfuhr von und nach Deutschland.

Aktuell orientiert sich die PIS-Regierung mehr auf die amerikanische Wirtschaft, aber diese Politik ist einseitig und hat mehr eine politische und

militärische Prägung. Auf der militärischen Ebene wurde Polen ein Vasall-Staat der USA und der NATO. Polen ist notwendig für die US-Regierung, um eine effektive Anti-Russland-Politik zu führen. Polen wurde zu einem Bollwerk der amerikanischen Politik an der Ostflanke der NATO gegen Russland und die Volksrepublik China. Diese systematische klassenkapitalistische und imperialistische Politik der USA beweisen die Ereignisse in der Ukraine vor ein paar Jahren und jetzt die Hetze gegen Weißrussland. Polnische Luftmilitärkräfte patrouillieren auf Befehl der NATO-Kommandantur den Luftraum der baltischen Republiken. In Redzikowo bei Słupsk (Pommern) ist trotz massenhafter Proteste der progressiven Organisationen, auch Kommunisten, die amerikanische Antiraketenbasis entstanden – gerichtet früher anti-Iran und jetzt anti-Russland und anti-China.

Die führenden politischen Kräfte von der PIS-Partei (national-konservative katholischer Prägung) führen die Politik der Verstärkung des militärischen Engagements Polens in der Konfrontation mit Russland. Nach letzten Angaben erreichte das polnische Militär-Budget mehr als 2 % des BIP (ungefähr 10 Mrd Euro pro Jahr). Die polnische Regierung kauft strategische Waffe, z.B. militärische Flugzeuge. Das beliebte Reiseziel der polnischen Staatspräsidenten, Ministerpräsidenten sowie Verteidigungsminister bleibt nach wie vor Washington, Pentagon und das Weiße Haus.

Nach letzten Angaben sind in Polen ungefähr 4.500 amerikanischen Soldaten in 6 Basen stationiert und seit diesem Jahr sollen zusätzlich 1.000 Soldaten das amerikanischen Kontingent auf 5.500 verstärken als ein „Rotations-Kontingent“. In Poznań ist eine vorgeschobene Divisions-Kommandantur der Armee der USA (200 hohe Offiziere) stationiert – als eine potentielle Kommandantur der strategischen Militärkräfte in einem potentiellen Krieg gegen Russland.

Die amerikanischen Militärbasen und Soldaten unterliegen den amerikanischen Organen und im Falle juristischer Delikte müssen sich die Soldaten vor einem amerikanischen Gericht verantworten, die Basen haben also extraterritorialen Status und, was sehr wichtig ist, die polnische Regierung trägt alle Kosten der Basenunterhaltung was natürlich vom progressiven polnischen Milieu sehr kritisch gesehen wird. Im Grunde garantieren die US-Einheiten inoffiziell die Verteidigung der bürgerlichen Herrschaft im Lande.

Seit Jahre führen die USA und NATO-Kräfte auf polnischem Gebiet und unter Nutzung polnischer Militäreinrichtungen große Manöver wie „Ukraine“, „Anaconda“ und beim letzten Mal „Defender 2020“ durch, bei denen bis zu 30.000 Soldaten und große Mengen militärischen Materials verschiedener Militär-Einheiten eingesetzt wurde. Es wächst eine politisch-militärische Spannung an der Grenze zu Russland, Weißrussland, der Ukraine und auch im Raum des Schwarzen Meeres.

Die national-konservative PIS-Regierung möchte seit langem mehr US-Truppen in Polen haben, offiziell „zur Abschreckung gegen Russland“. Aktuell werden 1.000 amerikanische Soldaten aus deutschen US-Basen nach Polen verlegt. Inoffizielle Informationen besagen, dass in Zukunft (wann?) in Polen 20.000 amerikanischen Soldaten stationiert sein sollen.

Die Militarisierung Polens hat nicht nur militär-politische Gründe. Es ist auch eine ökonomische Seite der Sache. Die Präsenz ist auch gegen die polnische Arbeiterklasse und anderen Werktätige gerichtet. Die sozial-wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse ist dramatisch. Die polnische Wirtschaft wurde nach der Konterrevolution um mehr als die Hälfte liquidiert. Polen hat im Rahmen der „Umstrukturierung der Wirtschaft“ mehr als fünf Millionen Arbeitsplätze (insbesondere in der Industrie) verloren. Die Hälfte dieser Entlassenen sind in Früh-Rente, die man auch Hunger-Rente nennen kann und Alterspensionen übergegangen und die andere Hälfte wurden zu Arbeitsemigranten, zu neuen „Gastarbeitern“, (besser gesagt: „Zwangsarbeitern“) in England, Deutschland, Irland, Skandinavien, USA, Kanada usw.

Im Resultat wurde Polen von einem hoch industrialisierten Land zu einem neuen „Agrarland“ umgestalten, abhängig voll von ausländischen kapitalistischen Konzernen, die die Mehrheit der industriellen Betriebe für die symbolische Mark gekauft und vernichtet haben als einen unerwünschte Marktkonkurrenz. Ein bescheidener Teil wurde als Filiale der Mutterkonzerne oder als Montagefabrik rekonstruiert.

Das ist keine gute Perspektive für die polnischen Arbeiter und anderen Werktätigen, es ist auch eine schlechte wirtschaftliche Grundlage für die Erhaltung eines souveränen Daseins der polnischen Nation. Diese Situation ist aber gewinnbringend für die neue polnische Kompradoren-Bourgeoisie und die fremden großen kapitalistischen Konzerne.

Die politische und sozial-ökonomische Situation der Arbeiter und der anderen Werktätigen hat sich nach der Niederlage des Sozialismus in Polen sehr verschlechtert. Dank der reaktionären „Solidarność“-Bewegung und anderen Klassenfeinde ist die Einheit und Arbeiterklasse zerschlagen und zersplittert worden.

Große „Verdienste“ dabei hatten die ehemaligen Revisionisten und Opportunisten von der Zentralen Leitung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei unter Leitung von General Jaruzelski. Diese Leitung war aber nur die Spitze des Eisbergs einer Verwaltungsschicht („Nomenklatur“), die die innere Konterrevolution seit Jahre verstärkte.

Und große „Verdienste“ dabei hatte und hat die Katholische Kirche, insbesondere die offensiven konservativen Bischöfe, die einen neuen Kreuzzug ausriefen. Viele sind offensive Antikommunisten und Antimarxisten. Manche hetzen gegen die Wissenschaft.

Das ideologisch-politische Bewusstsein der Mehrheit der polnischen Arbeiter befindet sich seit vielen Jahren in der Gefangenschaft der Feinde des Sozialismus und des wissenschaftlichen Bewusstseins. Als ein Beispiel können wir den ehemaligen halbqualifizierten Werftarbeiter in Gdańsk und Vorsitzende der „Solidarność“ Lech Wałęsa angeben, der eine Marionette des Obskurantismus, des Aberglaubens, der Unehrllichkeit, des Antikommunismus darstellt. Jetzt unterstützt er die bürgerliche Liberal-Partei – die bürgerliche Plattform. Er stammt aus dem katholisch-konservativen Dorfmilieu, wo zahlreiche klein-bürgerliche Sitten und Werte kultiviert werden, ein Milieu, das viel sozial-ökonomisch von Volkspolen bekam, aber trotzdem kein oder nur wenig sozialistisches Bewusstsein als eigenes angenommen hat. Später waren sie die junge Kohorte der „Solidarność“, gesteuert von antikommunistischen Priestern, Bischöfen und Papst Johannes Paulus II. Dies ist ein negativer Unterricht, wenn es um die Klassenreife der polnischen Arbeiterklasse geht, insbesondere der erster Generation und derer, die von klein-bürgerlicher Herkunft sind.

Viele aktive und progressive Arbeiter, insbesondere der jungen Generation, sind aus Polen ausgewandert. Die Gebliebenen befinden sich unter dem ideologischen Schirm der reaktionären Katholisch Kirche, der Opportunisten und der Nationalisten. Die Mehrheit der Arbeiter, Bauern, der armen Leute

auf dem Lande sowie in den Städten sind Wähler der PIS-Partei. Die Wahlfestungen der PIS-Partei befinden sich insbesondere in Ost- und Südpolen, also in wirtschaftlich schwach entwickelten Agrargebieten mit traditionell starkem Einfluss der Katholischen Kirche.

Die Resultate des letzten Staatspräsidentenwahl (Juli 2020) beweisen, dass die polnischen Wähler in drei große Gruppen geteilt sind: Die PIS-Partei (Rechtskonservative - katholisch geprägt, für Recht und Gerechtigkeit - 10,5 Millionen Stimmen (35%), die Liberalen mit anderen - 10 Millionen Stimmen (34%) und ungefähr 9 Millionen (31%) - passive Nichtwähler.

Die Kommunistische Partei Polens (KPP) sowie andere klassenorientierte Gruppen sind in einer sehr schwierigen Situation. Die KPP wird systematisch verfolgt durch die staatliche Polizei, Rechtsanwälte und Strafgerichte. Seit sieben Jahren müssen unsere führenden Genossen obligatorisch auf der Strafbank der Kreis- und Bezirks-Gerichte sitzen und antworten. Es ist eine systematische Verfolgung mit dem politischen Ziel, die KPP an den Rand des offiziellen Lebens zu drängen und letztendlich zu vernichten.

Die letzte Urteile des Appellations-Bezirksgericht in Katowice interpretieren die Norme und Vorschrift des Art. 256 /1 des Polnischen Straf- Gesetzbuches sehr breit, was bedeutet, dass nicht nur kommunistische Aktivitäten („das Propagieren des totalitären Systems“), sondern auch die Benutzung der kommunistischen Ideologie, des Marxismus, des Leninismus, des sozialistischen Aufbau, auch das Nennen der Namen unseren Helden wie Marx, Engels, Lenin, Stalin, Dzierżyski, Mao Zedong und vieler anderer unter Strafe steht. Der Strafprozess dauert weiter, die Strafsache kam wieder zum Kreisgericht in Dąbrowa Górnicza zurück, aber bis heute ist er der wegen Pandemiepause nicht beendet. Die Verfolgung der polnischen Kommunisten dauert weiter an. Sie gehört zum Wesen des bürgerlich-kapitalistischen „Recht und Gerechtigkeit“.

Hier in Ziegenhals wollen wir wiederholen, dass der Faschismus verschiedene Gesichter hat, aber dieselbe Klassennatur.

Das sind nur ein paar Beispiele der politisch-ideologischen Situation in Polen in der Zeit der Herrschaft der PIS-Regierung (seit 2015, aktuell 2. Amtszeit). Das heißt aber nicht, dass es in der Zeit der liberalen Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk besser war. Nein, es war und ist dieselbe rein

bourgeoise Klassenpolitik. Die zwei bürgerlichen Parteien streiten, kämpfen gegeneinander, aber gemeinsam bleibt nach wie vor in ihrem Programm der Antikommunismus, der Antisowjetismus, Volkspolen und die Sowjetunion. Beide bürgerlichen Parteien verfolgten und verfolgen die Kommunistische Partei Polens und drängen sie zur Illegalität.

Doch die Kommunistische Partei Polens kämpft weiter unter halb-legalen Bedingungen und sagt: Kopf hoch, nicht die Hände! Wir haben viele mutige und heldenhafte polnischen historische Helden der Arbeiterbewegung, z.B. Julian Marchlewski, Rosa Luxemburg, Felix Dzierżyński, Boleslaw Bierut, Władysław Gomułka und viele anderen, aber wir sind auch Nachfolger des Genosse Ernst Thälmann und seines kommunistischen Klassenkampfes. Ruhm und Ehre den Helden der kommunistischen und Arbeiterbewegung.

3,- Corona-virus und die bürgerliche Propaganda

Dieser Kundgebung gibt mir die Möglichkeit, ein paar Worte zur gegenwärtigen internationalen Situation und der Politik sagen.

Wir leben seit einem halben Jahr in einer Pandemiesituation. Der Corona-Virus beherrschte die Krankenhäuser, die Familien und das Gesellschaftsleben. Die offiziellen Angaben sind dramatisch, viele kranke Leute fielen Pandemie zum Opfer. Tatsächlich beherrscht die Pandemie die ganze Welt und für die nahe und weitere Zukunft gibt es keine gute Prognose. Die Epidemie hat auch große negative Folgen für die Wirtschaft. Es hat eine große ökonomische Krise angefangen.

Die bürgerliche Propaganda will die Verantwortung für diese katastrophalen Angaben, Tendenzen und Daten auf die Pandemie und den Corona-Virus schieben, das bedeutet, dass ursächlich für den Wirtschaft-Zusammenbruch der Corona-Virus sein soll und nicht die ökonomisch-strukturellen Grundlagen des Kapitalismus verantwortlich sind. Das ist Unsinn, der neoliberale „Westen“ befindet sich seit der Jahrhundertwende in einer tiefen Krise. Wir haben bislang drei akute Krisenausbrüche erlebt: 2000, 2007, 2020. Jeder schlimmer als der vorherige.

Der Kongress der USA und die US-Notenbank warfen allein in den ersten Monaten 2020 über 10 Billionen Dollar auf den Markt. Aber es hat wenig genützt. Ähnliche finanzielle Methoden gibt es auch in der Europäischen

Union. Diese Tatsachen beweisen: die kapitalistische Globalwirtschaft befindet sich in einer großen Krise und es ist nur der Anfang.

Vor 90 Jahren waren die größten Feinde des Kapitalismus die sozialistische Revolution und die Sowjetunion. Vor 30 Jahre ist die Sowjetunion gefallen und es entstand das kapitalistisch-oligarchische Russland, ökonomisch zählt es nicht oder sehr wenig.

Aber in unserer Epoche entstand und entwickelte sich mit hohem Tempo die Volksrepublik China, die auch teilweise zur globalen kapitalistischen Wirtschaft gehört („Sozialistische Marktwirtschaft“). Aber nur „teilweise“, weil die führende Kraft nach wie vor die Kommunistische Partei Chinas bleibt und die Volksrepublik China der sozialistische Staat bleibt. Deswegen hat China nicht nur den Pandemie Corona-Virus weiter besser in den Griff bekommen, es hat auch seine Wirtschaft wieder ins Laufen gebracht. 3,2% lautet ihr Referenzwert. Wir wiederholen, es ist plus 3,2%. Es ist natürlich weniger als erwartet (6,5%), aber die chinesische Wirtschaft hält sich besser als jede kapitalistische. Wenn wir die Zahl mit offiziellen amerikanischen Angaben vergleichen (2. Quartal 2020): USA minus 34%, Spanien minus 27%, BRD minus 10%, Polen minus 7%, und so weiter.

Deswegen ist die Volksrepublik China eine ökonomisch-politische Alternative für die unterdrückten und ausgebeuteten Völker und Länder, insbesondere der s.g 3. Welt. Der Sozialismus wurde wieder eine reale Klassenalternative, diesmal nach „Chinesische Prägung“. Dazu muss man sagen, dass die Volksrepublik China seit Jahren die zweite (und manche objektiven Weltökonomien sagen die erste) Wirtschaft der Welt ist, mit ganz anderen Struktur des BIP. Volkschina macht immer eine friedliche internationale Politik, deswegen wird es von den großen imperialistischen bürgerlichen Zentren als der größte Klassenfeind des Kapitalismus angesehen.

Auch für uns in Europa kommt die Alternative und die Hoffnung wieder von dem fernen Osten.²² Ex Oriente Lux, sagten einmal auch die alte Römer. Es lebe die neue sozialistische Revolution, es lebe der Sozialismus!

²² Die Redaktion der Zeitschrift offen-siv teilt die hier vorgetragene Sichtweise auf das heutige China nicht. Siehe Heft 3-2020: „Ökonomische Analyse Chinas“

Die Hauptquellen und Literatur:

- Ernst Thälmann, Bilder, Dokumente, Texte. Roederberg -Verlag, Frankfurt/Main 1986;
- Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in vier Bänden. Dietz Verlag, Berlin 1988;
- Gossweiler, Kurt, Wie konnte das geschehen? Band 1. Beiträge zum Faschismus. Herausgeber: KPD, offen-siv, Freidenker-Verband, GRN, Eulenspiegel-Verlag, Bodenfelde 2017;
- Kleines Politisches Wörterbuch. 3. überarbeitete Auflage, Dietz Verlag, Berlin 1978;
- Międzynarodowy Ruch Robotniczy, Wiek XIX – 1945, t.1. Instytut Ruchu Robotniczego Wyższej Szkoły Nauk Społecznych przy KC PZPR. Redakcja naukowa Irena Koberdowa, Książka i Wiedza, Warszawa 1976;
- Schnehen Gerhard, Stalin, Eine marxistische Biographie. Zambon Verlag 2019;
- Wörterbuch der Geschichte. Dietz Verlag, Bd. 1, 2, Berlin 1983;
- „Die Rote Fahne“, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands, Berlin. Zahlreiche Ausgaben bis Juli 2020;
- „offen-siv“. Zeitschrift für Sozialismus und Frieden, Bodenfelde-Wahmbeck. Zahlreiche Ausgaben bis Gegenwart;
- „Rot Fuchs“, Tribüne für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke, Berlin. Zahlreiche Ausgaben bis die letzte Juli-August 2020, Nr 270-271;
- „Unsere Zeit“, Sozialistische Wochenzeitung der DKP, Essen. Zahlreiche Ausgaben, insbesondere von 7. August 2020, Nr 32/33.

Prof. ord. Dr. sc. (habil.) Zbigniew Wiktor, Emeritierter Professor der Wrocław-Universität, Polen. Wrocław, den 20. August 2020.

Eckhard Roth: Rede anlässlich des 76. Jahrestages der Ermordung von Ernst Thälmann

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben uns hier (Dresden, Thälmann-Stele) wie jedes Jahr versammelt, um dem Jahrestag der Ermordung von Ernst Thälmann zu gedenken, der sich nun zum 76. Mal jährt.

Der ungesühnte Mord an Thälmann

Ernst Thälmann gehört zu den überragenden Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung. Sein politisches Leben war geprägt vom Kampf gegen den Faschismus und vom Kampf für Frieden, Demokratie und sozialem Fortschritt. Nach 11 Jahren Einzelhaft wurde Thälmann am 18. August 1944 im KZ-Buchenwald ermordet. Die den Mord Ausführenden sind bekannt. Sie konnten sich der Strafe entziehen, oder sie wurden von der BRD-Justiz nach Verurteilung durch die Alliierten auf freien Fuß gesetzt und vor Verfolgung geschützt – so auch der letzte Überlebende des Exekutions-“Kommando 99“, SS-Stabsscharführer Wolfgang Otto. Nach dem Freispruch im Klageerzwingungsverfahren, welches durch die Tochter Irma Gabel-Thälmann 1988 initiiert wurde, starb er im November 1989 in der BRD mit einer monatlichen Rente von 1700 DM als „ehrenhafter freier Bürger“.

Der Weg in die DDR

Thälmann konnte leider nicht mehr erleben wie aus den Trümmern, die der Krieg hinterließ ein neues dem Frieden verpflichtetes Deutschland aufgebaut wurde. Die Gründung der DDR war ein Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes. Für die fortschrittliche Arbeiterklasse war klar, dass im Ergebnis des 2. Weltkrieges und der Beschlüsse des Potsdamer Abkommens der Hitlerfaschismus beseitigt werden musste und ein friedliches, antifaschistisches demokratisches Deutschland entstehen sollte. Klar war dabei auch, dass dieses Ziel nur erreichbar war, wenn die Einheit der Arbeiterschaft – wie sie auch Thälmann erkämpfen wollte - hergestellt werden würde. Deswegen wurde auch in der sowjetischen Besatzungszone am 21. und 22. April 1946 die Einheit der beiden großen Arbeiterparteien SPD und KPD hergestellt und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gegründet. Leider musste die revolutionäre Arbeiterklasse in der sowjetischen Besatzungszone zur Kenntnis nehmen, dass die Westalliierten und die politisch Verantwortlichen mit Adenauer an der Spitze unter Bruch des Potsdamer Abkommens in den westlichen Besatzungszonen eine Spaltung Deutschlands vorbereiteten und vollzogen. In dieser Situation trat am 7. Oktober 1949 in Berlin der Deutsche Volksrat zusammen und beschloss einmütig, sich als Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zu konstituieren und die Verfassung in Kraft zu setzen. Ab nun galt es, die in der ersten Verfassung der DDR verbrieften Rechte umzusetzen. In der Verfassung

hieß es: „Alle politische Macht in der Deutschen Demokratischen Republik wird von den Werktätigen in Stadt und Land ausgeübt. Der Mensch steht im Mittelpunkt aller Bemühungen der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates.“

Die neuen sozialen Freiheiten

Mit der am 6. April 1968 durch Volksentscheid bestätigten Verfassung der DDR, erkämpfte sich die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse unter anderem folgende Grundrechte. Als eine Auswahl möchte ich hier nennen:

1. Politische Rechte und Freiheiten

- Recht zum Schutz des Friedens und des sozialistischen Vaterlandes und seiner Errungenschaften
- Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung
- aktives und passives Wahlrecht
- Gleichberechtigung von Mann und Frau

2. Persönliche Rechte und Freiheiten

- Unantastbarkeit der Persönlichkeit und der Freiheit und Anspruch auf ihren Schutz
- Recht auf Achtung, Schutz und Förderung der Ehe und Familie
- Gewissens- und Glaubensfreiheit
- Recht auf persönliches Eigentum und Erbrecht

3. Sozialökonomische Rechte

- Recht auf einen Arbeitsplatz und dessen freie Wahl
- Recht auf Freizeit und Erholung
- Recht auf Fürsorge der Gesellschaft im Alter und bei Invalidität
- Recht auf Wohnraum

4. Kulturelle Rechte

- Gleiches Recht auf Bildung
- Recht auf Teilnahme am kulturellen Leben, an Körperkultur und Sport

Die genannten politischen, persönlichen, sozialökonomischen und kulturellen Rechte sind alle Merkmale der neu gewonnenen sozialen Freiheiten im Sozialismus. Freiheiten im Sozialismus sind immer soziale Freiheiten. Freiheiten im Kapitalismus sind ökonomische Freiheiten. Aufgrund der ökonomischen Verteilungsprozesse wird im Kapitalismus Reichtum immer reicher und Armut immer ärmer. Damit profitiert in zunehmendem Maße eine

Minderheit von ökonomischen Freiheiten und eine Mehrheit verliert diese, falls sie sie überhaupt jemals besessen hat. Die Untersuchungen des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 2017 zeigte, dass die reichsten 10% der Bevölkerung über 56% des Gesamtvermögens der Gesellschaft verfügte, während die ärmere Hälfte über 1,3% davon besaß. In der DDR wurde mit den genannten Grundrechten zum ersten Mal auf deutschem Boden ein Freiheitsbegriff verwirklicht, von der eine Mehrheit profitierte.

Der Freiheitsbegriff und seine Wandlung

In diesem Zusammenhang wäre die Klärung der Frage von Bedeutung, wie bei einem gewissen Teil der Bevölkerung sich das Verständnis dieses Freiheitsbegriffes ändern konnte. Wie konnte ein Freiheitsbegriff sozialen Charakters wechseln zu einem ökonomischen Freiheitsbegriff, einem Freiheitsbegriff, der letzten Endes nur einer Minderheit nutzt? Manche DDR-Bürger glaubten auch, es wäre eine Mischung der beiden konkurrierenden Systeme möglich. Sie wünschten, man könne arbeiten wie bei Honecker und leben wie bei Kohl. Hier bestand wohl immerhin die Erkenntnis, dass aus der Arbeit bei Kohl Mehrwert erpresst wird. Andererseits bestand wohl die Illusion, dass man als Teil des Proletariats bei Kohl die erforderlichen ökonomischen Freiheiten für beliebigen Konsum besäße. Offenbar bestand aber auch die Illusion im Kapitalismus mit sozialen Freiheiten abgesichert leben zu können. Aber wie soll in einem System, in dem Reichtum immer reicher und Armut immer ärmer wird – wie sollen in einem solchen System soziale Freiheiten für alle finanziert werden. Wer soll das denn tun?

Der Eigentumsbegriff

Probleme mit dem Begriffsverständnis gab es nicht nur beim Freiheitsbegriff sondern auch mit dem Eigentumsbegriff. Nach dem Sieg der Konterrevolution wurde das Volkseigentum liquidiert und verscherbelt. Hierfür hätte die Bevölkerung eigentlich entschädigt werden müssen. Ich habe Berechnungen in Erinnerung, dass jeder DDR-Bürger eigentlich ca. 16.000 DM für die Enteignung hätte erhalten müssen. Es gibt allerdings alternative Berechnungen, die zu wesentlich höheren Entschädigungszahlungen kommen. Statt für eine Entschädigung zu kämpfen, waren viele DDR-Bürger unterwegs, um 100 DM Begrüßungsgeld an der Grenze zu kassieren. Manche

brüsteten sich damit, mehrere Grenzstellen passiert zu haben. Die Belohnung für die kampflöse Übergabe der DDR waren Berge von Bananen.

Die deutsche Einheit und die Folgen

Die außenpolitische Konsequenz für die Aufhebung der Grenze war, dass wir wieder gemeinsam gegen andere Völker in den Krieg ziehen. Die entlarvende Begründung hierfür gab 1992 Bundeskriegsminister Rühe: "Für die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffe in aller Welt..." Die Militarisierung der Gesellschaft, die Weltmeisterrüstung, die offene Kriegsvorbereitung und das Trampeln deutscher Armeestiefel dort, wo die Wehrmacht immer schon hinwollte, ist so „normal“ wie der damalige Bundeswehr-TV-Spot „Wir.Dienen.Deutschland.“

BRD und DDR – zwei unterschiedliche Geschichten

Der Fall der Mauer fällt nicht zufällig mit dem Fall der bis dato längsten Friedensetappe Europas, das Ende der DDR nicht zufällig mit dem Ende der deutschen Nachkriegszeit zusammen. Denn diese Staatsgrenze war nicht irgendeine Grenz, der Staat, der sie am 13. August befestigte, nicht irgendein Staat. Zu beiden führte eine Geschichte, die wie so viele deutsche Geschichten mit einem Krieg begann. Während im Osten auf die Kriegsverbrecher und die Finanziere des Hitler Enteignung und Todesstrafe warteten, kamen sie in Westdeutschland in die Regierung und bauten sich eine neue Armee und auf Basis ihrer Kriegsbeute neue Firmenimperien auf. Wo ihre Geschichte, die Geschichte der Siemens, Daimler, Deutsche Bank & Co., in der DDR mit der Überführung in Volkseigentum endete, ging sie in der BRD ungebremst weiter. Militär, Justiz, Wissenschaft, Forschung, Schule, Wirtschaft, Politik, Gesundheitswesen – wohin man auch schaute, der Osten machte es anders, der Westen machte nur weiter. Die BRD baute auf die „alten Experten“ – was sich wirtschaftlich rechnete. Die DDR riss jede alte Struktur nieder, auch wenn erstmal nichts mehr funktionierte und sie das wirtschaftlich erheblich belastete. Der Preis, den der Osten für die aufgezwungene Spaltung zu zahlen hatte, war ein ökonomisches Desaster, das seine Wirtschaft vom ersten bis zum letzten Tag massiv behinderte.

Fazit

Die Niederlage der DDR aufzuarbeiten bleibt eine Aufgabe für uns alle. Eine wichtige Rolle spielten sicherlich dabei vor allem die von Anfang an von außen aufgezwungenen ökonomischen Fragen, auf die die DDR immer Antworten finden musste. Ein Anteil daran hatte aber wohl auch die mangelnde ideologische Verankerung entscheidender sozialökonomischer Begriffe, wie z.B. der Freiheits- oder der Eigentumsbegriff.

Cornelia Noack: Rede bei der Thälmann-Ehrung in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald

„Der Kranz, den wir an den Gräbern der Toten der Revolution niederlegen, ist mehr als teures Gedenken, er hat symbolische Bedeutung. Es ist der erste Schritt der Geschichte, der harte Weg zum Sozialismus, der aus diesen Gräbern spricht. Und dieser Weg geht weiter, unaufhaltsam, bis zum Sieg“

Am 05.06.1927 waren diese Worte Ernst Thälmanns in der Roten Fahne zu lesen. Ihn zu ehren stehen wir am heutigen, dem 76. Jahrestag seiner Ermordung im KZ Buchenwald hier, an seinem, nicht zum ersten Mal geschändeten Denkmal. 30 Jahre versucht man die Opfer des Faschismus, die Revolutionäre für eine bessere Welt uns aus den Köpfen zu reißen. So lange Leben in uns ist, verneigen wir uns hier und an allen Gedenkstätten vor den Töchtern und Söhnen der deutschen Arbeiterbewegung. Beugen uns nicht vor der Fratze des Kapitals, mögen sie ihre Dreckkübel über uns ausschütten, wir sind Kinder der Revolution, haben nichts zu verlieren, aber diese eine Welt zu gewinnen.

„Die Bourgeoisie bedient sich zweier Methoden zur Unterdrückung und Unterwerfung der Arbeiterklasse: des Reformismus und des Faschismus“, sagte ET am 26.06.1928 auf dem VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale - welche erschreckende Aktualität noch 2020. Weltweit druckt sie Todeslisten, mordet Kommunisten, Humanisten - Menschen. Und doch - Mensch geht auf die Straßen, nimmt Waffen in die Hand und sich selbst, es ist ein Aufstehen im Gange – entweder in Richtung Bürgerkriege, Systemlegen oder Schockstarre.

Hierzulande tröten sogenannte „Linke“, dass Thälmann kein Demokrat gewesen sei. Von Marx und Lenin lernte er, daß die parlamentarische „Demokratie“ eine Institution der Reichen, Werkzeug im Klassenkrieg zur

Unterdrückung der Lohnsklaven ist. Und doch trat er zur Reichstagswahl an, um den innerparlamentarischen mit dem außerparlamentarischen Massenkampf zu verbinden.

Auf den Visitenkarten heutiger Politiker steht das Wort „Demokratie“, als Eintrittskarte in die Etablissements der Bourgeoisie, in denen ausschließlich der politische Prostitution und geheimdienstlichen Zwangsprostitution nachgegangen wird und die sich der Demokratie des Proletariats nie beugen würde.

„Eine neue Periode des revolutionären Aufschwungs reift heran. In dieser Situation brauchen wir mehr denn je den Internationalismus, die revolutionäre Solidarität der werktätigen Massen der ganzen Welt im Bündnis mit den unterdrückten Kolonialvölkern.“ Thälmann nach dem Protokoll des VI. Weltkongresses.

Teddy, was unterscheidet deine von unserer Zeit? Vom Überlebenskampf her nichts, vom gesellschaftlichen und persönlichem Bewusstsein – Welten. Die Gelbwesten in Frankreich finden hier fast keine Mitmacher – eine Avantgarde und revolutionäre Solidarität sucht man fast vergeblich. „Rassenhass“ scheint zum guten Benehmen zu gehören. Es tritt der deutsche Arme auf den Flüchtling, aber er dreht dem Verursacher der Armut nicht den Hals um, Nazis soweit das Auge schaut, in Behörden aller Arten, Euthanasie in den Altenheimen, tote Krankenhausstationen, Virustest für Pfleger und Angehörige tabu, Arbeitslosigkeit – die Schlafplätze unter den Brücken werden knapp, „Kleinkapitalisten“ fallen ins Prekariat, ewige Gewinner werden fetter und satter... Die Testphase der Erträglichkeit ist weltweit im vollen Gange.

„In dieser neuen Periode einer sich stetig verschärfenden Zuspitzung der Klassengegensätze, einer sich täglich steigernenden Gefahr des imperialistischen Krieges leisten wir deutschen Kommunisten erneut Treueschwur auf das Vermächtnis der proletarischen Helden, den Treueschwur auf das Werk Lenins, den Treueschwur auf das Andenken Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs: Trotz alledem!“ So ET am 09.11.1928 in „Die Rote Fahne“ Wir schwören, ja! Wir stecken mitten drin im Klassenkampf!

Lohnsklave – wie lange meinst du, daß dein „Lebensunterhalt“ der Nabel der Welt ist? Was ist mit dem Recht auf Leben deines Sklaven von nebenan? Haben wir nicht alle den gleichen Feind? Oder bedarf es erst toter Angehörige vor deiner Haustür? Noch mal, Mütter, Schwestern Liebste lasst es nicht zu, daß eure Jungs zu Mördern werden. Polizist – den du da gerade zusammen prügeln sollst, der ist nicht dein Feind, Dein Feind ist der, der dir den Befehl dazu gibt.

„Gerade die vor uns liegende Zukunft, die unmittelbar akute Gefahr des imperialistischen Krieges, zeigen uns, wie sehr es darauf ankommt, unseren Kampf gegen den imperialistischen Krieg immer gründlicher, immer durchdringender, immer 5 aufrüttelnder zu gestalten.“ ET am 18.11.28 in „Die Rote Fahne“ Lassen wir es nicht zu, daß der „oberste Volksgerichtshof“ über die Legalität der VVN/BdA, der Roten Hilfe, der KPD, der jungen Welt und des RotFuchs richten darf. Wir kennen die Faschisten im Nadelstreifen und Robe.

„Aber Imperialismus bedeutet nicht nur die fremden Kolonialsklaven aus...Marx und Lenin haben uns gelehrt, daß es in jeder kapitalistischen Nation...die Nation der Kapitalisten, der Ausbeuterklasse, und die Nation der Arbeiter, der Ausgebeuteten gibt. Sie haben uns weiter gesagt, daß der Völkerkrieg zwischen kapitalistischen Staaten, ...nicht aufhören kann und nicht aufhören wird, solange es eine Kampfgesellschaft und einen Klassenkampf gibt, den unversöhnlichen Kampf auf Leben und Tod zwischen Proletariat und Bourgeoisie.“ Hier ist einen Gruß an „Die Linken“ oder besser eine Mahnung, nicht in Vergessenheit zu versinken, fällig. Wer sich als „Geschäftssozialist“, der sein Geld mit Politik machen will, zu verdingen meint, wird zum „systemrelevanten“ Steigbügelhalter des Kapitals. Verbrennt Marx, Engels, Lenins und erst Recht Stalins Werke, euer Kainsmal wird das des Konterrevolutionärs sein.

„Wir sehen auch eine steigende faschistische Bewegung in Deutschland, eine stärkere Entwicklung des Werkfaschismus²³, der faschistischen „Wehr“

²³ E.T. meint die verstärkten Bemühungen der Hitlerfaschisten, in Betrieben Fuß zu fassen. Um dieses Ziel zu erreichen, inszenierten sie die sogenannte HiB-Aktion (Hinein in die Betriebe) und gründeten eigene Betriebsgruppen (NSBO). Diese

Organisationen, das aktive Auftreten der Nationalsozialisten in allen Teilen Deutschlands, ihr Gewinne bei den letzten Wahlen. Verschieden sind die Methoden, wie der Faschismus in allen Länder zur Herrschaft zu gelangen sucht, aber überall tritt er nicht nur als stärkstes Mittel der Unterdrückung der Arbeiter, sondern als Wegbereiter für den Krieg gegen die Sowjetunion (aktuell Russland/China/Kuba/Nordkorea und ehemals jungen Nationalstaaten) auf.“ so äußerte sich unser Genosse Thälmann auf dem XII. Parteitag der KPD am 10.06.1929

Da hocken wir nun an unserem Herzensgedenkort und die Staatsmacht wacht über uns. Alt sind wir geworden und doch jung geblieben im Kampf für eine von Sklaverei befreite Welt – für Frieden und Sozialismus – immer bereit – wann, wenn nicht jetzt! Friedrich, der Engels und Lenin auch meinten, Revolution machen sei eine Kunst – lasst uns Künstler werden, Genossen. Unsere begonnenen Bilder einer Menschenwelt brauchen noch den letzten Schliff!

Regionalorganisation Oder-Spree und Landesorganisation Brandenburg der Kommunistischen Partei Deutschlands

Aus der Leser/innen-Post

Willi Franke: Leserbrief zum Artikel der KO “30 Jahre Konterrevolution” in der Ausgabe Mai-Juni 2020

Erst einmal: Eine sehr tolle Zusammenfassung wesentlicher Probleme der DDR und Dinge, die zu ihrem Untergang geführt haben. Ich habe es mit großer Freude gelesen und bin erstaunt gewesen, wie akkurat ihr von Anfang

Betriebsgruppen dienten der Stärkung der Hitlerpartei und den Interessen der Kapitalisten. Mit ihrer Hilfe sollten die revolutionäre Arbeiterbewegung und ihre Organisationen geschwächt und zerschlagen werden. Auch andere, den Faschisten nahestehenden Organisationen (Stahlhelm, Technische Nothilfe u.a.) wurden von den Unternehmen in den Betrieben großgezüchtet.

bis Ende Fakten zur DDR-Wirtschaft herunterbrecht und sie in dem Beitrag verarbeitet.

Deshalb möchte ich mich in diesem Brief nur auf die wenigen Punkte konzentrieren, die nach meiner Meinung zu kurz geraten sind, oder die in meinen Augen sogar nicht richtig sind.

Ab Seite 49 geht ihr auf die Rolle der DDR für den BRD-Imperialismus ein. Dort finde ich zu kurz geraten, dass Osteuropa und der Balkan schon immer in den Augen des deutschen Imperialismus “ihr persönlicher Hinterhof” war und nun wieder ist. Ich sehe die Rolle der DDR wie ein sowjetischer-atomgetriebener Eisbrecher an vorderster Front, der es verhindert hat deutschen Zugriff auf ehemalige Absatzmärkte und Rohstoffquellen wieder zu erschließen.

Deshalb würde ich fast behaupten, dass die Existenz der DDR nicht nur eine Einschneidung des deutschen Imperialismus auf eigenem Boden ist, sondern der wesentlichste Baustein zum Schutz der Bruderstaaten, die teilweise deutlich schwankender waren als die DDR (Polen, Ungarn, CSSR). Daher sehe ich die DDR nicht nur in einem “nationalen Kontext”, sondern vielmehr als geographische Speerspitze gegen alle imperialistischen Staaten! Das war eine ungeheure Doppelbelastung für die DDR!

Das Großmachtstreben der BRD war also nicht nur durch die Existenz der DDR gehindert, sondern durch die Existenz Europas allgemein, weil er sich nicht mehr nach Westen ausbreiten konnte.

Ab Seite 52 geht ihr auf die Doppelstrategie des Imperialismus gegen die DDR ein. Es wäre auch noch interessant gewesen wie die Antwort der DDR darauf ausgesehen hat. Hier sei besonders die Frage erwähnt: Ist die DDR eine eigene Nation (so wie sie nach 1956 behauptete) oder sollte die DDR nicht auch die Vorhut der nationalen Befreiung gegenüber den westlichen Imperialisten in der BRD sein (so wie es Korea gegen den US-Vasallen macht, so wie es Wilhelm Pieck häufiger sagte). Der Faktor Familie ist tatsächlich für viele nicht unwesentlich gewesen. Obwohl es die BRD war, die die Spaltung Deutschlands vollzog, konnte man durch die erste Antwort der DDR nur zu leicht die Schuld in die Schuhe geschoben werden.

Ab Seite 57 geht ihr auf einen Punkt ein, den ich für falsch behandelt erachte. Ihr beschreibt auf mehreren Seiten, wie die Proteste der Bevölkerung faktisch zur Eliminierung der DDR geführt habe (überspitzt gesagt). Richtig schreibt ihr später, dass die Demonstranten eine krasse Minderheit waren, zieht aber hier nicht die richtigen Schlüsse daraus. Meine Recherchen zum Ende der DDR zeichnen ein anderes Bild. Ich gehe deshalb auf ein paar Punkte, die vor 1989 stattgefunden haben:

Ökonomisch betrachtet hat die Schwächung des Sozialismus 1956 begonnen, indem das effiziente sozialistische Modell mehr und mehr dem Wertgesetz unterworfenen Elemente bekommen hat. Dieses mehr und mehr werdende Hybrid-System hätte dennoch Jahrhunderte überdauern können und musste proaktiv zerschlagen. Die sozialistischen Staaten waren 1989 doch sehr gefestigt, auf jeden Fall deutlich mehr als manch anderer von den USA vergewaltigter Südamerikanische Staat.

1982 kam Jurij Andropov, vorher KGB-Chef, zum Posten des Generalsekretärs der KPdSU. Er war nicht Bekämpfer revisionistischer Auswüchse, er war begeisterter Anhänger von Marktwirtschaft (Kapitalismus) und begann sogleich Marxisten-Leninisten und klassische Opportunisten aus dem ZK zu säubern (Säuberungswelle Anfang der 1980er Jahre). Sie konnte durch seinen frühen Tod nicht ganz vollendet werden. Hier sei noch zu erwähnen, dass einer seiner Referenten Michael Gorbatschow war.

Zusammen mit dem KGB unterstütze er gezielt Marktwirtschaftsanhänger in allen Bruderparteien des Ostblocks. Nach einigen Machtkämpfen wurde sein Referent 1985 Generalsekretär der KPdSU und führte sein Werk fort. Zuerst musste die Partei gelähmt werden, damit dann auch Armee und der gesamte Staat zerstört werden kann. Dies geschah dann über 6 Jahre hinweg systematisch, durch die Ausweitung der Marktwirtschaft mit ideologischer Begleitung in den Bruderstaaten. Die von Gorbatschow neu geschaffene Kapitalistenklasse, sowie Maßnahmen des KGB waren die Doppelstrategie der Sowjetunion gegen die stabilen Bruderstaaten.

In der DDR waren beispielsweise diese KGB Kontakte Markus Wolf (HVA), Hans Modrow, Gregor Gysi und Lothar de Maiziere. Egon Krenz war ihr treudoofes Zugpferd. Diese Clique bildete den Kern für den Umsturz des Sozialismus und die Einführung der Marktwirtschaft. In vielen

osteuropäischen Ländern leitete der KGB die Umstürze an und organisierte einige Demonstrationen. In Prag bspw auch in Zusammenarbeit mit der CIA. Nur in Kuba nicht, da dort fast alle KGB-Agenten und sowjetischen Botschafter von Fidel Castro des Landes verwiesen wurden. Korea hatte dahingehend schon andere Vorsichtsmaßnahmen getroffen.

Man muß sich einmal vorstellen, dass es die historische Situation gab, in der KGB und CIA dieselben Ziele hatten!

Es gab in vielen Bruderparteien Putsche. Von Leuten, die als Nachfolger der sozialistischen Führungen nominiert waren. Diese Feinde waren es, die auf staatlicher Ebene den Ausverkauf der DDR organisierten, weil sie ähnlich hohe Posten in der imperialistischen BRD erhofften. In den Bruderstaaten war es das gleiche in Grün. Googelt einmal die "demokratisch" "gewählten" Präsidenten in den osteuropäischen Staaten - Ausnahmslos führende "Kader" der Arbeiterparteien, die teilweise schon als Nachfolger nominiert waren!

Daher die Fragen: Wer öffnete die Mauer? War es Krenz in Zusammenarbeit mit dem THW oder die Demonstranten? Wer strich den Führungsanspruch der SED? Waren es die als Genossen getarnten Mitglieder selbst oder die Demonstranten? Wer organisierte die Demonstrationen, die am Anfang doch so führungslos schienen? Wer waren die ersten Redner auf diesen Demonstrationen und damit die wahren Köpfe? Wer gab nicht den Befehl zur Sicherung des Sozialismus? Wer wollte eine Währungsunion mit der BRD bei gleichzeitiger "Unabhängigkeit" der DDR? Wer wollte das stolze Ministerium für Staatssicherheit abschaffen, weil er glaubte, dann gäbe es keine Geheimdienstaktivitäten in der DDR mehr? War es Modrow oder waren es die Demonstranten.

Der letzte Beitrag in dieser offen-siv handelt darum, dass wir immer noch defensiv argumentieren. Warum argumentieren wir nicht offensiv? Warum schreien wir es nicht einmal hinaus, dass die Demonstrationen nur ein gut geplanter Marketing-Gag war, damit im Hintergrund genug Ablenkung und Ruhe herrschte um die DDR kaputt zu putschen und sie unterwürfigst dem Imperialismus zum Fraß vorzuwerfen?

Rot Front! Euer Willi Franke

Daniel W.: Realistischer Blick bei dem Thema Corona

(zu offen-siv Juli-August 2020)

Lieber Frank, ich möchte noch erwähnen, dass ich mich sehr freue, dass Du bei dem Thema Corona so einen realistischen Blick behältst und nicht in diese „coronarebellische“ Phase verfällst, wie ich es leider auch bei vielen Linken erlebe.

Und der Beitrag von Michael Kubi dazu war einfach brillant.

Bleib gesund und beste Grüße, Daniel

Claudia K.: Sachliche Informationen

(zu offen-siv Juli-August 2020)

Vor allem Corona ist ein Thema, an dem man sowieso nicht vorbei kommt und bei all den Verschwörungstheorien, die es zur Zeit gibt, tut es gut sachliche Informationen zu erhalten.

Herzliche Grüße, Claudia

Joachim T: Eine sehr schwache Leistung

(zu offen-siv Juli-August 2020)

Hallo, einmal abgesehen vom Artikel zu Engels war diese Ausgabe eine sehr schwache Leistung. Einige der kritisierten Leserbriefe waren wirklich sehr gut und fundiert.

Doch du gehst nicht auf diese ein. Es gibt kaum noch Erkrankte in den Kliniken von 700.000 Test pro Woche sind nur noch 5000 mit positiven PCR-Test und davon 4950 falsch. Schulschließungen wg eines positive getesteten Schülers, der es dann doch nicht ist, wie sich rausstellte, schaden allen anderen Schülern.

Folgenden aktuellen Artikel von Susan Bonath empfehle ich euch. Auch bei Sascha313 ist einer von ihr veröffentlicht. <https://deutsch.rt.com/inland/105656-corona-und-schweigen-robort-koch/>

Die Kritik an der Kritik vom Scheitern des Kapitalismus habt ihr offensichtlich auch falsch verstanden. Es gibt genug EU-Länder, denen es schon vor Corona mies ging und die Schulden hoch waren. Nun hat die BRD dank Corona noch mehr Profit und Macht in Aussicht. Eben auf Kosten der anderen, so wie das im Kapitalismus eben immer läuft, wie nach den Finanzverbrechen von 2008, was du ja erwähnt hast.

Mfg, Joachim

Martin Emko: Ein paar Gedanken zu Navalny

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein paar Gedanken zu dem "Kremlkritiker", "Oppositionellen" und Rassisten Nawalny, der in der BRD gerade hofiert wird:

"Russland" (gemeint ist immer Putin) lässt den von ihm vergifteten Rassisten Nawalny in die BRD zur Untersuchung ausreisen, damit dort dessen Vergiftung durch "Russland" nachgewiesen werden kann mit dem Zweck, sich diplomatischen Ärger, weitere NATO-Bedrohung und evtl. das Ende von Nord Stream 2 einzuhandeln...? Das klingt alles andere als logisch:

"Die Russen" haben seit 100 Jahren (Gründung der Sowjetunion) massenhaft Erfahrung damit, Regimegegner kaltzustellen; zwei der berühmtesten Fälle waren Trotzki und (der ukrainische Nazi-Kollaborateur) Stepan Bandera. Wenn sie jemanden außer Gefecht setzen wollen, dann tun sie es. Definitiv, sie machen keine halben Sachen, weder bei Skripal noch bei dem in Russland eher unbedeutenden Krawallny. Und schon gar nicht stellen sie sich derart billig zur Schau, wie es wiederholt mittels "Nowitschok" (über das westliche Geheimdienste seit den 90ern verfügen! https://www.sueddeutsche.de/politik/geheimdienste-bnd-beschaffte-nervengift-nowitschok-in-den-90er-jahren-1.3982539?fbclid=IwAR3rxWwcQwIWQAS_Y1PcN7BacCxFHsiLQLquaLzUyqvSveGCLYP4jCvVn0s) suggeriert wird.

NordStream2 soll dran glauben, das ist alles, zulasten des "schmutzigen" US-Gases: Es ist ein Milliardengeschäft; die US-Konzerne hocken auf dem Zeug, suchen dringend Abnehmer. Für ihre Konzerne indes tun die USA alles. Es waren z.B. viele Rüstungskonzerne, die seit dem Vietnam-Krieg (googelt mal: Tonkin-Zwischenfall) über die Golf-Kriege (googelt mal: Brutkastenlüge) und den Libyen-Krieg irre Profite eingefahren haben.

Heute hängen die sog. "Transatlantiker" wie der laut rumtrötende Röttgen & Co. in Europa an den US-Futtertrögen dran. Sie vertreten in keinsten Weise "gesamteuropäische" Interessen, sondern die Interessen der sie jeweils stützenden Fraktion europäischer "Unternehmer" (also Kapitalisten). Das sind die, die aktuell finanzielle Interessen haben, die an den USA orientiert sind.

Sekundiert wird's Ganze in bewährter Manier von Medien, die nichts weiter sind als der verbale Schießstand von Kapitalsinteressen. So goebbelte die Bild: "Wladimir Putin sieht die Gas-Pipeline nach Deutschland als wichtigste strategische Waffe gegen Europa. Und als unerschöpflichen Geldhahn im Krieg gegen sein eigenes Volk... Wenn die Bundesregierung den Bau von Nord Stream 2 nicht abbricht, finanzieren wir mit Nord Stream 2 bald Putins Nowitschok-Anschläge." (<https://www.bild.de/politik/kolumnen/kolumne/das-meint-bild-stoppt-die-putin-pipeline-72713166.bild.html>)

KEIN "Beweis" wurde Russland bislang zugänglich gemacht: Die große Show ist Geschrei, ist ein Fake, es geht um Kohle, Profite, Einfluss. Und nicht zuletzt darum, Putin loszuwerden und ein dem "Westen" genehmes Regime durchzusetzen.

Mit kommunistischen Grüßen!

Sozialismus statt Barbarei!

Martin Emko

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,
37194 Bodenfelde-Wahmbeck
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt